

Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

Bürgergesellschaft und ehrenamtliches Engagement im ländlichen Raum



Naturschutz: Nicht der Weg ist das Ziel!
Was macht Betriebsleiter unternehmerisch?
Eine starke Stimme für Europas Regionen

Inhalt

Bürgergesellschaft und ehrenamtliches Engagement im ländlichen Raum

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung gewinnt freiwilliges Engagement in Deutschland immer mehr an Bedeutung – vor allem dort, wo der Staat sich zurückzieht oder der Markt nicht greift. Mit diesem Fokusthema gehen wir der Frage nach, wie es eigentlich um das freiwillige Engagement in Deutschland und speziell in den ländlichen Räumen bestellt ist. Wir beleuchten kritisch, wie sich das Ehrenamt und dessen Funktion wandelt und zeigen, welche Möglichkeiten es gibt, dieses zu fördern. Nicht zuletzt zeigen wir anhand interessanter und außergewöhnlicher Projekte aus der Praxis, wie Engagierte die Lösung ihrer Probleme gemeinschaftlich selbst angegangen sind.



Weitere Themen



Naturschutz: Nicht der Weg ist das Ziel!

Nach dem üblichen handlungsorientierten Ansatz zur Förderung von Naturschutzmaßnahmen müssen Landwirte bei der Bewirtschaftung der Flächen konkrete Vorgaben einhalten. Die ökologischen Effekte dieses Ansatzes sind aber nicht immer zufriedenstellend. Erste Erfahrungen aus Niedersachsen zur ergebnisorientierten Honorierung ökologischer Leistungen im Grünland zeigen, wie dieser Ansatz von den Landwirten angenommen wird, wie er wirkt und welche Verbesserungen noch notwendig sind. Seite 26



Was macht Betriebsleiter unternehmerisch?

Der eine verarbeitet seine Gurken auf dem Hof zu Gewürzgurken und verkauft sie erfolgreich im ganzen Land, der andere betreibt ein Heuhotel: Unternehmertum in der Landwirtschaft hat viele Gesichter. Doch was macht unternehmerisches Denken aus, und woher kommt diese Fähigkeit? Diese Fragen beantwortet ein internationales Forschungsprojekt rund um das Forschungsinstitut für den Biologischen Landbau (FiBL). Seite 32



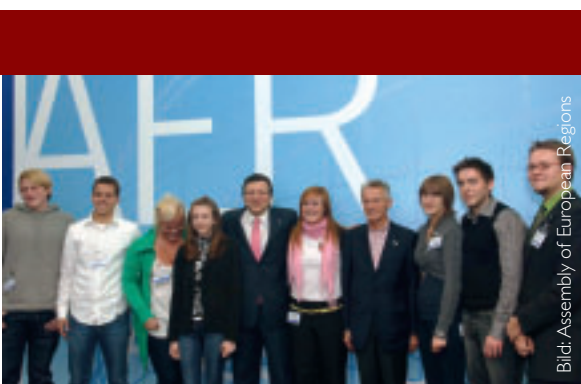
Bild: Landschaft: Rainer Sturm/Pixelio; Schild: Götz Friedrich/Pixelio; Bearbeitung: Graphodata AG

Für das Netzwerk

Inside	05	Neues aus der DVS
Web	06	Die DVS im Internet
Veranstaltungen	07	IGW – Zukunftsforum Ländliche Entwicklung
	08	Qualifizierung für Regionalmanager
	09	Evaluierung Lokaler Aktionsgruppen
	09	Naturschutzberatung für Landwirte
	09	Landwirtschaftliche Qualitätserzeugnisse

Im Fokus: Bürgergesellschaft und ehrenamtliches Engagement im ländlichen Raum

Einführung	11	Vorwort Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner
	12	Je ländlicher, desto engagierter!
	14	Ehrenamt im Wandel
Rahmenbedingungen	16	Engagement entsteht nicht im luftleeren Raum
	17	Was heißt hier Anerkennung?
Projekte	18	Engelskirchen: Bürgerbus sorgt für Anschluss
	19	Otersen: Dorfladen in Eigenregie
	20	Büren: DSL-Kabel selbst „erbaggert“
	21	Naturschutz: Ein Tag für den Berg
	22	Landfrauen: Mehr Frauen ins (Ehren-)Amt!
	23	Unterallgäu: Schülerpaten für den Berufseinstieg



Eine starke Stimme für Europas Regionen

Das heutige Europa bildet mit seiner ethnischen, kulturellen, sprachlichen und geografischen Vielfalt einen besonderen Kultur- und Lebensraum. Diesen Kontinent in seiner Vielfalt und mit seinen regionalen Identitäten zu bewahren und zu stärken, ist die Kernaufgabe der 1985 im belgischen Louvain-la-Neuve gegründeten Versammlung der Regionen Europas. Ein Schwerpunkt in der Arbeit der VRE ist die Entwicklung der ländlichen Räume. **Seite 42**

Aus der Praxis

24	„Melkhüs“ – Köstlichkeiten von Niedersachsens Milchbetrieben
26	Ergebnisorientierte Honorierung in Niedersachsen
28	Mit Laubfröschen gegen Kormorane
30	Blühende Wiesen – Heilendes Heu

Perspektiven

Forschung und Bildung	32	Was macht Betriebsleiter unternehmerisch?
	34	Evaluierung: Agrar- und Waldumweltmaßnahmen
	36	Artenvielfalt durch Energieholzanbau
Politik und Gesellschaft	37	Konjunkturpaket II: Investitionsschub für die Kommunen
	38	Breitband für alle!
	39	Sachsen macht sich breit(bandig)
	40	Was bringt die neue EU-Öko-Verordnung dem ländlichen Raum?
Partner und Experten	42	Eine starke Stimme für Europas Regionen
	44	Evaluierung erleichtern, Experten vernetzen
	45	Ein starker Verbund für die Artenvielfalt
Service	46	... angelesen
	47	... angekündigt
	48	Termine



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Fast jeder zweite Deutsche engagiert sich im Ehrenamt – zumindest auf dem Land (siehe Beitrag S. 12–13). Die Aufgaben sind dabei nicht nur vielfältig, sondern auch in ihrer gesellschaftlich gestaltenden Wirkung sehr unterschiedlich. Ehrenamtliches Engagement kann weitaus mehr sein, als in einem vorgegebenen Rahmen Lücken zu füllen.

Was sind die Voraussetzungen dafür? Wenn das Engagement über die Arbeit in traditionellen, fest umrissenen Strukturen hinausgehen soll, muss interessierten Bürgern der Zugang ermöglicht, müssen Freiräume für neue Ideen geschaffen werden. Dann steuern Bürger Busse, engagieren sich in der begleitenden Arbeit mit Jugendlichen oder graben ihren eigenen DSL-Anschluss zum Dorf – und treffen mit ihrem Angebot den Bedarf.

Dehnt sich das Engagement in einem nächsten Schritt auf die Rahmenbedingungen des sozialen Miteinanders aus, entsteht ein fließender Übergang zur Bürgergesellschaft mit entsprechender Beteiligung, die nach Gestaltungsspielraum fragt. Daraus kann sich die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen und Verfahrensweisen ergeben, zum Beispiel für die Verkehrsplanung oder die Bildungspolitik auf kommunaler, Kreis- oder sogar Landesebene. Aber nur, wenn dort so gearbeitet wird, dass eine höchstmögliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger möglich ist und dadurch das soziale Kapital der Bürgergesellschaft mobilisiert werden kann.

Die Erfahrung zeigt, dass solches Engagement auch Widerstände bei den gewählten Politikern hervorrufen kann. Die Kehrseite der Entlastung des Staates von Ansprüchen und Aufgaben ist, dass sowohl die gewählten Politiker als auch die öffentlichen Verwaltungsapparate bereit sein müssen, einen kleinen Teil ihrer institutionalisierten Macht abzugeben. Das Ehrenamt als Lückenbüßer und Sparpotenzial zur Entlastung etablierter Organisationen funktioniert nämlich auf Dauer nicht. Diese Diskussion ist auch aus dem Kontext der Regionalentwicklung bekannt. Gerade dort werden Strukturen geschaffen, die eine intensive Beteiligung ermöglichen und Grundlage für die weitere Arbeit in ländlichen Regionen sind.

Im Zeichen der aktuellen Krise – die mittlerweile über reine Wirtschaftsaspekte hinausgeht – gilt es ganz besonders, das schlummernde Drittel an potenziell Engagierten (siehe Beitrag S. 12–13) mit ins Boot zu holen. Kraft, neue Ideen und Freiräume zu deren Umsetzung werden gebraucht, um ländliche Räume bürgerschaftlich zu gestalten. Grundlegende Gedanken und Beispiele hierzu finden Sie auf den Seiten 10 bis 23 in diesem Heft.

Eine anregende Lektüre wünscht

Jan Swoboda

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume
 Erscheinungsweise: vierteljährlich
 Auflage: 10.500
 ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:
 Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
 in der Bundesanstalt für Landwirtschaft
 und Ernährung, Bonn
 Juliane Mante, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Mitarbeit: Silvia Richter,
 mediamondi, Richter & Karge GbR,
 Agentur für interkulturelle Kommunikation,
 Berlin, Telefon 030 / 39 84 88 57

Gestaltung:
 graphodata AG, www.graphodata.de

Druck:
 Druck Verlag Kettler GmbH, Bönen/Westfalen

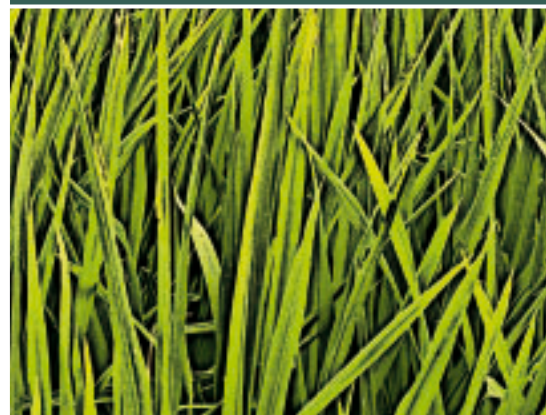
Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
 Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
 in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und
 Ernährung
 Deichmanns Aue 29
 53179 Bonn
 Telefon 0228 / 68 45 34 61
 Fax 0228 / 68 45 33 61
 E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei
 unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.



Neues aus der DVS

Die DVS hat Zuwachs

Seit Ende Januar 2009 gehört Rebecca Miebach mit zum Team der DVS. Rebecca Miebach hat ihre zweieinhalbjährige Ausbildung zur Bürokauffrau in der BLE absolviert und diese im Januar 2009 erfolgreich abgeschlossen. Sie hat bereits im Rahmen ihrer Ausbildung einen Einblick in die Tätigkeiten der DVS erhalten.

Rebecca Miebach ist ab sofort für die Pflege der Datenbank, für die Organisation und Vorbereitung von Veranstaltungen sowie für den Versand der Publikationen zuständig.



Bild: DVS

Fehler im Druck

In der Ausgabe 4.2008 von LandInForm kam es während des Druckprozesses bei einigen Exemplaren zu fehlerhaft bedruckten Seiten – dafür möchten wir uns entschuldigen! Sollten Sie davon betroffen sein, geben Sie uns bitte Bescheid, damit wir Ihnen Ersatz-Exemplare zuschicken können.

Kooperationsgesuche, Mehr Informationen:

Telefon: 02 28 / 68 45 - 38 41; E-Mail: dvs@ble.de



Ihre Meinung ist gefragt!

Wir möchten es wissen! Brennt Ihnen beim Lesen unserer Beiträge etwas auf der Zunge, was Sie unbedingt loswerden möchten? Oder haben Sie Vorschläge, wie wir unsere Zeitschrift inhaltlich und strukturell bereichern können? Dann schreiben Sie uns! Ab sofort haben wir eine Seite von LandInForm für Leserbriefe reserviert.



Bild: R. B. / Pixelio

LAG Oderland: Salicinreiche Weiden

Die LAG Oderland (Brandenburg) sucht transnationale Kooperationspartner für ein Projekt, das die Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlich nachhaltigen Anbau, die Verarbeitung und Vermarktung von Salicin aus Weidenrinde schaffen will. Nach drei Jahren intensiver Forschungsarbeit an der Humboldt-Universität Berlin steht salicinreiches Pflanzgut zur Verfügung und erste Erfahrungen im Anbau, Vermehrung, Pflege und Ernte salicinreicher Weiden liegen vor. Neben einer europaweiten Anbauerweiterung und Ausweitung der Produktion als Einkommensalternative, Unternehmensdiversifizierung und sinnvolle Flächennutzung sollen mit dem Projekt funktionierende Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufgebaut werden.

Mehr Informationen:

Lokale Aktionsgruppe Oderland e.V.
Mahlerstraße 17, 16269 Wriezen
Telefon: 00 49 / (0)33 44 / 56 71 0 55
E-Mail: info@lag-oderland.de

LAG aus Luxemburg: Geographische Informationssysteme (GIS)

Die LAG Clervaux-Vianden aus Nord-Luxemburg sucht deutsche bzw. österreichische Partner, die bereits erste Erfahrungen im GIS-Bereich gesammelt haben. Die LAG hat bereits in der LEADER+ Phase eine zentrale Datenbank für 13 Gemeinden und 2 interkommunale Zweckverbände mit planungsrelevanten Daten (Topographie, Bodennutzung, Verkehrsnetz, Bebauung, Trinkwasser/Abwasser, Strom, usw.) entwickelt. In der neuen Leader-Phase soll diese GIS-Plattform durch Anwendungen in neuen Themenbereichen erweitert und damit auch für ein breiteres Publikum geöffnet werden.

Mehr Informationen:

Jean-Marc Staudt
LEADER Clervaux-Vianden (Luxemburg)
Tel.: 00 3 52 / (0) 92 99 34
E-Mail: jean-marc.staudt@leader.lu
www.cv.leader.lu

LAG aus Italien (Sizilien): Barockes Erbe

Die LAG Eoro auf Sizilien (Italien) sucht transnationale Kooperationspartner für eine Initiative zur Förderung und Aufwertung des Barock-Erbes. Ziel des Projektes ist es, verschiedene Aspekte des vorhandenen historischen, künstlerischen und religiösen Erbes weiterzuentwickeln und zu vertiefen, um die kulturelle Identität der Regionen zu stärken. Hierfür sind ein Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Regionen und gemeinsame thematische Veranstaltungen, Konferenzen und Treffen sowie touristische Werbeaktionen geplant. Nach einer gemeinsamen Planungsphase bis Ende 2009 soll ab 2010 mit der Umsetzung der Aktivitäten begonnen werden.

Mehr Informationen:

Eoro LAG (Italien) | Noto (SR)
Telefon: 00 39 / (0)9 31 / 83 61 08
E-Mail: info@galeloro.it
www.galeloro.it

Neues auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Von Stefan Kämper

Der Anschluss ländlicher Räume an das Breitband-Netz steht auf der politischen Agenda (siehe Beitrag S. 38-39). Auf der Website der Vernetzungsstelle ist deshalb jetzt im »Hintergrund« unter »Themen« eine neue Rubrik zum Thema »Breitband« eingerichtet. Dort sind Informationen zur Förderung durch Bund und Länder, beispielsweise über die Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz, zu finden und ein Technik-Glossar führt in die grundlegenden Begriffe der Breitbandtechnologien ein. Weiterführende Links beispielsweise zu Entwicklungen auf europäischer Ebene, guten Informationsangeboten und Beispielen, wie Dörfer und Gemeinden an das Breitbandnetz angeschlossen wurden (siehe Beitrag S. 20) können nachgelesen werden. News zum Thema Breitband werden nicht nur auf der allgemeinen News-Seite, sondern auch hier veröffentlicht. www.netzwerk-laendlicher-raum.de/breitband.



Ergänzend zum Fokus-Thema dieses LandInForm, Ehrenamt, sind weiterführende Informationen und Links unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ehrenamt im Internet abrufbar. Unter »ELER« ist das Angebot differenzierter aufbereitet, so ist die Rubrik »ELER in den Ländern« neu, die Informationen zu den Länderprogrammen und den in diesen möglichen Maßnahmen enthält.

Rural News, der Newsletter des Europäischen Netzwerks für Ländliche Entwicklung (ENRD) ist jetzt zum zweiten Mal erschienen und hat in der neuesten Ausgabe den Klimawandel „im Fokus“. Außerdem sind Informationen zu den Aufgaben des ENRD nachzulesen. Der Newsletter ist in der Rubrik »Partner« unter »Europäische Netzwerke« »Netzwerk ländliche Entwicklung« verlinkt. Dort ist auch die Bestelladresse für Rural News zu finden. Unter »Kooperation« sind neue Kooperationsgesuche veröffentlicht, beispielsweise aus Italien und Luxemburg; ein Gesuch kommt aus der Region Oderland in Brandenburg (siehe Beitrag S.5) www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kooperation.

In »Service« im Unterkapitel »Veranstaltungen« sind Informationen zu den geplanten Veranstaltungen der DVS abrufbar. Erste Informationen zu den Veranstaltungen des ersten Halbjahres sind veröffentlicht. Zum Workshop „Selbstevaluierung Lokaler Aktionsgruppen“, der im Mai stattfinden wird, ist das Programm abrufbar und die Anmeldung möglich: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/evaluierung (siehe Beitrag S. 9). Unter der selben Adresse sind auch Materialien zum Thema Selbstevaluierung neu zusammengestellt. Diese Sammlung wird kontinuierlich erweitert.

Unter »Veranstaltungen« sind im »DVS-Archiv« Fotodokumentationen und Vorträge beispielsweise der Tagung zur „Landwirte in regionalen Entwicklungsprozessen“ zu finden, die die DVS gemeinsam mit dem Verband der Landwirtschaftskammern im Rahmen des Zukunftsforum ländliche Entwicklung in Berlin veranstaltet hat (siehe Beitrag S. 7). Außerdem sind Vorträge und Informationen der Schulung „Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte in der Praxis“ (siehe Beitrag S. 8) sowie der

Workshops „Der Weg zu mehr Spielraum für (integrierte) Projekte?“ und „Geld aus der Region für die Region!“ abrufbar. Die Veröffentlichungen der Vernetzungsstelle stehen ebenfalls im »Service« zur Verfügung: So ist auch diese Ausgabe der LandInForm digital unter www.land-inform.de abrufbar, und unter www.landaktuell.de ist der Newsletter zu finden.

Schicken Sie uns Ihre News!

Nutzen Sie unseren News-Service und schicken Sie uns Ihre Meldungen, Linktipps, Kooperationsgesuche, Termine etc. Wir veröffentlichen sie gerne auf der Website und in unserem Newsletter landaktuell.



Sagen Sie uns die Meinung!

Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Deshalb interessiert uns Ihre Meinung zu unserem Webauftritt!

Rufen Sie uns an oder mailen Sie uns:
E-Mail: dvs@ble.de,
Telefon: 02 28 / 68 45 - 37 22

IGW 2009:

Gemeinsam stark – Regionen in Bewegung!



Von Sören Bronsert

Vom 16. bis 25. Januar 2009 fand in Berlin die 74. Internationale Grüne Woche statt. Mit vielen Aktionen und einer Fachveranstaltung war auch die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) wieder dabei – in der Halle „Lebens-Traum Dorf“ und auf dem Zukunftsforum Ländliche Entwicklung.

Gemeinsam mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) und drei Regionen präsentierte die DVS am Messestand und auf der Bühne innovative Ideen und regionale Besonderheiten im ländlichen Raum. Auf dem Zukunftsforum Ländliche Entwicklung wurde diskutiert, wie Landwirte stärker in regionale Entwicklungsprozesse eingebunden werden können.

Krabbenpulen, ...

Dichtes Gedränge am Gemeinschaftsstand von BMELV und DVS. „Watt macht der denn da?“ hört man interessierte Besucher fragen. „Moin, Moin“ begrüßt „der“ – ein älterer Mann mit einer Schiebermütze – die Zuschauer. Mit seinen großen Händen befreit er in Windeseile Nordsee-Krabben von ihrem Panzer, lädt die Besucher in plattdeutschem Dialekt zum Mitmachen ein und klönt über die Geschichte der Krabbenfischerei. Was so leicht aussieht, braucht viel Geschick, wie jeder, der es ausprobiert, schnell merkt. Zur Belohnung schenkt der Profikrabbenpuler jedem eine Kostprobe der frisch gepulpen Eiweißspender.

Ebenfalls sehr beliebt bei den Besuchern ist das nachgebaute Melkhüs aus der Wesermarsch. Hier gibt es leckere Milchshakes und Wissenswertes über die Region Wesermarsch gratis. Die mit LEADER+Mitteln ins Leben gerufenen Melkhüs gelten bis heute als Erfolgsprojekt für eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum (siehe Beitrag auf S. 24–25).

... Alphornblasen ...

Gleich nebenan zieht eine Gruppe Immenstädter Alphornbläser die Aufmerksamkeit der Messebesucher auf sich und die Region Allgäu. Mit dem LEADER-Netzwerk „Regionalentwicklung Allgäu“ stellen gleich vier Lokale Aktionsgruppen – Oberallgäu,

Unterallgäu, West- und Ostallgäu – ihre Erlebnis- und Genussregionen vor. Das Schloss Neuschwanstein und die Westallgäuer Käsestraße sind beliebte Anlaufpunkte für alle Rad- und Wanderbegeisterten auf der Messe. Besonders begehrt sind die Mitmachspiele „Wer errät die Käsesorte?“ und „Was braucht ma auf'm Dorf? – Das erste Bürgermeister-Spiel Deutschlands“. Als Gewinn locken Allgäuer Käsespezialitäten.

...und „Prima Klima“ am Messestand

Mit der AktivRegion Uthlande wandert der Blick wieder ganz in den Norden Deutschlands – zu den Inseln und Halligen. Unter dem Motto „Prima Klima in der Biosphäre“ thematisiert die Region Uthlande den Klimawandel und die daraus resultierende Bedrohung der Inseln und Halligen. Zahlreiche Besucher nehmen sich Zeit, um anhand eines Klimaspiels zu lernen, wie eng Klima, Natur und Lebensumfeld miteinander verknüpft sind. Unter dem Stichwort „Tourismus für alle“ zeigt die AktivRegion Uthlande einen zweiten Schwerpunkt ihrer Aktivitäten: den barrierefreien Tourismus. Für das leibliche Wohl sorgen regionale Lamm- und Rindspezialitäten.

Regionale Vielfalt auf der Bühne

Die Land-Schau-Bühne in Halle 21b ist in jedem Jahr ein Publikumsmagnet. Auch der Programmteil der DVS und ihrer Bühnenpartner lockte viele

Zuschauer an. Unter dem Motto „Gemeinsam stark – Regionen in Bewegung“ standen die Aktivitäten aus dem Allgäu, der Wesermarsch, den Uthlanden und der Ortschaft Bauerbach im Mittelpunkt. Für Auflockerung sorgten Gesang und Tanz, Filmvorführungen und Verkostungen regionaler Spezialitäten sowie kleine Wettbewerbe. Auf diese sympathische Weise fand die Vielfalt der ländlichen Regionen und ihrer Schönheiten bei den Messebesuchern großes Interesse. Den Abschluss bildete das Naturtheater „Friedrich Schiller“ mit Auszügen aus dem russischen Volkstheater „Die verzauberten Brüder“.

Keine Regionalentwicklung ohne Landwirte!

Gut gefüllte Räume auf der Begleitveranstaltung „Zukunftsforum Ländliche Entwicklung“ des BMELV zeigten das große Interesse der Fachbesucher an Themen wie Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und Artenschutz in der Landwirtschaft. Dies



galt auch für die Kooperationsveranstaltung des Verbandes der Landwirtschaftskammern und der DVS. Unter dem Titel „Landwirte in regionalen Entwicklungsprozessen: aktiv in eigener Sache und für die Region“ erörterten Experten die Frage, wie Landwirte gemeinsam mit anderen Akteuren den ländlichen Raum gestalten können.

Der Präsident der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Dr. Robert Kloos, und der Präsident des Verbandes der Landwirtschaftskammern, Johannes Fritzen, waren sich einig, dass die veränderten agrarpolitischen Rahmenbedingungen eine Beteiligung von Landwirten in regionalen Entwicklungsprozessen erforderlich machen. Inwiefern Landwirte sich als aktiver Teil der ländlichen Entwicklung sehen, ist laut Fritzen davon abhängig, ob der einzelne Landwirt hierin für sich einen konkreten Nutzen erkennen

kann. Bedenken und Zurückhaltung von Landwirten ergäben sich häufig aus Nutzungskonflikten zwischen Landwirtschaft, Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung sowie anderen Wirtschaftsbereichen. Erich Hinrichs, praktizierender Landwirt aus Ostfriesland, berichtete von erfolgreichen Agrarumweltmaßnahmen, die im Bottom-

up-Prozess entwickelt wurden und den Konflikt zwischen Naturschutz und Landwirtschaft kooperativ lösen konnten.

Trotz widersprüchlicher Erfahrungen und Meinungen waren sich die Teilnehmer einig: Ohne Landwirte ist Regionalentwicklung nicht machbar.

Mehr Informationen:

Sören Bronsert
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 62
E-Mail: soeren.bronsert@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw

Nur wer mitmacht, kann profitieren!

Von Jan Swoboda

Eine Lehre aus über 10 Jahren LEADER ist, dass Qualifikation und persönliches „Standing“ über den Erfolg entscheiden, wenn Regionen entwickelt werden sollen. Die Methodenschulung III „Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte in der Praxis“ bot daher Regionalmanagern und Akteuren Lokaler Aktionsgruppen bzw. Entwicklungspartnerschaften wieder notwendiges Handwerkszeug für ihre Arbeit.

Gerade zu Beginn der Arbeit als Regionalmanager ist es wichtig, Sicherheit über das Vorgehen zu gewinnen und grundlegende Methoden kennenzulernen. Ein Fortbildungstermin im Jahr reicht dafür in einem Arbeitsfeld, das mit vielen verschiedenen Anforderungen und zusätzlich mit einer „persönlichen Handschrift“ verbunden ist, sicher nicht aus. Ganz besonders, wenn es in den Regionen um mehr geht, als nur darum, vorgegebene oder zufällig entstandene Projekte durchzuschleusen. Projektmanagement, Netzwerk, Öffentlichkeitsarbeit und Moderation waren somit die Trainingsmodule, die den Teilnehmern der DVS-Schulung vom 2. bis 5. März in Bad Windsheim wieder angeboten wurden.

An der Veranstaltung nahmen dann auch die Richtigen teil: überwiegend Quereinsteiger mit wenig Erfahrung – nur zwei Teilnehmer hatten eine Ausbildung im Bereich Regionalmanagement. Teilnehmen oder wegbleiben liegt dabei meist nicht nur im Ermessen der ILE- oder LEADER- Manager

selbst. Häufig entscheiden andere, wie z.B. der LAG Vorstand, über Fortbildungswünsche. Sicher, gerade in der Aufbauphase gibt es häufig viel zu tun in den Regionen, Zeit – auch für Fortbildungen – ist entsprechend knapp. Schneller und effektiver geht dieser Aufbau allerdings, wenn dabei mit Struktur und strategischem Weitblick gehandelt werden kann. Dass diese Veranstaltung dazu beigetragen hat, bestätigen die Teilnehmer, eine gute „Verzinsung“ der eingesetzten Zeit ist also sehr wahrscheinlich – von der kosten-

freien Teilnahme einmal ganz abgesehen. Viele Teilnehmer haben den Wunsch geäußert, an der Schulung nochmals teilnehmen zu wollen, da durch den modularen Aufbau nur zwei von vier Themenblöcken besucht werden konnten. Um den Bedarf einschätzen zu können, werden wir Ende März eine Rundmail an alle ILE- und LEADER-Manager schicken, um zu klären, ob sich genug Interessenten für eine Wiederholungsveranstaltung finden.

Mehr Informationen:

Dr. Jan Swoboda
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 99 68 45 39 56
E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/methoden

Vorschau

Mit Selbstbewertung steuern

Von Jan Swoboda

Viele Entwicklungsprogramme des ländlichen Raums fordern die Selbstevaluierung von lokalen Aktionsgruppen (LAG) bzw. legen ihnen eine solche nahe. Welche Bereiche dabei bewertet und welche Methoden angewandt werden sollen, dafür gibt es allerdings in der Regel keine Vorgaben. Doch können sich Vorgehensweise und Ergebnis einer Evaluierung erheblich unterscheiden – je nachdem, ob der Schwerpunkt auf der Abwicklung von Projekten, dem Aufbau von Netzwerken, der Partizipation oder der Zielüberprüfung anhand des Regionalen Entwicklungskonzeptes liegen soll. Deshalb lohnt es sich, genau über die Ziele

der Selbstbewertung nachzudenken und für die jeweilige Situation vor Ort angepasste, sinnvolle Ansätze zu entwickeln sowie dazu passende „Messgrößen“ zu definieren. Wie dies geht, können Akteure regionaler Aktionsgruppen auf dem Workshop „Selbstevaluierung lokaler Aktionsgruppen“ lernen, den die DVS am 6. und 7. Mai 2009 in Eisenach durchführt.

Die Selbstevaluierung ist kein Selbstzweck. Es geht darum, die eigene Arbeit so effektiv wie möglich zu gestalten und deren Ergebnisse und Wirkungen zu dokumentieren. Eine Aufgabe, in die auch die Arbeitskreisleiter, Projektträger oder Personen, die von

den Aktivitäten der LAG profitieren, einbezogen werden können.

In Rahmen des Workshops werden wir die jeweiligen Veranlassungen und Zielsetzungen, die vorrangigen Themenbereiche sowie „Messgrößen“ für die Selbstevaluierung anhand von Beispielen der Teilnehmer diskutieren. Darauf aufbauend werden ausgewählte Methoden, ihr Einsatzzweck sowie der damit verbundene Aufwand erörtert. Abschließend diskutieren wir mögliche Schnittstellen zwischen der Selbstbewertung und der Programmbewertung des ELER.

Mehr Informationen finden Sie unter:

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/evaluierung

Naturschutzberatung für Landwirte

Von Bettina Rocha

Der für den 9. und 10. Juni 2009 in Göttingen geplante Workshop "Naturschutzberatung für Landwirte" richtet sich an Vertreter der Naturschutz- und Landwirtschaftsverwaltung sowie an Verbände, die an der Schnittstelle von Landwirtschaft und Naturschutz aktiv sind. Zunächst wird in Vorträgen auf die derzeitige Beratungssituation in den Bundesländern und auf entsprechende Neuerungen eingegangen. Im Anschluss wird diskutiert, welche formellen inhaltlichen und leistungsbezogenen

Ansprüche und Herausforderungen sich hieraus für die Beratung ergeben. Im zweiten Teil des Workshops soll in verschiedenen Arbeitsgruppen erörtert werden, wie die Naturschutzberatung in Deutschland optimiert werden kann, wo Anpassungen erforderlich sind, wie Berater qualifiziert werden müssen und in welchem Umfang diese Aufgaben von den bisher in der Beratung tätigen Institutionen geleistet werden können.



© BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Produktion und Vermarktung landwirtschaftlicher Qualitätserzeugnisse

Von Bettina Rocha

Auf der Tagung „Produktion und Vermarktung landwirtschaftlicher Qualitätserzeugnisse“ am 21. und 22. Juli 2009 wird zunächst der Begriff "Qualitätserzeugnis" erörtert und definiert. Darauf aufbauend werden die Themen „(Mindest-) Normen“, „Vermarktungsnormen“ und „Zertifizierung“ behandelt. Darüber hinaus soll die Frage geklärt werden, welche Chancen und Herausforderungen die Erwartungen der Verbraucher für die Landwirte und den Agrarstandort Deutschland mit sich bringen. Zu verschiedenen

Themenfeldern sind außerdem vertiefende Arbeitsgruppen/Workshops vorgesehen.

Die Tagung richtet sich an Vertreter der Landwirtschafts- und Verbraucherschutzverwaltung, an Agrar-, Lebensmittel- und Verbraucherschutzverbände sowie an sonstige Zusammenschlüsse/Institutionen der Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung.

Der Ort der Veranstaltung wird in Kürze bekannt gegeben.

Mehr Informationen zu den Veranstaltungen:

Dr. Jan Swoboda
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 99 68 45 39 56
E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/methoden

Bürgergesellschaft und ehrenamtliches Engagement im ländlichen Raum



Bild: Gabi Schoenemann / Pixelio



Bild: Lily Dippold / Pixelio



Bild: fotofliade



Bild: Stephanie Hofschlager / Pixelio



Bild: Peter Kirchhoff / Pixelio



Bild: Schüler Helfen Leben e.V.

Bild: Thomas Max Müller / Pixelio

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Im Mittelpunkt dieser Ausgabe von „LandInForm – Magazin für ländliche Räume“ steht ein Thema, das für die ländlichen Räume und die dort lebenden Menschen nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Aus eigener langjähriger Erfahrung weiß ich, dass viele Aktivitäten auf dem Engagement von Menschen beruhen, die mehr tun als ihre Pflicht. Sie engagieren sich in ihrer Freizeit freiwillig auf vielfältige Art und Weise – sei es in Vereinen, im kirchlichen Umfeld oder in sozialen Einrichtungen. 4,6 Milliarden Stunden werden so jährlich in Deutschland ehrenamtlich und unentgeltlich geleistet – ein großer Anteil davon in ländlichen Regionen.

Dieses bürgerschaftliche Engagement findet selten im Rampenlicht statt. Es ist aber ein wahrer Standortfaktor für das Leben auf dem Land. Dieses zeichnet sich im Allgemeinen durch ein stark ausgeprägtes Traditionsbewusstsein und die Verbundenheit der Menschen mit der Heimat aus. Da wundert es nicht, dass die Bereitschaft zu freiwilligem Einsatz höher ist als anderswo.

Gerade auf dem Lande erfüllt das Ehrenamt wichtige Aufgaben. Das Angebot an Gütern, Dienstleistungen und Infrastruktur ist hier aus ökonomischen und logistischen Gründen häufig nicht ausreichend. Dies hat Auswirkungen auf weite Bereiche des unmittelbaren täglichen Lebens. Beispielsweise seien der öffentliche Nahverkehr, die Grundversorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, das kulturelle Angebot, die ärztliche Versorgung sowie die Existenz

sozialer Einrichtungen genannt. Vielleicht sind es auch gerade diese „Versorgungslücken“, die die Menschen im ländlichen Raum dazu bringen, sich als Bürgergesellschaft zu verstehen. Sie rücken enger zusammen, nehmen die Dinge selbst in die Hand und lösen die anstehenden Herausforderungen im Miteinander. Dabei leisten Vereine und Verbände in ihrer großen Bandbreite einen wichtigen Beitrag.

Bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeiten sind unverzichtbar. Sie bieten eine wichtige Ergänzung zur Daseinsfürsorge des Staates für den ländlichen Raum; ersetzen können – und sollen – sie diese allerdings nicht.

Zu seiner dauerhaften Entfaltung braucht bürgerschaftliches Engagement verlässliche Rahmenbedingungen. Politik und Gesellschaft prägen dieses Umfeld wesentlich.

Wir sind alle verantwortlich und aufgerufen, die Menschen zu mehr Engagement zu ermutigen. Die Sensibilisierung dafür sollte schon in der Schule beginnen und in der Bewusstseinsbildung der Erwachsenen fortgesetzt werden. Wichtig sind aber auch konkrete Anreize, mit denen die Arbeit der Ehrenamtlichen gewürdigt wird. Die steuerliche Berücksichtigung ehrenamtlicher Tätigkeit ist hier ein erster Schritt. Gerade den Medien kommt bei der Bewusstseins- und Meinungsbildung eine große Bedeutung zu.

Mit dieser Ausgabe von „LandInForm“ wollen wir eine breit angelegte Diskus-



Bild: BMELV / BILDSCHEIN

sion über das Thema „Bürgergesellschaft und ehrenamtliches Engagement“ anregen. Die aufgeführten Beispiele sollen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, einen Eindruck davon vermitteln, wie innovativ und kreativ die Menschen im ländlichen Raum sind und was ehrenamtliches Engagement dort alles bewirken kann. Auch über die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements informiert das Heft. Vielleicht können wir dadurch auch Sie und Ihr Umfeld dazu bewegen, sich stärker mit dem Thema Ehrenamt zu beschäftigen – oder diese wichtige Aufgabe gar für sich selbst zu entdecken!

Ilse Aigner

Bundesministerin für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Je ländlicher, desto engagierter!

Von Stefanie Lausch

Wie engagieren sich die Deutschen am liebsten – und sind eigentlich alle überall gleich aktiv? Diese Fragen stellen sich, wenn man über das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement im ländlichen Raum nachdenkt. Neben vielen anderen interessanten Aspekten zeigt der Freiwilligensurvey des Bundesfamilienministeriums vor allem eins: Je ländlicher das Umfeld ist, desto engagierter sind die Menschen.

Der Freiwilligensurvey des Bundesfamilienministeriums zum freiwilligen, ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagement wird seit 1999 im Fünf-Jahres-Rhythmus durchgeführt. In einer repräsentativen Telefonumfrage werden rund 15.000 Menschen ab 14 Jahren zu ihrem Engagement befragt, um Einblicke in Fakten und Trends zu Ehrenamt, zu freiwilligem und bürgerschaftlichem Engagement zu erhalten.

Ehrenamt liegt hoch im Kurs

36 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung und damit rund 23,4 Millionen Menschen sind bürgerschaftlich engagiert, das heißt, sie übernehmen freiwillig und ohne Bezahlung gemeinwohlorientierte Aufgaben. Sie sind zum Beispiel als Übungsleiter im Sport, als ehrenamtliche Feuerwehrleute, als Elternvertreter in Kita und Schulen, als Helfer im sozialen und kirchlichen Raum, aber auch in vielen anderen Funktionen und Bereichen tätig. Auch die Bereitschaft, sich zu engagieren – das so ge-

nannte Engagementpotenzial – ist enorm: Zusätzliche 32 Prozent der Bevölkerung können sich ein ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement vorstellen. Damit sind mehr als zwei Drittel der Deutschen freiwillig tätig oder zu einem Engagement bereit.

Je früher, desto besser

Auch von den jungen Menschen zwischen 14 und 25 Jahren üben 36 Prozent bereits freiwillig gemeinwohlorientierte Aufgaben und Funktionen aus, weitere 43 Prozent der befragten Jugendlichen wären bereit, dies zu tun. Besonders dieser Altersgruppe bietet das freiwillige Engagement durch informelle Bildung die Möglichkeit, außerhalb traditioneller Schulbildung zu lernen. Zudem ist der frühe Start in ein Engagement häufig der Garant für eine weitere „Engagementkarriere“: Wer sich in frühen Jahren engagiert, tut dies mit großer Wahrscheinlichkeit auch in späteren Lebensphasen.

Senioren im Kommen

Aber auch das Engagement älterer Menschen ist im Kommen: Im Vergleich zur ersten Untersuchung aus dem Jahr 1999 hat das Engagement der Älteren im 2. Freiwilligensurvey enorm zugenommen. Besondere Beachtung verdient dabei die Gruppe der „jungen Senioren“ im Alter von 60 bis 69 Jahren, welche mit einer Engagementquote von 37 Prozent sogar leicht über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegt. Dieses Engagement kommt interessanterweise vor allem der eigenen Altersgruppe zugute.

Doppelbelastung bremst Engagement

Männer sind mit einem Anteil von 39 Prozent immer noch stärker engagiert als Frauen (37 %). Dennoch hat insbesondere das Engagement erwerbstätiger Frauen zugenommen: 1999 waren nur 32 Prozent der Frauen ehrenamtlich aktiv. Vor allem in den jüngeren Altersgruppen nähern sich die beiden Geschlechter hier zunehmend an. Denn bringen sich Männer vermehrt in die häusliche Kinderbetreuung ein, so finden Frauen neben Beruf und Familienarbeit auch mehr Zeit, sich zu engagieren.

Chance für Migranten

In der Gruppe der Migrantinnen und Migranten ist das freiwillige Engagement ebenfalls sehr hoch. So sind 23 Prozent der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten freiwillig engagiert. Dieser Wert ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, da nur Deutsch sprechende Migranten befragt



Bild: ASB NRW

Weitere Informationen zum Freiwilligensurvey und seinen Ergebnissen finden Sie auf der Internetseite des Bundesfamilienministeriums unter www.bmfsfj.de > Kategorien > Publikationen.

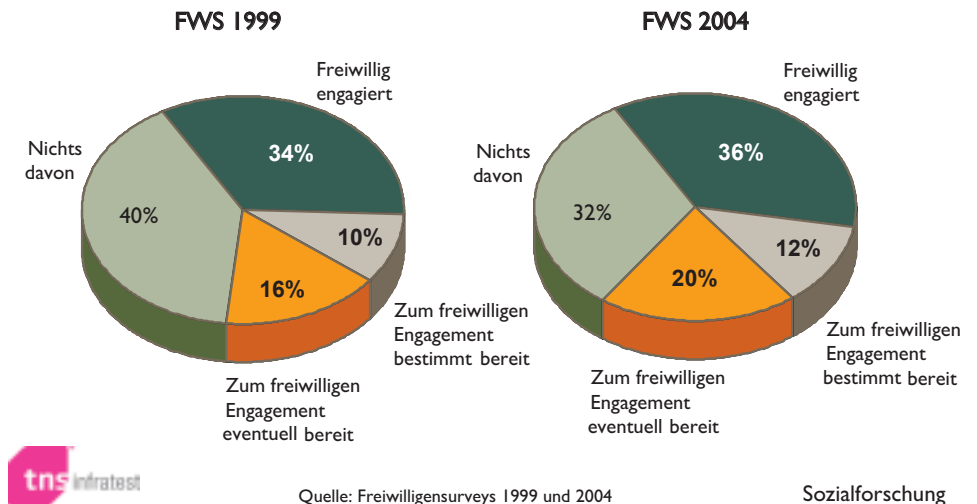


Bild: Hans Peter Reichartz / Pixelio

Unfall- und Rettungshilfe sowie die Freiwillige Feuerwehr sind Bereiche, in denen die ländliche Bevölkerung ehrenamtlich aktiver ist als die städtische.

Freiwilliges Engagement und Bereitschaft zum freiwilligen Engagement (1999 und 2004)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Sozialforschung

Bevölkerung ein wenig stärker engagiert als die städtische.

Je ländlicher, desto aktiver!

Interessant ist, dass sich im Bereich bürgerschaftlichen Engagements eine eindeutige Stadt-Land-Differenz feststellen lässt. Im Kernbereich von Großstädten ist die Engagementquote deutlich geringer als im ländlichen Raum. Mögliche Ursachen beziehungsweise Hinweise auf diese Entwicklung sind die im ländlichen Raum vorherrschende Tradition der politischen Mitwirkung, die lokale Vereinskultur und unterschiedliche politische und institutionelle Rahmenbedingungen. Auch die vorherrschende Siedlungsstruktur spielt eine entsprechende Rolle. So ist beispielsweise der regionale Kultur- oder Sportverein in vielen ländlichen Regionen die organisatorische Basis für die Lösung gemeinschaftlicher Aufgaben vor Ort und ein Anlaufpunkt für die Vernetzung der gesamten Region. Freiwilliges Engagement im ländlichen Raum dient also auch der kulturellen und sozialen Grundversorgung. Es wird wesentlich durch die informelle Integration in das lokale Umfeld bestimmt. Beste Voraussetzungen für ein solches Engagement sind entsprechend kleine Gemeinden mit einem dichten und überschaubaren Netz von Sozialbeziehungen.

Gefälle zwischen Nord und Süd ...

Die süddeutschen Länder sind Spitzenreiter im freiwilligen Engagement. In Baden-Württemberg liegt die Engagementquote bei 42 Prozent, in Bayern bei 37 Prozent und in Hessen sowie Rheinland-Pfalz bei 39 Prozent. Insgesamt hat sich der Abstand zwischen Nord und Süd jedoch verkleinert. Das Bundesland Niedersachsen und die Region

Berlin-Brandenburg konnten einen guten Aufschwung im bürgerschaftlichen Engagement verzeichnen. Die Situation im restlichen „Norden“ blieb weitestgehend stabil.

... und Ost und West

Die Ergebnisse der Untersuchung lassen auch ein deutliches Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland erkennen: Im Vergleich zur ersten Erhebung ist die Engagementquote der Ostdeutschen zwar gestiegen – von 28 Prozent auf 31 Prozent – sie ist aber immer noch niedriger als im westdeutschen Durchschnitt (37 %). Ein Grund für diese Unterschiede wird in der stärker isolierten Siedlungsstruktur der ländlichen Räume Ostdeutschlands gesehen: Es gibt hier mehr von großen Zentren abgelegene Gebiete als in Westdeutschland.

Die oben genannten, für Westdeutschland typischen Zusammenhänge – je kleiner beziehungsweise ländlicher die siedlungsräumliche Struktur, desto höher das Engagement – gelten in Ostdeutschland nicht. Im Gegenteil, bisher ist es ein ganz besonderes Problem, die Zivilgesellschaft in den ostdeutschen ländlichen Regionen zu mobilisieren. Gute Ideen sind gefragt, um dieses Potenzial zu fördern!

wurden, was zu einer gewissen Verzerrung der Ergebnisse geführt haben könnte. Im Freiwilligensurvey 2009 wird es diesbezüglich eine Ausweitung der Methodik geben. Migrantinnen und Migranten haben eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung, erhoffen sich durch freiwilliges Engagement jedoch auch die Lösung eigener Probleme und die Möglichkeit, ihre Interessen zu vertreten.

Sport ist der Renner

Die beliebtesten Engagementbereiche sind „Sport und Bewegung“ (11 %), „Schule und Kindergarten“ (7 %) sowie „Kirche und Religion“ (6 %). Am stärksten zugenommen hat das Engagement in den Bereichen „Schule und Kindergarten“ und „Soziales“. Während der Anstieg im ersten Bereich vor allem von jungen Menschen getragen wird, ist der Anstieg bei „Soziales“ (1999: 4 %, 2004: 5,5 %) vor allem auf Menschen ab 45 Jahren zurückzuführen, die sich verstärkt einbringen.

Mehr Katastrophenhilfe auf dem Land

Im Bereich Unfall- und Rettungshilfe und der Freiwilligen Feuerwehr gibt es deutliche Unterschiede im Engagement der ländlichen und der städtischen Bevölkerung. In Großstädten und größeren Ballungsräumen liegt das Engagement in diesen Bereichen bei nur 1%, in deren Randgebieten und den Kleinstädten bei etwa 3%, in den ländlichen Gebieten hingegen sind sogar 5 % der Bevölkerung engagiert. Aber auch im Bereich „Sport/Bewegung“ ist die ländliche

Mehr Informationen:

Stefanie Lausch
 Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
 Projektbüro Freiwilligensurvey
 Telefon: 030 / 284 93 89 20
 E-Mail: stefanie.lausch@iss-ffm.de
 www.iss-ffm.de

Ehrenamt im Wandel

Von Sebastian Braun

Freiwilliges Engagement ist in Deutschland im Kommen, doch das Ehrenamt wandelt sich: Bedingt durch zunehmende Bildung und wachsenden Wohlstand einerseits sowie den Rückgang stabiler Beschäftigungsverhältnisse und sozialer Leistungen andererseits erhält freiwilliges Engagement eine immer größere Bedeutung – sowohl für den Staat als auch für die Engagierten.

Untersuchungen wie der umfangreiche „Freiwilligensurvey“ des Bundesfamilienministeriums (siehe Beitrag S. 12–13) zeigen, dass Deutschland mittlerweile in der Champions League des Freiwilligenengagements zu verorten ist. Im Zuge des gesellschaftlichen Wertewandels lässt sich jedoch seit längerem ein „Strukturwandel des Ehrenamts“ feststellen, auf den viele Organisationen bislang nur unzureichend mit entsprechenden Strukturen für engagierte und potenziell engagementbereite Personen reagiert haben. Dieser Wertewandel beschreibt die Abwendung von materiellen und die Hinwendung zu postmateriellen Werten wie Freiheit, Selbstverwirklichung, Selbsterleben oder Glück als Produkt entwickelter (Wohlstands-)Gesellschaften. Die Merkmale dieses Strukturwandels lassen sich – idealtypisch – wie folgt beschreiben:

Vom „alten“ zum „neuen“ Ehrenamt

Biographische Passung immer wichtiger

Typisch für das „alte“ Ehrenamt ist eine langfristige und verpflichtende ehrenamtliche Tätigkeit, die aus dem sozialen Herkunftsmilieu heraus gewachsen ist. Diese Tätigkeit ist mit der Mitarbeit in einer ganz spezifischen Trägerorganisation wie einer bestimmten Kirche, einem besonderen Wohlfahrtsverband oder einem bestimmten Sportverein verbunden. An die Stelle dieses frühzeitig sozialisierten Engagements tritt heute immer mehr das Prinzip der „biographischen Passung“. Demnach engagieren sich Menschen zunehmend genau unter denjenigen zeitlichen und organisatorischen Gesichtspunkten, die mit ihren biographischen Erfahrungen und

individuellen Zukunftsplanungen in engem Zusammenhang stehen.

Erhoffter Nutzen als Motor

Charakteristisches Merkmal des „alten“ Ehrenamts ist das selbstlose Handeln und die Aufopferung für Andere. Dieses Selbstverständnis wird beim „neuen“ Ehrenamt zunehmend durch die Gegenseitigkeit von Geben und Nehmen ersetzt – nach dem Motto: „Ich helfe jetzt in der Erwartung, dass mir in der Zukunft ebenso geholfen wird“. Darüber hinaus gewinnt der Wunsch nach Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung zunehmend an Bedeutung: Dem Engagement wird ein ganz persönlicher Sinn zugewiesen, der zugleich ein wesentlicher Motor für die eigene Bereitschaft zu Engagement und Partizipation ist. Das „alte“ Ehrenamt wird außerdem üblicherweise unentgeltlich als ein Dienst für die

Ehrenamtliche Tätigkeiten werden immer professioneller und bekommen immer stärker die Funktion, (beruflich) verwertbare Qualifikationen zu erwerben.



Sache ausgeübt, während das „neue“ Ehrenamt auch nach materiellen Gegenleistungen im Sinne von Aufwandsentschädigungen oder Honoraren sucht.

Professionalität nimmt zu

Das „alte“ Ehrenamt basiert typischerweise auf „Laientätigkeiten“, da die jeweiligen Aufgaben aus einem spezifischen Interesse heraus durch die eigenen lebensweltlichen Erfahrungen und mit geringer Spezialisierung bearbeitet werden. Das „neue“ Ehrenamt erhebt nicht nur den Anspruch, die übernommenen Aufgaben mit spezialisierten Kenntnissen adäquat lösen zu wollen. Vor allem soll das Engagement auch dazu beitragen, (beruflich) verwertbare Qualifikationen zu erwerben.

Wohlstand und Bildung führen zum Wandel

Bei dieser polarisierenden Gegenüberstellung von „altem“ und „neuem“ Ehrenamt handelt es sich selbstverständlich um Idealtypen, die in dieser Eindeutigkeit in der sozialen Wirklichkeit nicht vorzufinden sind. Vielmehr mischen sich Merkmale des „alten“ und „neuen“ Ehrenamts bei den freiwillig Engagierten oder potenziell Engagementbereiten. Dennoch lassen zahlreiche Untersuchungen erkennen, dass typische Merkmale des „neuen“ Ehrenamts immer breiteren Raum einnehmen. Dies gilt vor allem für die gut ausgebildeten, jüngeren Generationen, die in der Bundesrepublik unter Bedingungen eines weitreichenden Wohlstands aufgewachsen sind.

Chancen am Arbeitsmarkt erhöhen

Mit dem Wandel des Ehrenamtes verbunden ist aber auch eines der offensichtlichsten Probleme des deutschen Wohlfahrtsstaats: Seit Mitte der 1970er Jahre finden immer weniger Menschen ein (ihnen zuzagendes) „Normalarbeitsverhältnis“. Damit verbunden ist ein deutlicher Anstieg atypischer Beschäftigungsverhältnisse und diskontinuierlicher Erwerbsverläufe sowie die Notwendigkeit zu lebenslangem Lernen. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement informelle Lernprozesse initiieren und unterstützen kann. Dieses Humankapital können und

wollen sich die „engagiert Lernenden“ auch in anderen Handlungskontexten wie in der Erwerbsarbeit zunutze machen, worin u.a. das Streben nach biographischer Passung des freiwilligen Engagements begründet sein dürfte. Vor diesem Hintergrund muss auch über institutionelle Arrangements nachgedacht werden, die bildungsfernen Gruppen und speziell sozial benachteiligten Menschen mit Migrationshintergrund Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement ermöglichen.

Mehr Verantwortung für Bürger ...

Interessant werden die Gedanken zum Wandel des Ehrenamts vor allem, wenn man die institutionellen Grundlagen sowie die individuellen und gesellschaftlichen Funktionen und Wirkungen des bürgerschaftlichen Engagements stärker unter die Lupe nimmt. Die Frage nach der „Zukunft des Wohlfahrtsstaats“ bildet einen neuralgischen Punkt in der öffentlichen Diskussion. Wie soll es weitergehen mit dem „Modell Deutschland“, das über wenige Jahrzehnte so vielen Menschen soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe verschaffte? Jenseits klassisch staatsfixierter Ansätze auf der einen und klassisch marktliberaler Ansätze auf der anderen Seite wird das bürgerschaftliche Engagement der Menschen als Steuerungsressource des Wohlfahrtsstaats (wieder-)entdeckt. Bei der Herstellung wohlfahrtsrelevanter Güter und Dienste wird auf eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft gesetzt. Während der Staat bisher die Gewährleistungs-, Finanzierungs- und Vollzugsverantwortung bei der Herstellung öffentlicher Güter und Dienste innehatte, soll er nun zunehmend die Vollzugs- und Finanzie-

rungsverantwortung an Organisationen der Bürgergesellschaft abtreten und damit zugleich Gelegenheitsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement schaffen.

... aber: Vorsicht vor Instrumentalisierung!

Doch kann der Ideenreichtum der Bürger zurückgehende wohlfahrtsstaatliche Leistungen auf Dauer nicht ersetzen. Im Gegenteil: Schleicht sich der Verdacht einer Instrumentalisierung bürgerschaftlichen Engagements für staatliche Zwecke ein, dann wird kommunale Bürgerbeteiligung sehr schnell als Demokratisierung der Machtlosigkeit erfahren, die auf Dauer die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement verringern dürfte. Daher muss es vielmehr um eine Kooperation zwischen Organisationen der Bürgergesellschaft und des Staates gehen. Unter dem Stichwort „Anwender-Demokratie“ gewinnen eine institutionell geförderte Bürgerbeteiligung und die Öffnung staatlicher Einrichtungen wieder zunehmend an Bedeutung. Hierzu zählen auch die Wiederbelebung politischer und sozialer Nahräume, die Dezentralisierung großer Sozialsysteme und die Kommunalisierung politischer Aufgaben.

Mehr Informationen:
 Prof. Dr. Dr. Sebastian Braun
 Humboldt-Universität zu Berlin
 Forschungszentrum für
 Bürgerschaftliches Engagement (ForBE)
 Telefon: 0 30 / 20 93 46 0 22
 E-Mail: braun@staff.hu-berlin.de
 www.for-be.de

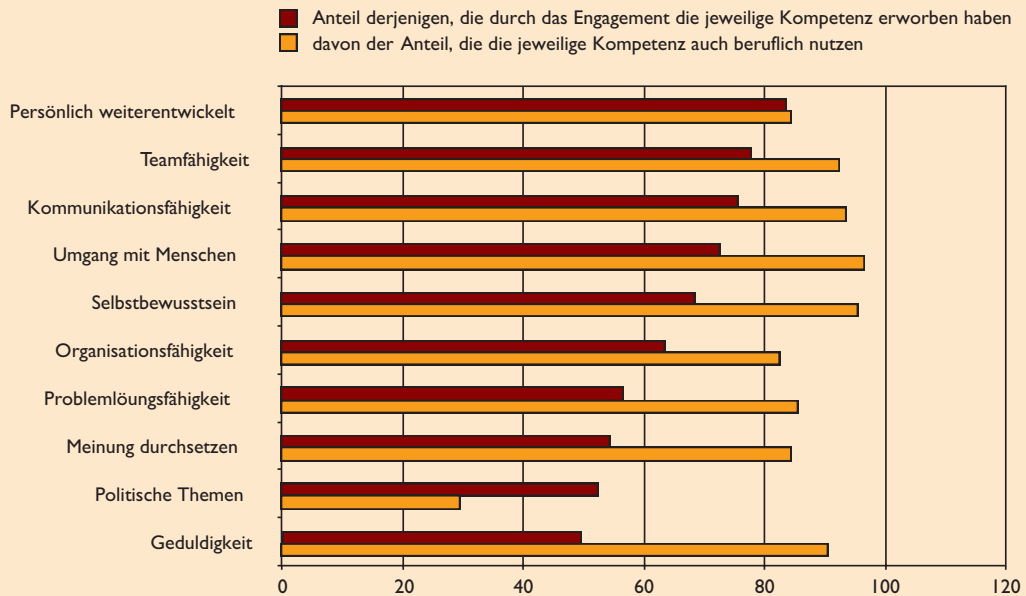


Abb. 1: Kompetenzentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement und Nutzung der entwickelten Kompetenzen in der Berufstätigkeit bei E.ON Westfalen Weser, Differenzierung nach Kompetenzbereichen (Mehrfachantworten möglich). Prozentwerte (Braun, 2006).

Quelle: Sebastian Braun, Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement (ForBE)

Engagement entsteht nicht im luftleeren Raum

Von Silke Brauers

Woran sollen sich Verantwortliche in Kommunen, Vereinen und Verbänden orientieren, wenn sie bürgerschaftliches Engagement nicht nur ermöglichen, sondern auch stärken, sichern und ausbauen wollen? Dieser Frage geht der folgende Beitrag nach.

Der Freiwilligensurvey des Bundesfamilienministeriums (siehe Beitrag S. 12–13) und Erkenntnisse aus verschiedenen Erhebungen und Bundesmodellprogrammen, die das Kölner Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB) wissenschaftlich begleitet und koordiniert hat, zeigen deutlich, welche Art von Unterstützung sich engagierte bzw. engagementbereite Bevölkerungsgruppen wünschen.

Möglichkeiten aufzeigen, Vernetzung erleichtern

Den größten Verbesserungsbedarf sehen Bürgerinnen und Bürger in einer besseren Beratung zu Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu engagieren. Insbesondere im ländlichen Raum kommt aber auch der Vernetzung und Selbstorganisation eine tragende Rolle zu. Dort, wo institutionelle Strukturen fehlen, müssen neue Kooperationsformen und Gruppierungen von Engagierten entstehen können. Hierfür sind Anreize und eine – möglichst hauptamtliche – Unterstützung nötig.

Infrastruktur schaffen

Entscheidend ist auch eine gute Infrastruktur, die das Engagement unterstützt.

Wichtige Anlaufstellen für diejenigen, die sich engagieren wollen und Orientierung benötigen, sind beispielsweise Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen oder Seniorenbüros. Diese in vielen Kommunen bereits existierenden Einrichtungen leisten mehr als nur Einstiegsberatung: Sie geben Impulse für den öffentlichen Diskurs zum bürgerschaftlichen Engagement, leisten professionelle Begleitung der Engagierten, beraten über Einsatzorte und ermöglichen Vernetzung, Selbstorganisation und Qualifizierung.

Erfahrung nutzen

Das vom ISAB begleitete Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen (EFI)“ (2002–2006; www.seniortrainer.de) konnte zeigen, dass insbesondere Ältere sich neue Verantwortungsrollen wünschen. In dem Programm wurde ein Konzept erprobt, das Ältere zu SeniorTrainerinnen und SeniorTrainern qualifiziert. Diese beraten anschließend Vereine, Initiativen und Verbände, schieben Projekte an oder entwickeln neue Kooperationen vor Ort. Mittlerweile haben über 80 Kommunen dieses Konzept in Kooperation mit den entsprechenden Einrichtungen und Bildungsträgern umgesetzt. In den meisten dieser Kommunen

engagieren sich nun zudem SeniorKompetenzteams – die lokalen Zusammenschlüsse der SeniorTrainerinnen und SeniorTrainer.

Organisationen müssen umdenken

Auch Vereine, Verbände und Initiativen entdecken mehr und mehr, dass sie sich für neue Formen des Engagements öffnen müssen. Gefragt sind Strategien, die der Ausfächerung von Lebensstilen und Motivationslagen gerecht werden (siehe Beitrag S. 14–15). Zukunftsfähige Konzepte zur Förderung des Engagements versuchen, die verschiedensten Bevölkerungs- und Altersgruppen zu integrieren: Jung und Alt, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit projektbezogenem wie auch mit längerfristigem Engagementwunsch.

Mehr Anerkennung für Engagierte

Was wünschen sich aber diejenigen, die sich bereits engagieren? Laut dem Freiwilligensurvey 2004 erhoffen sich 63 Prozent der Engagierten mehr Finanzmittel für Projekte. Es folgen die Bereitstellung von Räumen, Sachmitteln etc. (43%), Weiterbildungsmöglichkeiten (35%), fachliche Unterstützung (34%), unbürokratische Kostenerstattung (33%), Anerkennung durch Hauptamtliche (28%) und eine bessere Vergütung (22%). Der Beitrag auf Seite 17 zeigt einige Beispiele, wie mit verschiedenen Mitteln bereits versucht wird, diesen Wünschen entgegenzukommen und somit das Engagement durch mehr Anerkennung seitens der Gesellschaft nachhaltig zu erhalten.



Bild: privat

Das Engagement der Älteren ist gefragt: seniorTrainerin Hannelore Falkenhagen hat im Landkreis Havelland das Projekt "Betreuung von Kindern mit Lese-Rechtschreibschwäche" aufgebaut.

Mehr Informationen:

Silke Brauers
Institut für Sozialwissenschaftliche
Analysen und Beratung (ISAB)
Telefon: 02 21 / 41 20 94
E-Mail: Silke.brauers@isab-institut.de
www.isab-institut.de

Was heißt hier Anerkennung?

Von Juliane Mante und Sören Bronsert

Neben den institutionellen Rahmenbedingungen hat auch die gesellschaftliche Anerkennung des freiwilligen Engagements einen großen Einfluss auf die Motivation der Engagierten. Beispiele, wie dieses Engagement auf verschiedenen Ebenen gefördert bzw. anerkannt werden kann, zeigt dieser Beitrag.

Ob direkte persönliche Anerkennung, materielle oder fachliche Unterstützung, angebotene Weiterbildungsmaßnahmen, Auszeichnungen oder Qualifikationsnachweise – es gibt vielfältige Möglichkeiten, den Engagierten zu zeigen, dass ihr Engagement wahrgenommen und gewürdigt wird. Neben vielen regionalen oder lokalen Ansätzen haben auch der Bund und die Bundesländer eine bunte Palette solcher Maßnahmen im Angebot.

Preisverleihungen, Wettbewerbe, Steuervergünstigungen...

Mit Preisverleihungen, Kampagnen und Wettbewerben will die Bundesrepublik nebenberufliche bzw. ehrenamtliche Tätigkeiten in den Städten und Kommunen stärker anerkennen und fördern. Außerdem gibt seit 2007 einige Steuervorteile für Ehrenamtler:

- Ehrenamtler können 500 Euro (Ehrenamtpauschale) oder 2100 Euro (Übungsleiterpauschale) im Jahr steuer- und sozialabgabenfrei einnehmen, wenn sie bei gemeinnützigen Vereinen oder juristischen Personen öffentlichen Rechts arbeiten.
- Nicht-Arbeitnehmer erhalten einen Arbeitnehmerpauschalbetrag von 920 Euro und können 3020 Euro Lohn im Jahr steuer- und sozialabgabenfrei ausgezahlt bekommen (2100 + 920 Euro).
- Einen Steuerrabatt von 300 Euro erhalten ehrenamtliche Betreuer eines gemeinnützigen Vereins oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts bei mindestens 20 Stunden Arbeit im Monat oder 240 Stunden im Jahr. Schüler, Studenten und Rentner mit Ehrenamt gehen jedoch leer aus, wenn sie keine Steuern zahlen.

- Das Finanzamt erkennt von Spenden für gemeinnützige Vereine bzw. Initiativen 20 Prozent vom Gesamtbetrag der Einkünfte als Sonderausgaben an.

... und verbesserter Versicherungsschutz auf Bundesebene

Im Bereich Versicherungsschutz hat es in den letzten Jahren einige Verbesserungen für Ehrenamtler gegeben. Dabei ist die Unfall- und Haftpflichtversicherung für die ehrenamtliche Arbeit besonders relevant. So ist der Unfallversicherungsschutz zum 1. Oktober 2008 für Engagierte erweitert worden. Seitdem ist es nach dem Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz möglich, dass neben den „gewählten“ auch „beauftragte“ Ehrenamtliche und Freiwillige einen Unfallversicherungsschutz bekommen.

Ehrenamtskarten und Qualifikationsnachweise in den Ländern

Viele Bundesländer bieten den Engagierten weitere Anerkennungen an, unter denen die bekannteste Form die sogenannte Ehrenamtskarte (oder E-Card) ist, die es zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen, Hessen und bald auch im Saarland gibt. Inhaber einer Ehrenamtskarte haben die Möglichkeit, Vergünstigungen beim Besuch bestimmter städtischer und privater Einrichtungen oder Veranstaltungen in Anspruch zu nehmen. Einige Bundesländer bieten auch die Möglichkeit, die Qualifikationen, die die Engagierten in ihrem Ehrenamt erworben haben, anhand eines Qualifikationsnachweises oder Zeugnisses zu belegen – eine sinnvolle Sache, wenn man die gewandelte Funktion des Ehrenamtes bedenkt (siehe Beitrag S. 14-15).



Bild: Klaus-Uwe Gerhardt / Pixelio

Dieser kurze, längst nicht erschöpfende Aufriss zeigt: Es wird bereits einiges getan, um die Engagierten zum Weitermachen zu motivieren. Trotzdem gibt es noch viele Lücken. So ist ein für die Praxis nicht unwesentliches Problem die Erstattung von Unkosten, wie z. B. Fahrtkosten, die im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten in geförderten Projekten anfallen.

Rund um das Ehrenamt

Institutionen und Ansprechpartner, die Informationen rund um das Ehrenamt und dessen Anerkennung auf Bundesebene und in den Bundesländern geben können, finden Sie auf unserer Website unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ehrenamt

Mehr Informationen:

Juliane Mante, Sören Bronsert
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 6845 36 41; -34 62
E-Mail: juliane.mante@ble.de,
soeren.bronsert@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Engelskirchen behält den Anschluss

Von Ulrich Hövel und Josef Hess



Bild: Ulrich Hövel

Ländliche Räume haben oft mit einer ungenügenden Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu kämpfen. Der Lösung dieses Problems nehmen sich viele Bürger mittlerweile selbst an: durch ehrenamtliche Bürgerbusvereine etwa, die auch in abgelegenen Regionen für ausreichend Mobilität sorgen. Ersetzen sollen sie den ÖPNV nicht, wohl aber ergänzen.

Die Dörfer, die sich im Oberbergischen Land in Nordrhein-Westfalen zur Gemeinde Engelskirchen zusammengeschlossen haben, sind weit zerstreut. Vor allem für ältere und weniger mobile Menschen lässt die Anbindung an den ÖPNV zu wünschen übrig. Bereits im Jahr 2002 äußerten die Bürger der Gemeinde deshalb in einem Beteiligungsverfahren in Runderoth den Wunsch, den ÖPNV im gesamten Gemeindegebiet zu verbessern. Zwei Jahre später wurde der Bürgerbusverein Engelskirchen e.V. gegründet, der heute den Busverkehr nach Fahrplan für die meist älteren Fahrgäste organisiert und durchführt.

Ohne Ehrenamt rollt gar nichts

Der Bürgerbus – ein Sprinter mit Erdgasantrieb – wurde mit 30.000 Euro vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert; den Kauf ermöglichten schließlich ein Zuschuss und ein Darlehen der Gemeinde, eine Spende des lokalen Energieversorgers sowie Werbeeinnahmen örtlicher Firmen. Die Kosten für die Schulung der Fahrer, für Beförderungserlaubnis, Organisation und Verwaltung werden durch eine vom Land gewährte Organisationskostenpauschale

abgedeckt. Der Fahrbetrieb selbst wird aus den Einnahmen finanziert.

Der Verein profitiert auch von der Unterstützung anderer Bürgerbusvereine und der örtlichen Verkehrsgesellschaft. Die lokale Gasgesellschaft errichtete außerdem eine eigene „Zapfstelle“ direkt am Stellplatz des Busses. Aber erst die engagierten, ehrenamtlichen Fahrer ermöglichen, dass der Bus regelmäßig von Montag bis Samstag und bei besonderen Veranstaltungen sogar sonntags fährt.

Regionales Verkehrsunternehmen als Partner

Nach dem Personenbeförderungsgesetz (PbefG) benötigt man für das Erbringen von Verkehrsleistungen eine Genehmigung (Konzession). Da ein kleiner, ehrenamtlicher Verein nicht die Kapazitäten und rechtlichen Voraussetzungen für den Aufbau und Betrieb eines Linienverkehrs hat, erhält nur das ortsansässige Verkehrsunternehmen von der Bezirksregierung die Konzession für Bürgerbusse – im Gemeindegebiet Engelskirchen die Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG). Der Bürgerbusverein unterliegt der organisatorischen Aufsicht und Kontrolle der

OVAG. Die OVAG hilft dem Verein bei der Planung der Fahr- und Streckenpläne und der Ausstattung der Haltestellen, ist Eigentümerin des Bürgerbusfahrzeugs und schließt die dafür notwendigen Versicherungen ab. Der Bürgerbusverein ist für die eigenständige Organisation des Fahrbetriebs zuständig, er kann auch Vorschläge für die Ticketpreise unterbreiten.

Nicht entmutigen lassen!

Spätestens bei der Streckenplanung hat der Verein gelernt, was Bürokratie wirklich bedeutet: jede Fahrstrecke muss beantragt, abgefahren, genehmigt und mit Haltestellen ausgeschildert werden. So weit, so gut. Dass man mit einem Linienbus (und darum handelt es sich ja beim Bürgerbus) mit Fahrgästen nicht rückwärts fahren darf, bringt in der Gegend allerdings ganz eigene Probleme mit sich. Denn einige der geplanten Strecken sollten bergauf in Sackgassen führen und waren somit nicht genehmigungsfähig. Trotzdem wurde 2008 erstmals die Marke von 5.000 Fahrgästen überschritten – ein Zeichen dafür, dass der Bürgerbus trotz einiger Anlaufschwierigkeiten und Hürden „Fahrt aufgenommen“ hat!



Bild: Ulrich Hövel

Bürgerbusse wurden erstmals in den 1980er Jahren in Nordrhein-Westfalen (NRW) erprobt, mittlerweile hat sich die Idee bundesweit durchgesetzt. Aktuelle Informationen zur Förderung von Bürgerbussen in NRW bietet der Dachverband für Bürgerbusse „pro Bürgerbus nrw“: www.pro-buergerbus-nrw.de.

Mehr Informationen:

Ulrich Hövel
Bürgerbusverein Engelskirchen e.V.
Telefon: 02 2 63 / 60 4 74
E-Mail:
buergerbus@buergerbus-engelskirchen.de
www.buergerbus-engelskirchen.de

Lebensqualität statt Gewinnmaximierung

Von Günter Lühning

Otersen – ein typisch niedersächsisches Dorf am westlichen Rand der Lüneburger Heide – war über viele Jahre ein „sterbendes“ Dorf. Als vor einiger Zeit auch noch das letzte Lebensmittelgeschäft schließen sollte, reichte es den Bürgern: Sie schlossen sich zusammen, gründeten den Dorfladen „von Bürgern für Bürger“ und holten sich damit ein Stück Lebensqualität zurück.

1965: Schließung der Volksschule. 1972: Verlust der Eigenständigkeit als Gemeinde. Seitdem: ständiger Rückgang der Einwohnerzahlen... Nur durch die Dorferneuerung in den 1990er Jahren wurde der Sterbe-Prozess des Ortes Otersen in der niedersächsischen Gemeinde Kirchlinteln kurzzeitig aufgehalten. Im Jahr 2001 sollte auch der letzte Dorfladen seine Türen für immer schließen. Für die 424 Einwohner hätte dies bedeutet: 16 Kilometer hin und zurück zum Brötchen-Kauf, 30 Kilometer hin und zurück zum Supermarkt.

Bürgerinitiative springt in die Bresche

Dies war für viele Bewohner keine akzeptable Perspektive. Im Dezember 2000 gründeten sie deshalb eine Bürgerinitiative. 70.000 DM Eigenkapital, so die Kalkulationen, wären nötig, um den Betrieb des Ladens aufrechtzuerhalten. Diese Summe von interessierten Einwohnern einzuholen, schien zunächst ein hochgestecktes Ziel. Doch noch am Abend der Bürgerinitiativen-Gründung zeichneten über 60 Einwohner – je nach finanzieller Leistungsstärke – einen oder mehrere der 500-Euro-Anteilsscheine. 103.000 DM wurden dadurch aufgebracht. Damit war der Dorfladen „von Bürgern für Bürger“ geboren.

Mit Tatkraft in den Einzelhandel

150.000 DM wurden im März 2001 für die Modernisierung und die Waren-Erstaussstattung des 150 Quadratmeter „kleinen“ Ladens investiert. Hiervon steuerte das Amt für Agrarstruktur Verden im Rahmen des „Programms zur Entwicklung der Land-

wirtschaft und des ländlichen Raumes“ Niedersachsens (Proland) 25.000 DM an Fördermitteln bei, weitere 25.000 DM kamen von der Gemeinde Kirchlinteln. Kein Aprilscherz, sondern ein dörfliches Volksfest war dann die Eröffnung am Sonntag, den 1. April 2001. Mit 2.000 verschiedenen Artikeln und 50 Stunden Öffnungszeit von Montag bis Sonntag startete die Initiative mit vier Teilzeit-Verkaufskräften in den Lebensmittel-Einzelhandel. Für das Tagesgeschäft ist eine Geschäftsführerin verantwortlich, ein Beirat (Aufsichtsrat) übernimmt das kaufmännische Controlling.

Auf Dividende verzichtet

Anfängliche Verluste konnten zunächst nicht verhindert werden. Um mit jährlich über 40.000 € Personalkosten, 14.000 € Miet- und Energiekosten und einem Jahresumsatz von 300.000 € endlich „schwarze Zahlen“ schreiben zu können, wurde 2004 ein Sparprogramm aufgelegt – mit Erfolg. Auskömmlichkeit statt Gewinnmaximierung lautete jetzt das Geschäftsprinzip. Seitdem erwirtschaftet der Dorfladen – wenn auch nur geringe – Überschüsse. Dividendenzahlungen haben die inzwischen über 70 Gesellschafter bisher nicht erhalten – dafür gibt es Lebensqualität vor Ort: Der Tageseinkauf kann zu Fuß oder mit dem Fahrrad erledigt werden, und am Sonntag gibt es von 8 bis 10 Uhr frische Brötchen.

Lebensmittele(l) in Otersen

Der Dorfladen Otersen ist nicht nur Lebensmittelmarkt, sondern auch Lebensmitteleltpunkt des Ortes geworden. Durch die Dorferneuerung in den 1990er Jahren erhöhte sich die Einwohnerzahl um 50 Bürger und seit 2000 um weitere 50 auf nun 524 Bewohner – das Dorf lebt wieder. Bereits



Bild: Dorfladen Netzwerk GbR

2006 wurde das Engagement von der Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ (BIN) und 2007 durch den Sieg im Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ belohnt. Der Dorfladen ist somit längst ein bundesweit beachtetes Modellprojekt.

Infos zum Dorfladen

2004 wurde in Otersen das Niedersächsische Dorfladen-Netzwerk mit Ministerpräsident Christian Wulff als Schirmherr gegründet (www.dorfladen.net). Im Januar 2008 erschien außerdem das Dorfladen-Handbuch mit Konzepten und Erfahrungsbericht, das per E-Mail (info@dorfladen.net) auf CD für 30 € bestellt werden kann.

Mehr Informationen

Günter Lühning
Sprecher des Niedersächsischen
Dorfladen-Netzwerkes
E-Mail: info@dorfladen.net
www.otersen.de, www.dorfladen.net



Hegensdorfer baggern sich in die Zukunft

Von Maria Lummer

Ein komfortabler Internetzugang per DSL gilt in Deutschland inzwischen als selbstverständlich. Abgelegene Dörfer haben allerdings immer noch schlechte Karten auf einen Platz in der „Breitbandliga“. Die Hegensdorfer griffen nach zweijährigem Hin und Her schließlich selbst zum „Spaten“, um den digitalen Dornröschenschlaf ihre Ortes zu beenden.

Mehrere Tausend Dörfer haben in Deutschland keinen Anschluss an das Breitbandnetz. Es sind meist Orte in Randlagen, die zu weit vom nächsten Knotenpunkt des Telekomnetzes entfernt liegen. Die Zahl der potenziellen Anschlussnehmer ist hier zu gering, um den teuren weiteren Ausbau des Netzes zu rechtfertigen.

Kommt Zeit, ...

Auch den 950 Hegensdorfern im nordrhein-westfälischen Landkreis Paderborn war dieses Schicksal beschieden. Frank Pittig, 33 Jahre alt und frisch zugezogen, wollte sich damit jedoch nicht abfinden. Zwei Jahre lang bemühte er sich zunächst vergeblich, Hegensdorf ins Zeitalter des technischen Fortschritts zu führen: Zwar lief die Hochgeschwindigkeitsdatenbahn der Telekom – ein Breitband-Glasfaserkabel – direkt am Dorf vorbei. Doch erwies sich der Anschluss des kleinen Ortes an das Fernverbindungskabel für die unterschiedlichen Anbieter als unwirtschaftlich. Die Kosten für ein solches Projekt wurden damals mit 40.000 Euro kalkuliert. Viel zu teuer für das

kleine Dorf mit seinen 320 Telefon- und 120 Internetanschlüssen.

... kommt Rat!

Im dritten Jahr zeichnete sich plötzlich die Lösung ab: Wieso musste die Verlegung eines Leerrohrs für ein Kabel von 1.300 Metern Länge eigentlich so teuer sein? Schließlich hatten die Hegensdorfer bereits ihre Schützenhalle und ihren Sportplatz in Eigenleistung gebaut. Sie schlugen also vor, die Trasse selbst zu erstellen. Da wurden auch die Vertreter der Telekom hellhörig; plötzlich sprachen sie von einem möglichen „Pilotprojekt mit Beispielfunktion“. Das Unternehmen sagte zu, den Anschluss an das Fernverbindungskabel, das „Einschießen“ des Glasfaserkabels und den Anschluss ans Ortsnetz kostenlos zu erledigen. Auch das Leerrohr wollten sie zur Verfügung stellen.

Das große Graben beginnt

Nun fanden Bürgerversammlungen und Informationsveranstaltungen statt, die zahlreiche Hilfsangebote nach sich zogen: angefangen von Füllsand-Transporten über die Bereitstellung von Baufahrzeugen bis hin zur Verpflegung für die Helfer. Zudem erklärten sich alle betroffenen Grundstückseigentümer bereit, ohne finanzielle Entschädigungen durch den eigenen Grund und Boden baggern zu lassen. Im August 2007 schließlich begannen die Baggerarbeiten: Alt und Jung, Neubürger und Alteingesessene standen gemeinsam im Graben, um Erde auszuheben, die Sohle zu planieren, Sand einzufüllen, Leerrohr und Trassenwarnband zu verlegen, den Graben schließlich zu verfüllen und verdichten und Mutterboden aufzutragen.



Bild: Maria Lummer

Profis zur Hilfe geholt

Natürlich gab es auch heikle Situationen zu meistern: So mussten an zwei Stellen öffentliche Straßen mit unterirdischen Versorgungsleitungen ordnungsgemäß gequert werden; auch gab es einen extremen Steilhang zu überwinden. Diese riskanten Arbeiten, so die Entscheidung der Hegensdorfer, wollte man lieber von einer Tiefbaufirma erledigen lassen. Da sich hier die ortsansässige Volksbank Büren-Salzkotten als großzügiger Sponsor zeigte und auch zahlreiche Spenden von örtlichen Handwerksbetrieben und Privatleuten eintrafen, konnten die Hegensdorfer Vereine ihr Erspartes für andere Projekte behalten.

Erfolg auf der ganzen Strecke

Seit Anfang Dezember 2007 läuft nun in den Hegensdorfer Haushalten DSL mit 16 MB/s. Damit ist die Gemeinde digital bestens versorgt. Das Bauamt der Stadt Büren stand bei diesem Projekt mit seinem Sachverstand hilfreich zur Seite. Außerdem übernahm die Stadt die Trägerschaft für das Projekt und leistete damit Hilfe zur Selbsthilfe. So konnten auch knifflige versicherungstechnische Fragen gelöst werden.

Mehr Informationen:

Maria Lummer
33142 Büren-Hegensdorf
Telefon: 0295 1/ 21 34
E-Mail: Lummer.hegensdorf@t-online.de



Bild: Maria Lummer

Ein Tag für den Berg

Von Norbert Metz

Der Hesselberg in Mittelfranken ist Ausflugsziel für zahlreiche Erholungssuchende aus nah und fern. Auf seinen fast 200 Hektar großen Hutungsflächen am Nord- und Südhang finden sich zahlreiche überregional bedeutsame Pflanzen, darunter 27 Rote-Liste-Arten. Durch den Rückzug der Landwirtschaft und die damit verbundene Verbuschung hätten diese Pflanzen in der Regel kaum Überlebenschancen – gäbe es da nicht die engagierten Bürger der umliegenden Gemeinden.

18. Oktober 2008 am Hesselberg, der mit 689 Metern höchsten Erhebung in Mittelfranken: Nach und nach füllt sich der Wendepunkt am Ende der Zufahrtsstraße mit Menschen. Landwirte und Nichtlandwirte, Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, mit Astscheren, Motorsägen und Handsägen ausgestattet, strömen aus den Dörfern der Umgebung herbei, um sich auf der Hutungsfläche der Gemeinde Geroltingen zu treffen.

Kulturlandschaft selbst gemacht

140 Paar Hände legen schließlich gemeinsam los: Männer mit Schutzausrüstung sägen Gehölz ab, das zum Teil in den vergangenen 30 Jahren aufgewachsen ist, andere ziehen die Büsche gemeinsam zu einer Feuerstelle. Ein Schlepper mit Greifzange sammelt große Gebüschhaufen auf. Nach einer Stunde haben die fünf Einsatzgruppen schon dafür gesorgt, dass eine Steilwand im ehemaligen Steinbruch wieder sichtbar und ein über Jahre unpassierbarer Weg freigelegt ist. Wo vorher über viele Jahre nur noch Gebüsch zu sehen war, gibt es jetzt einen freien Blick ins Tal. Auch der violett blühende Enzian, der sich an vielen Stellen zeigt, hat nun wieder genügend sonnige Flächen, um sich weiter auszubreiten.

Begeisterung steckt an

Die Aktion „Ein Tag für den Berg“ wurde auf Initiative des Landschaftspflegeverbandes Mittelfranken ins Leben gerufen. Ein neues Gemeinschaftsgefühl wecken, Spaß am gemeinsamen Tun haben und damit Kulturlandschaft erhalten – das waren die Ziele der Initiative. Dem Aufruf zum ersten Aktionstag in Ehingen folgten im Herbst 1997 mehr als 40 Menschen. Seitdem lockt der „Tag für den Berg“ jährlich immer mehr Menschen an, und immer mehr Gemeinden nehmen teil. Vorläufiger Höhepunkt dieser beharrlich vorangetriebenen Entwicklung, die zum Ziel hat, Menschen in den Gemeinden um den Berg für die Arbeitseinsätze zu begeistern, war der oben beschriebene Tag im Herbst 2008: Mehr als 140 Teilnehmer haben sich in der ersten gemeindeübergreifenden Bürgeraktion zum Erhalt der Wacholderheiden für „ihren“ Berg stark gemacht.

Jeder gibt, was er kann

Die Organisation der Aktionstage „Ein Tag für den Berg“ übernimmt der Landschaftspflegeverband Mittelfranken. Dazu zählen die Absprachen mit den Fachbehörden, die Herstellung von Veranstaltungsplakaten und Handzetteln, die Pressearbeit und

die Beantragung von Fördermitteln für die Bezahlung der Gerätekosten, also für Motorsägen, Motorsensen und Schlepper. Die Gemeinden kümmern sich um die Verpflegung der Teilnehmer in der Brotzeitpause und beim abschließenden Essen in der Dorfwirtschaft.

Viele neue Verbündete gewonnen

Mit ihrer Teilnahme an den Aktionstagen können auch viele Freizeitnutzer – wie Alpenverein, Modellflugverein, Drachen- und Gleitschirmflieger sowie Naturschutzverbände – einen aktiven Beitrag zum Erhalt der landschaftlichen Qualität des Hesselbergs leisten. Damit entstehen neue Bündnisse zwischen den Bewohnern der umliegenden Gemeinden und den Nutzern des Berges. Die überragende Teilnehmerzahl an den Aktionen und die positive Stimmung haben gezeigt: Mit dieser Form von Landschaftspflege kann nicht nur ein wichtiger Beitrag zum dauerhaften Erhalt der Kulturlandschaft geleistet werden; vielmehr lässt sich mit ihrer Hilfe auch ein neues Gemeinschaftsgefühl zwischen den Menschen der Region aufbauen.

Mehr Informationen:

Norbert Metz
Landschaftspflegeverband Mittelfranken
Telefon: 09 81 / 46 53 35 25
E-Mail: metz@lpv-mfr.de
www.lpv-mfr.de



Mehr Frauen ins (Ehren-)Amt!

Von Evelyn Schmidtke

In ländlichen Räumen hat das Ehrenamt einen (noch) höheren Stellenwert für die Lebensqualität als in städtischen Ballungszentren, denn hier wird die soziale Infrastruktur durch ehrenamtlich getragene Vereine vielfach erst geschaffen. Dem LandFrauen-Verband kommt hier mit seiner Bildungsarbeit eine ganz besondere Rolle zu. Wer dabei an Koch- und Strickkurse denkt, liegt allerdings ziemlich falsch.

Die Bereitschaft von Mitgliedern landwirtschaftlicher Familien, in Vereinen und berufsständischen Vertretungen ehrenamtlich Verantwortung zu übernehmen, ist besonders groß: So belegte zum Beispiel eine Studie der Fachhochschule Soest 2006, dass sich Frauen und Männer aus zwei Dritteln aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland ehrenamtlich engagieren. Bedingt ist dies durch ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein für die politische Interessenvertretung vor Ort und darüber hinaus durch die Bereitschaft zur berufsständischen Interessenvertretung.

Nicht nur für Bäuerinnen

Im Deutschen LandFrauenverband sind nicht nur Landwirtinnen engagiert: Zwei Drittel der rund 500.000 Mitglieder sind Frauen aus anderen Berufen im ländlichen Raum. Mit seinen 12.000 Ortsvereinen, 430 Kreisvereinen und 22 Landesverbänden ist der LandFrauenverband einer der mitgliederstärksten Verbände in Deutschland. Als politische Interessenvertretung für Frauen und Familien im ländlichen Raum hat er auf allen Verbandsebenen eine große Verantwortung.

Klassisches Ehrenamt als Pfeiler

Neben der Mitgliederstärke braucht der LandFrauenverband vor allem Führungsstärke, um seinen Einfluss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geltend machen zu können. Für diese Führungsaufgaben reicht ein zeitlich befristetes und projektbezogenes Ehrenamt allerdings nicht aus. Vielmehr sind dauerhaftes Engagement und die Bereitschaft zur Verbandsentwicklung unumgänglich. Der LandFrauenverband benötigt also das „klassische“ Ehrenamt (siehe Beitrag S. 14–15), um seine Organisationsstruktur flächendeckend aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig muss es ehrenamtlichen Führungskräften, die berufliche und familiäre Verpflichtungen



Bild: Deutscher LandFrauenverband

haben, ermöglicht werden, ihr Engagement auch mit nur einem geringen Zeitbudget auszuüben. Dies ist nur durch eine verstärkte Teamarbeit in den Vorständen möglich.

Bildungsarbeit als Kernaufgabe

Als größter Bildungsträger im ländlichen Raum führt der LandFrauenverband bundesweit jährlich rund 100.000 Bildungsveranstaltungen mit über zwei Millionen Teilnehmerinnen durch. Zentrales Ziel der Verbandsarbeit ist es, Frauen in ländlichen Räumen durch Bildungs- und Weiterbildungsangebote bei ihren beruflichen und familiären Aufgaben zu unterstützen. In Zukunft wird der Verband verstärkt Managementseminare für ehrenamtliche Führungskräfte anbieten. Außerdem will er das Bewusstsein für die politische Interessenvertretung bei den Mitgliedern auf Orts- und Kreisebene stärken.

(Land)Frauen können und wollen mehr!

Ehrenamt von Frauen für Frauen darf nicht in der typischen „Frauenecke“ verharren,

sondern muss – wie es die Arbeit der LandFrauen bereits tut – in die Mitte der Gesellschaft hineinwirken. Es gibt aber immer noch große Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Ehrenamt: Männer engagieren sich oft in Ämtern, die mit politischem Einfluss und hohen Aufwandsentschädigungen verbunden sind. So sind Aufsichtsratsmandate und Vorstandsposten bei großen Wirtschafts- und Genossenschaftsverbänden fest in Männerhand. Frauen hingegen sind im Ehrenamt oft in mitarbeitenden Funktionen ohne Führungsverantwortung aktiv. Während Männer also einflussreiche Ehrenämter innehaben, begnügen sich Frauen allzu oft mit Ehrenarbeit. Der LandFrauenverband hat sich deshalb auf die Fahne geschrieben, Frauen fit für hohe Ehrenämter auch außerhalb der Frauenverbände zu machen.

Mehr Informationen:

Dr. Evelyn Schmidtke
Hauptgeschäftsführerin des
Deutschen LandFrauenverbandes (dlv)
Telefon: 0 30 / 284 49 29 10
E-Mail: info@landfrauen.info

Mit Vollgas ins Berufsleben

– Schülerpaten helfen

Von Isabel Krings

Den Weg von der Schule in die Arbeitswelt zu finden, ist oft nicht leicht. Besonders, wenn den Jugendlichen niemand zur Seite steht, der ein offenes Ohr für ihre Sorgen und Unsicherheiten hat. Im Unterallgäu wurde dieses Problem erkannt: Hier bemühen sich seit 2006 ehrenamtliche Schülerpaten, Jugendlichen Orientierungshilfe für ihren Eintritt ins Berufsleben zu geben.

Viele Jugendliche haben auch in ihrem letzten Schuljahr noch keine klare Vorstellung davon, welcher Beruf ihnen liegen könnte, geschweige denn, wie sie sich bei einer Entscheidung auf eine Lehrstelle bewerben sollten. Oft fehlen ihnen konkrete Vorstellungen darüber, welche fachlichen und sozialen Kompetenzen für eine erfolgreiche Bewerbung notwendig sind. Es fällt ihnen schwer, die in Bewerbungsseminaren erworbenen Kenntnisse direkt auf ihre Lehrstellen- oder Praktikumsuche anzuwenden; hinzu kommt, dass die Eltern häufig überfordert sind und Lehrer und Berufsberater oft nicht die erforderliche Zeit haben.

Jugendliche brauchen Motivation

Gespräche mit Schulen und ausbildenden Betrieben haben gezeigt, dass die „betroffenen“ Jugendlichen vor allem Zeit und Zuwendung dringend benötigen: Sie brauchen das Gefühl, dass sich jemand um sie kümmert, ihnen zuhört, aber auch Grenzen aufzeigt und sie bei der Lehrstellensuche motiviert. Dabei geht es weniger um die Beantwortung fachlicher Fragen, wie sie bereits in Bewerbungsseminaren und von

Berufsberatern vorgenommen wird, als vielmehr um konkrete individuelle Begleitung und um Erfahrungsberichte aus der Arbeitswelt.

Brücken schlagen zur Arbeitswelt

Dieser Hintergrund hat die Freiwilligenagentur „Schaffenslust“ für den Landkreis Unterallgäu und die Stadt Memmingen bewegt, ein Projekt ins Leben zu rufen, bei dem freiwillige Schülerpaten aus der Wirtschaft den Jugendlichen – vor allem Hauptschülern der 8. Klasse – den Weg ins Arbeitsleben erleichtern. Gestartet wurde das Projekt erstmals im Schuljahr 2006/2007 in Mindelheim, Bad Wörishofen, Erkheim, Türkheim und Memmingen. Durch Vorträge bei Rotary und Lions Clubs im Jahre 2006 wurden innerhalb kürzester Zeit erstaunlich viele Schülerpaten gewonnen. Mittlerweile befindet sich das Projekt in der dritten Runde und ist auf zusätzliche Orte ausgeweitet worden. Durchschnittlich 50 bis 60 Schülerpatinnen und -paten investieren dabei jedes Schuljahr insgesamt über 1.500 Stunden in die Betreuung von etwa 60 Jugendlichen.

Eine gute Idee findet Förderer

2008 wurde das Schülerpatenprojekt unter anderem mit Mitteln der Agentur für Arbeit Memmingen sowie mit einem Zuschuss des Landkreises Unterallgäu gefördert. Dieser hat auch offiziell die Trägerschaft übernommen. Dank dieser Förderung können die bestehenden Projektstandorte erhalten werden. Eine großzügige Spende der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim macht außerdem eine Ausweitung auf weitere Hauptschulen möglich.

Mit den Paten kommt der Erfolg

Ergebnisse einer Befragung bei Lehrern, Schülern und Eltern zeigen einen durchschlagenden Projekterfolg: Die Schülerpaten konnten bei 80 Prozent der Patenkinder deutliche Erfolge erzielen, zum Beispiel in Form von Leistungsverbesserungen, einem sicheren Auftreten in Bewerbungsgesprächen und professionelleren Bewerbungsunterlagen sowie bei der Berufsfindung und bei der Vermittlung zielgerichteter Praktika. Auch die Statistik bestätigt diesen Erfolg: Laut deutschem Bildungsbericht 2008 finden nur 43 Prozent der Hauptschüler in den ersten sechs Monaten und bis zu 60 Prozent der Hauptschüler in den ersten 30 Monaten nach Schulende einen Ausbildungsplatz. Dagegen hatten 82 Prozent der Patenkinder bereits vor Abschluss der 9. Klasse eine Lehrstelle oder hatten sich für eine weiterführende Schule qualifiziert.

Mehr Informationen:

Isabel Krings
Freiwilligenagentur Memmingen-Unterallgäu
Telefon: 08 3 31 / 96 1 33 95
E-Mail: isabel.krings@fwa-schaffenslust.de
www.fwa-schaffenslust.de

„Melkhüs“ – Köstlichkeiten von Niedersachsens Milchbetrieben

Von Anja Holke und Annemarie Cornelius

Landwirtin Friedel Schumacher hatte vor acht Jahren eine Idee, die heute vielen niedersächsischen Landwirten ein zusätzliches Einkommen, manchen sogar einen weiteren Betriebszweig eröffnete: In mittlerweile über siebzig „Melkhüs“ – an touristisch attraktiven (Ausflugs-)Routen gelegen – vermarkten die Betriebe regionale Milch und Milchprodukte. Viele bieten darüber hinaus zusätzliche Attraktionen an – zum Beispiel der Hof Cornelius in Seeverns.

Begonnen hat die Geschichte der „Melkhüs“ 2001 mit der Idee der inzwischen verstorbenen norddeutschen Bäuerin Friedel Schumacher. Für sie war es unverständlich, dass Radfahrer, die den Norden erkundeten, ihre Stärkung im Gepäck mitbringen mussten, weil tagsüber nur ganz wenige Gasthäuser geöffnet hatten. Warum sollte eines der Hauptprodukte der norddeutschen Landwirtschaftsbetriebe, die Milch, nicht auch am Ort ihrer Entstehung von Touristen verkostet werden können? Damit war die Idee der Melkhüs geboren.

Mit schmackhafter Milch aus der Region begeistern

Mit viel Engagement entwickelten Friedel Schumacher und weitere Landfrauen im Rheiderland die ersten Melkhüs, die 2001 eröffnet wurden. Das bis heute vorrangige Ziel ist die Vermarktung niedersächsischer Milch. Dabei bietet das Angebot der oft auch abseits gelegenen Melkhüs eine schmackhafte Ergänzung zur bestehenden Gastronomie. Sie reicht von purer Milch über Buttermilch, Milchmixgetränken und Milchkaffee bis hin zu Quark, Joghurt, Käsebrot sowie Eis und Milchreis. Einige Melkhüs-Betreiberinnen bieten aber auch individuelle Hofbesichtigungen an und informieren über die jeweilige Region und die Milchwirtschaft. Geführt werden die Melkhüs von Landfrauen, die entweder persönlich bedienen oder auf die Ehrlichkeit der Kunden vertrauen und ihre Milchwaren per Selbstbedienung verkaufen.

Rohmilch ist tabu

Die angebotene Milch stammt von niedersächsischen Molkereien, denn in Deutschland

darf aus lebensmittelhygienischen und gewerberechtlichen Gründen keine Rohmilch, sondern nur pasteurisierte Milch ausgedient werden. Die Pasteurisierung sorgt für längere Haltbarkeit und bessere Hygiene der Milch und erhöht außerdem die Verdaulichkeit des Milcheiweißes. Geschmack sowie Calcium- und Fettgehalt der Milch ändern sich durch die Pasteurisierung aufgrund der relativ geringen Temperaturerhöhung nicht.

Erfrischungen für die Pause unterwegs

Die meisten Gäste der Melkhüs sind radfahrende Touristen und Einheimische. Aber auch Reitsportler, Skater, Motorrad- und PKW-fahrer erfreuen sich gern an einer kühlen Erfrischung zwischendurch. Die Melkhüs liegen verstreut an den attraktiven Fahrradrouten der Regionen in der Wesermarsch, der Wildeshäuser Geest, dem Ammerland, im Landkreis Aurich und Wittmund, dem Emsland, der Grafschaft Bentheim, im Landkreis Cuxhaven und in und um Rotenburg/Wümme. Der Name der Melkhüs variiert abhängig von Route und Region. Während die Rheiderländer die meist kleinen grünen Häuschen mit

roten Dächern und hohem Wiedererkennungswert als „Melkhuske“ bezeichnen, gilt im Ammerland auch der Begriff „Mölkstand“. Geöffnet haben die Melkhüs in der Regel von April bis Oktober. Je nach Wetterlage und arbeitswirtschaftlicher Situation entscheiden die Betreiberinnen selbst, wann das Melkhus geschlossen wird.

Direktvermarktung einmal anders – das Melkhus in Seeverns

Die Betreiber des Hofes Cornelius in Seeverns schlugen 2003 einen besonderen Weg der Direktvermarktung ein. Niemand in der Familie konnte sich anfangs vorstellen, dass der gewählte Weg auch auf dem idyllischen Hof des kleinen Wurtendorfes im Herzen Butjadingens einmal so erfolgreich sein wird. Der Betrieb ist ein Grünlandbetrieb mit Milchwirtschaft und Pensionspferdehaltung und inzwischen bekannt für besonderen Service und überraschende Angebote.

Kirchenbunst mit Milch genießen

Gäste erhalten hier nicht nur wohlschmeckende Erfrischungen, sondern auch Infos

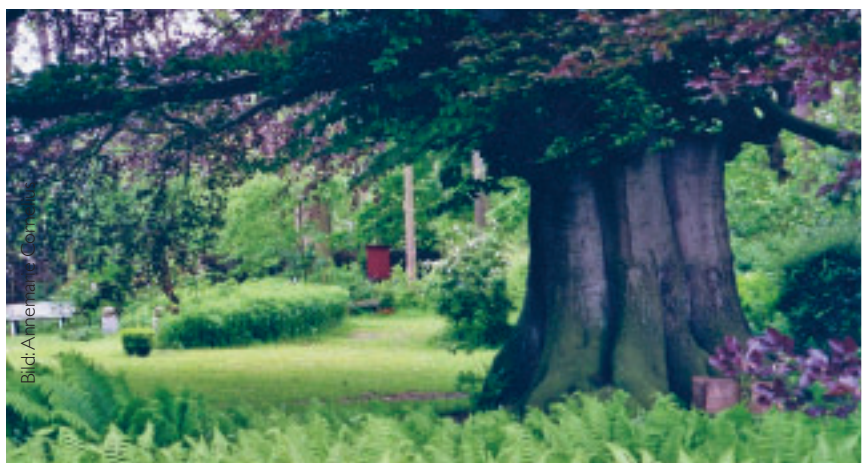


Bild: Annemarie Cornelius

Bild: Annemarie Cornelius



Bild: Annemarie Cornelius

Melkhus® - ein Markenzeichen!

Die spezielle Bezeichnung „Melkhus“ ist mittlerweile ein eingetragenes Markenzeichen. Wer diese Bezeichnung benutzt, muss sich an bestimmte Vorgaben halten, auch in Hinblick auf die Werbung, und hat in seinem Melkhus Milch und Milchprodukte zu vermarkten.

Weitere Informationen:

Anja Holke
Landesvereinigung der Milchwirtschaft
Niedersachsen e.V.
Telefon: 04 41 / 97 3 82 25
E-Mail: holke@milchwirtschaft.de
www.milchwirtschaft.de

Markenzeichen der Melkhus sind ihr grüner Anstrich und das rote Dach.

zu regionalen und überregionalen touristischen und kulturellen Angeboten. Oder sie erfahren Wissenswertes aus Butjadingens Geschichte, der Landwirtschaft und den Lebens- und Verzehrsgewohnheiten der Region. Geführte Kräuter- oder Fahrradtouren zum Thema „kirchliche Kunst“ mit anschließendem historischen Mahl bringen eine zusätzliche Vielfalt in die Angebotspalette. Öffentlichkeitsarbeit ist inzwischen ein wesentlicher Aufgabenbereich im Alltag der Betreiber des Hofes Cornelius geworden.

Standesamt im Schafstall

Schon früher wurden auf dem Hof Cornelius unter freiem Himmel Kinderfeste, Lesungen und Konzerte veranstaltet. Seit es das Melkhus gibt, können die Gäste auch mit kleinen Besonderheiten regionaler Art bewirtet werden – bevorzugt unter der etwa 200-jährigen Blutbuche auf dem Hof. Um auch bei schlechtem Wetter genug Platz für die Gäste zu bieten, wurde 2007 der alte Schafstall hinter dem Melkhus ausgebaut. Allerdings wird hier nicht nur gegessen und getrunken: Seit Mai 2008 ist der reno-

vierte Stall ganz offiziell eine Außenstelle des Standesamtes Butjadingen – eine reale „Hochzeitsscheune“! Unter dem Motto „Heiraten in But-Ja-dingen“ im historischen Bauerngarten bewirbt die „Tourismus-Service-Butjadingen GmbH“ diese einmalige Idee und kümmert sich um Verwaltungsaufgaben.

Das Melkhus führen – ein „Fulltime-Job“

Aus der ursprünglichen Idee, den ehemaligen Gemüsegarten nicht zur Kälberweide werden zu lassen, sondern Rosen zu pflanzen und den Garten für Besucher zu öffnen, ist in Seeverns zusammen mit dem Führen des Melkhus heute ein sommerlicher „Fulltime-Job“ geworden. Dieses Beispiel zeigt, welche Potenziale sich für die Betriebsentwicklung ergeben: Bei der Kombination verschiedener, sich ergänzender Angebote mit dem Betreiben eines Melkhus kann sich durchaus ein eigenständiger Betriebszweig entwickeln. Dabei gibt es so viele Möglichkeiten der Einbindung der Melkhüs in den Betrieb, wie es Melkhüs selbst gibt!



Bild: Annemarie Cornelius

Die Hochzeitsscheune in Seeverns.



Unterstützung für Neulinge und Profis

Interessierte, die ein Melkhus betreiben möchten, können hierfür an verschiedenen Stellen Fördermittel beantragen. Jedoch ist eine Unterstützung von Landkreis zu Landkreis unterschiedlich. In der Wesermarsch wurden Melkhüs im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) als Projekt über LEADER gefördert. Von der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen e.V. (www.milchwirtschaft.de) erhalten interessierte Melkhusbetreiberinnen – nach genehmigtem Antrag – einen 50prozentigen Zuschuss für den Erwerb eines Kühltanks. Allerdings verpflichten sie sich damit auch, vorrangig Milch- und Milchprodukte niedersächsischer Herkunft zu vermarkten und zu bewerben. Die Landesvereinigung unterstützt die Betreiberinnen weiterhin mit Informationsmaterial, Beratungen, Schulungen und Werbemitteln.

Naturschutz: Nicht der Weg ist das Ziel!

Von Frank Kruse und Annette Most

In der Schweiz und in Baden-Württemberg ist die ergebnisorientierte Förderung von Naturschutzprogrammen in der Landwirtschaft schon lange erfolgreich. Seit Beginn der EU-Förderperiode 2007–2013 wird diese Art der Honorierung ökologischer Leistungen auch für Niedersachsens Grünlandflächen angeboten. Über Erfolg und Akzeptanz berichtet der folgende Beitrag.

In der Vergangenheit wurde die Förderung von Naturschutzmaßnahmen im Grünland rein handlungsorientiert honoriert: Die Landwirte erhielten konkrete Vorgaben, wie sie eine Fläche aus Sicht des Naturschutzes bewirtschaften müssen. Doch waren die ökologischen Effekte dieses Ansatzes nicht immer zufriedenstellend. Auch lassen sich bei dieser Art der Förderung aufgrund der Rahmenbedingungen (Kofinanzierung durch die EU, fehlende Vor-Ort-Betreuung) die Auflagen oft nicht flexibel handhaben.

Neues Prinzip: Das Ergebnis zählt

Bei der ergebnisorientierten Honorierung hingegen hängt die Förderung vom Errei-

chen eines bestimmten naturschutzfachlichen Zieles ab. Dabei ist es grundsätzlich der eigenverantwortlichen Bewirtschaftung des jeweiligen Landwirts überlassen, wie dieses Ziel erreicht wird. So kann er die Fläche flexibel nutzen, zum Beispiel angepasst an die aktuelle Witterung. Dadurch entfällt das Gefühl der „Fremdbestimmtheit“, und die Motivation, an entsprechenden Maßnahmen teilzunehmen, steigt. Ein weiterer Vorteil dieser Methode ist, dass durch die Zielvorgaben die Naturschutzziele besser vermittelt werden können und dadurch eher akzeptiert werden. Weiterhin lassen sich die Maßnahmen in der Regel leichter auf die für den Naturschutz wertvolleren Flächen lenken; so können die knappen Finanzmittel effizienter eingesetzt werden.

Vom Pilotprojekt ...

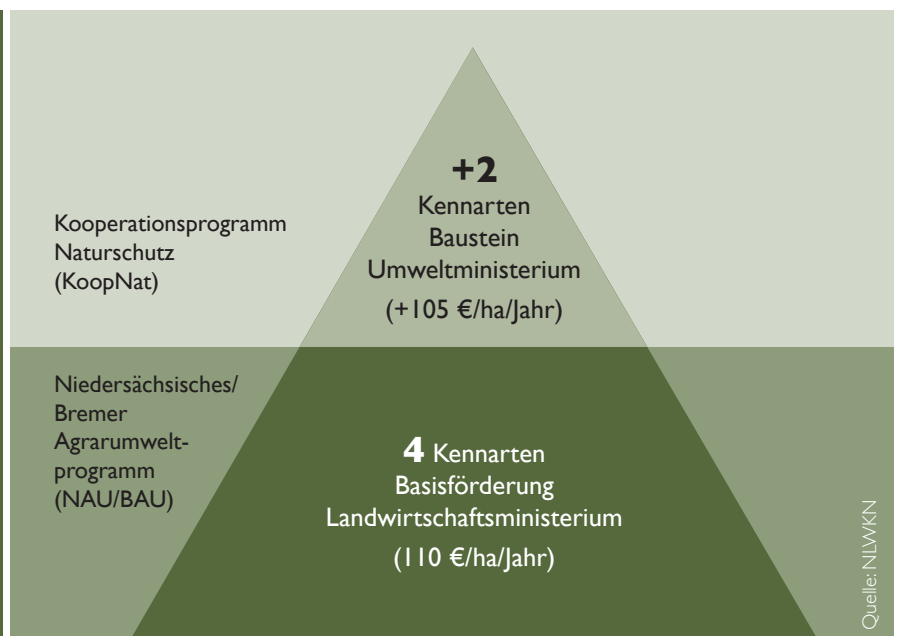
Um das Prinzip der ergebnisorientierten Honorierung im Grünland an die Bedingungen Nordwestdeutschlands anzupassen, hat die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz in Kooperation mit dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) von 2004 bis 2006 ein Pilotprojekt durchgeführt, das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert wurde (siehe Kasten). Als Ergebnis konnte eine für Niedersachsen und Bremen einheitliche Kennartenliste entwickelt werden. Sie enthält 31 leicht zu erkennende Pflanzenarten(-gruppen) und ist gut geeignet, um die aus Sicht des Naturschutzes förderwürdigen Grünlandtypen Nordwestdeutschlands zu identifizieren.

Pilotprojekt und Infomaterial

Eine kurze Information zum Pilotprojekt „Entwicklung und Erprobung von Methoden für die ergebnisorientierte Honorierung ökologischer Leistungen im Grünland Nordwestdeutschlands“ finden Sie auf der Internetseite der Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz www.nna.niedersachsen.de > Forschung & Dokumentation > Grünlandprojekt. Hier kann für 10 Euro der 2006 erschienene Endbericht des Projektes bestellt werden.

Informationen zu Auflagen und Förderung finden Sie unter www.ml.niedersachsen.de und www.kooperationsprogramm-naturschutz.niedersachsen.de.

Außerdem kann unter www.nlwkn.de > Naturschutz > Veröffentlichungen > Blumenwiesen Informationsmaterial zum aktuellen Förderprogramm bestellt werden.



Quelle: NLWKN

Förderung nur außerhalb von Gebieten/Flächen, in/auf denen ein gesetzlicher Anspruch auf Erschwernisausgleich besteht

zieren. Hierzu gehören die narbenechten, relativ artenreichen extensiv genutzten Dauergrünlandbestände – zum Beispiel die Frischwiesen und -weiden mäßig nährstoffreicher Standorte, die Bergwiesen sowie das Feucht- und Nassgrünland.

... in die Förderung

Das Ergebnis des Projektes fließt seit der EU-Förderperiode 2007–2013 in die Agrarumweltmaßnahmen Niedersachsens und Bremens ein. Gefördert wird in Form eines Baukastensystems: Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium stellt im Rahmen des Niedersächsischen/Bremer Agrarumweltprogramm (NAU/BAU) die Basisförderung in Höhe von 110 Euro je Hektar und Jahr bereit, wenn mindestens vier Kennarten auf einer Fläche vorkommen. Können zwei weitere Kennarten – also insgesamt sechs – nachgewiesen werden, kann über das niedersächsische Umweltministerium im Kooperationsprogramm Naturschutz (KoopNat) in bestimmten Förderkulissen (siehe Kasten) ein Vertrag mit einer Vergütung von zusätzlich 105 Euro je Hektar und Jahr abgeschlossen werden. Dabei sind die Kennarten in jedem Abschnitt der dreigeteilten Diagonalen der Grünlandfläche nachzuweisen.

Mehr Freiraum für Landwirte

Auf den Vertragsflächen sind eine einheitliche Bewirtschaftung sowie die jährliche landwirtschaftliche Nutzung zum Beispiel für Grünfütterwerbung oder Beweidung verpflichtend. Außerdem darf sich für die Vertragslaufzeit von fünf Jahren der Umfang der Dauergrünlandfläche des Betriebes nicht verringern. Ansonsten gibt es keine weiteren Bewirtschaftungsvorgaben. Die Landwirte müssen aber Aufzeichnungen über Art und Zeitpunkt der Bewirtschaftung in Form einer Schlagkartei führen. Außerdem müssen sie einmal jährlich zwischen dem 1. Mai und dem 31. Juli überprüfen, ob die Kennarten vorhanden sind und dies im vorgegebenen Erfassungsbogen eintragen. Den Bogen muss der Betrieb aufbewahren.

Programm läuft langsam an

2009 werden voraussichtlich 156 Betriebe etwa 1.780 Hektar Dauergrünland im Rahmen der Basisförderung des Landwirtschaftsministeriums bewirtschaften. Für den Baustein des Umweltministeriums haben Landwirte auf etwa 520 Hektar Verträge abgeschlossen. Als Zielgröße für den Baustein des Umweltministeriums wurden ca. 3.800 Hektar bis zum Jahr 2013 angenommen. Die relativ geringen Antragszahlen sind im Zusammenhang mit der zu Programmbeginn zunächst ge-

ringen Größe der Förderkulisse und mit der bestehenden Bagatellgrenze von 500 Euro pro Antrag zu sehen. Zwar findet die ergebnisorientierte Honorierung bei den Landwirten prinzipiell großen Anklang, weil „dabei nicht mehr gesagt wird, was zu tun und zu lassen ist“. Auf der anderen Seite suchen die Bewirtschafter größtmögliche Sicherheit. Jedoch herrscht gerade zu Beginn der Förderung Unsicherheit darüber, ob die Kennartenzahlen bei unterschiedlichen Witterungsverläufen oder sonstigen Vorkommnissen jedes Jahr wirklich erreicht werden können. Auch ist die Kenntnis zu den einzelnen Pflanzenarten bei den Bewirtschaftern in der Regel gering.

Das Ziel: Besser werden!

Seit 2008 können Landwirte in einigen Landkreisen Niedersachsens an Qualifizierungen für Agrarumweltmaßnahmen teil-

nehmen. Hierdurch wird mit einem Anstieg der Vertragszahlen gerechnet. Auch hat das Umweltministerium für die Antragsperiode 2009, die bis zum 15. Mai 2009 läuft, die Förderkulisse weiter ausgedehnt. Die Schwerpunkte der Förderung des Bausteins liegen im niedersächsischen Hügelland sowie im Wendland. In den intensiv genutzten Grünlandgebieten des Nordwestens muss die weitere Entwicklung aber abgewartet werden.

Derzeit liegt der EU-Kommission ein Änderungsantrag Niedersachsens mit einer Vereinfachung der Erfassungsmethodik zur Genehmigung vor (Erfassung der Kennarten in nur noch zwei, statt bisher drei Abschnitten). Hierdurch soll die Handhabung der Maßnahme sowohl für Landwirte als auch für die Verwaltung im Rahmen der Kontrollen verbessert werden.



Bild: NLWKN

Aktuelle Förderkulissen in Niedersachsen und Bremen

Die Basisförderung des Landwirtschaftsministeriums wird landesweit für Grünlandflächen angeboten. Von der Förderung ausgeschlossen sind jedoch Flächen, die in Naturschutzgebieten, in den Niedersächsischen Nationalparks sowie im Gebietsteil C des Biosphärenreservats „Niedersächsische Elbtalaaue“ liegen und für die ein gesetzlicher Anspruch auf Erschwernisausgleich besteht. Die Förderkulisse des Umweltministeriums beschränkt sich auf Natura-2000-Gebiete, Gemeinden und Landkreise, in denen förderfähige Flächen in erheblichem Umfang vorhanden sind und wo die Unteren Naturschutzbehörden ihre Unterstützung bei der Umsetzung signalisiert haben.

Mehr Informationen:

Frank Kruse
Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt und Klimaschutz
Referat 53 (Förderprogramme,
Vertragsnaturschutz)
Telefon: 05 11 / 120 35 40
E-Mail:
Frank.Kruse@mu.niedersachsen.de
www.kooperationsprogramm-
naturschutz.niedersachsen.de

Annette Most
NLWKN – Niedersächsischer
Landesbetrieb für Wasserwirtschaft,
Küsten- und Naturschutz
Telefon: 05 11 / 30 34 32 09
E-Mail:
Annette.Most@nlwkn-h.niedersachsen.de
www.nlwkn.de



Bild: Verena N. / Pixelio

Mit Laubfröschen gegen Kormorane

Von Wiebke Koppe und Alois Sporer

Michael Bothstede ist „De Fischer ut Grambek“. Als „Pionier“ in der Bio-Fischzucht ist es ihm gelungen, ein Unternehmen aufzubauen, dessen Produkte mehr und mehr gefragt sind. Vor drei Jahren allerdings haben ihm Kormorane fast seine gesamte Wirtschaftsgrundlage buchstäblich vor der Nase weggefressen. Gerettet hat den Unternehmer ein Vertrag mit dem Naturschutzamt Schleswig-Holstein.

Aquakultur – die Haltung und Nachzucht von wasserlebenden Tierarten – ist im Kommen: Insgesamt stammt heute bereits jeder dritte Speisefisch in Deutschland aus Aquakultur, und in der Binnenfischerei kommt sogar nur noch ein Viertel des Angebots aus Wildfang. Immer mehr Verbraucher legen Wert auf eine tierfreundliche und ökologische Erzeugung von Fisch. Angesichts dieser Entwicklungen wird in den nächsten Jahren eine verstärkte Umstellung der Aquakulturen auf „Bio“ erwartet. Einige Bioanbauverbände (z.B. Naturland, Bioland und Gäa) haben hierfür bereits eigene Richtlinien entwickelt. Am 1.1.2009 traten außerdem die neuen EG-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau (siehe Beitrag S. 44–45) in Kraft, in denen nun auch Bestimmungen für ökologische Aquakulturen enthalten sind. Die Durchführungsbestimmungen hierzu folgen voraussichtlich im Herbst. In Deutschland wirtschaften derzeit rund dreißig Fischwirte nach den Richtlinien der Ökoanbauverbände und werden dabei von unabhängigen Kontrollstellen überwacht.

Vorreiter in Sachen Öko-Aquakultur

Seit über 25 Jahren betreibt Michael Bothstede Fischzucht. In Südholstein bewirtschaftet er im Naturpark Lauenburgische Seenplatte 44 Teiche mit insgesamt 32 Hektar Fläche. Karpfen – von den eigenen Laichkarpfen bis zu den verkaufsfähigen Vierjährigen – sind die wichtigsten Fische auf dem Betrieb. In den naturnah gestalteten Teichen schwimmen außerdem Hechte, Welse, Schleien, Rotaugen, Barsche und diverse Kleinfischarten. Neben dem Be-

triebsleiter sind in der Teichwirtschaft und im Hofladen zeitweise bis zu drei Mitarbeiter tätig.

2001 hat Bothstede den Betrieb auf ökologische Aquakultur umgestellt. Während es zu dieser Zeit bereits fast fünfzehntausend Biobauern in Deutschland gab, war der Fischer aus Grambek einer der ersten Teichwirte, der als Biobetrieb zertifiziert wurde.

Mehr Qualität durch langsames Wachstum

Drei bis vier Jahre brauchen die Karpfen in den Grambeker Teichen, bis sie schlachtreif sind. Dann wiegen sie 1,5 bis 3 kg und werden für 8 bis 10 Euro pro Kilo frisch im eigenen Hofladen verkauft. Nach den

Bioland-Richtlinien muss das Fischfutter zu über 50 Prozent aus dem natürlichen Nahrungsaufkommen bestehen, das der Teich zu bieten hat. Eine Intensivmast allein über von außen zugeführte Futtermittel ist in der Bioland-Aquakultur nicht erlaubt, ebenso wenig die Verfütterung von Soja-schrot, Fischmehl und -öl sowie von gentechnisch veränderten Komponenten. In geringem Umfang füttert Bothstede seinen Karpfen Getreide und Kräuter von einem benachbarten Biobetrieb zu. Die Getreide-Kräutermischung hat einen hohen Proteingehalt, der zusammen mit der Bewegung bei der Futtersuche das Fleisch der Karpfen nicht fett, sondern fest und muskulös macht. Daher schmeckt es besser. Auch die natürliche Haltung mit niedrigen Besatzdichten und ohne chemisch-syntheti-



Bild: Michael Bothstede

Die Übernetzung der Teiche als Schutz vor Kormoranen rettete den Betrieb vor dem Ruin.



Bild: Michael Bothstede

sche Düngung der Teiche trägt zur guten Fleischqualität bei.

Kormorane bedrohen den Betrieb

Die Umstellung auf „Bio“ ist dem Betrieb auf Anhieb geglückt. Dies ist nicht zuletzt auf die Lage in der Nähe der Ballungsräume Hamburg und Lübeck und die damit verbundenen guten Direktvermarktungsmöglichkeiten zurückzuführen. Allerdings hätte ein äußerer Umstand den Betrieb 2006 beinahe in den Ruin getrieben: Die Fischbestände wurden immer stärker durch Kormoranschwärme bedroht. Während diese Fischfresser lange Zeit bundesweit nahezu ausgerottet waren, treten sie seit den 1990er Jahren wieder massiv auf und haben mittlerweile beachtliche Bestandsgrößen erreicht. Die Schäden auf dem Betrieb waren enorm – bis zu 90 Prozent der jungen Karpfen fielen den Vögeln zum Opfer. Das bedeutete immense wirtschaftliche Verluste: „Jungfische im Wert von 40.000 Euro habe ich in einem Jahr an die Vögel verfüttert“, so Bothstede. Das Bejagen der Vögel im gesetzlich erlaubten Rahmen führte zu keiner spürbaren Entlastung. Ohnehin wollte der Grambeker Biofischer diesen Weg nicht gehen – viel sinnvoller wäre es, so seine Überzeugung, die Teichflächen mit Schutznetzen zu überspannen. Doch gab es dabei ein Problem: Alle Teichflächen liegen in einem FFH- und Naturschutzgebiet; und da das Überspannen der Teiche mit ökologischen Nachteilen verbunden ist, gab es hierfür keine Genehmigung.

Die Rettung: Artenschutz!

Doch kurze Zeit später zeichnete sich eine Lösung ab, mit der der Betriebsleiter nicht gerechnet hatte. Durch die landschaftsschonende Einbindung der Teiche, die welligen Uferverläufe und die Pflege des Uferbewuchses bieten die Teichflächen

des Betriebes Lebensraum für zahlreiche Molche, Kröten, Frösche, Insekten und Vögel. Im Rahmen eines Naturschutzvertrags mit dem Land Schleswig-Holstein erklärte sich der Betriebsleiter bereit, bestimmte Amphibien-Biotopie besonders zu pflegen. Da ihm diese Pflege aber dauerhaft nur möglich ist, wenn sein Betrieb wirtschaftlich arbeitet, war eine Eindämmung der Kormoranplage unabdingbar. Daher erhielt er eine Ausnahmegenehmigung zur Übernetzung von sieben Hektar Teichen für die Jungfische. Indirekt helfen ihm also Laubfrösche, Kröten und Unken, die Kormorane von den Fischen fernzuhalten – eine Win-win-Situation für Fischereiwirtschaft und Naturschutz.

Zuversichtlich in die Zukunft

Um die hohen Kosten der Übernetzungsmaßnahmen aufzufangen, hat Michael Bothstede vor einem Jahr einen Förderantrag beim Amt für ländliche Räume in Kiel gestellt, der noch in Bearbeitung ist. Parallel dazu hat er begonnen, seine Teiche auf eigene Kosten zu übernetzen, was für den Betrieb eine große finanzielle Belastung bedeutet. Ein Hektar ist bereits fertig, an weiteren arbeitet der Fischwirt zurzeit. In den vergangenen Jahren war die Nachfrage nach Biofisch auf dem Betrieb deutlich größer als das Angebot: Infolge der massiven Jungfisch-Verluste durch die Kormorane konnte Bothstede lange nicht genug Karpfen anbieten. Im Herbst 2009 erwartet er jedoch eine deutlich bessere Karpfenernte, da sich die ersten Schutznetze bewähren. Damit kann der Teichwirt auch die Verbraucher und Gastronomen zufriedenstellen, die auch aus der weiteren Umgebung anreisen, weil sie die Qualität des Biokarpfenfleisches schätzen.



Bild: Miroslaw / Pixelio

Demonstrationsbetrieb des Bundesprogramms Ökologischer Landbau

Seit 2001 ist die Teichwirtschaft „De Fischer ut Grambek“ einer von bundesweit 214 Demonstrationsbetrieben Ökologischer Landbau (www.demonstrationsbetriebe.de). Dieses Netzwerk wird vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau (BÖL) gefördert. Ein Hauptanliegen der beteiligten Betriebe ist es, Interessierten durch Veranstaltungen wie Führungen, Feste, Vorträge oder Schulklassenaktionen Einblicke in die ökologische Wirtschaftsweise zu gewähren. Auch Michael Bothstede zeigt Besuchergruppen gerne seinen Betrieb und die Besonderheiten der Bio-Fischwirtschaft. Spannend für Groß und Klein ist es vor allem, die „Karpfenernte“ im Herbst mitzuerleben.

Auch 2009 wird Michael Bothstede wieder viele Veranstaltungen anbieten. Das ist für ihn nicht nur Kundenpflege, sondern bietet ihm auch die Möglichkeit zu zeigen, wie sich durch innovative Maßnahmen Erwerbswirtschaft und Naturschutz miteinander vereinbaren lassen.

Mehr Informationen:

Wiebke Koppe
Kompetenzzentrum Ökolandbau
Niedersachsen (KÖN)
Telefon: 0 42 62 / 95 93 47
E-Mail: w.koppe@oeko-komp.de
www.oeko-komp.de
www.demonstrationsbetriebe.de

Alois Sporer
Koordinationsstelle Demonstrationsbetriebe
Telefon: 082 72 / 99 29 08
E-Mail: info@demobetriebe.de

Elmar Seck
Bundesanstalt für Landwirtschaft
und Ernährung (BLE)
Geschäftsstelle Bundesprogramm Ökologischer
Landbau (BÖL)
Telefon: 0228 / 99 6845-2926
E-Mail: elmar.seck@ble.de
www.bundesprogramm.de
www.oekolandbau.de

Blühende Wiesen – Heilendes Heu

Von Andreas Schäfer

Wie können wertvolle Bergwiesen in einer Region dauerhaft erhalten werden? Diese Frage stellt sich wohl in jeder Mittelgebirgslandschaft Deutschlands. Im Hunsrück gilt dies vor allem für die Rodungsinseln im bewaldeten Höhenrücken des Hoch- und Idarwaldes zwischen Birkenfeld und Hermeskeil. Der LPV Birkenfeld e.V. hat mit der Entdeckung einer Marktlücke einen herausragenden Weg zur Erhaltung dieser artenreichen Wiesen gefunden.

Trotz ihrer hohen ökologischen Bedeutung sind die Bergwiesen im Hunsrück akut in ihrem Bestand gefährdet. Die Artenvielfalt dieser Wiesen kann nur durch eine weitere Nutzung und Offenhaltung aufrechterhalten werden. Der naturschutzfachlich begründete späte Mahdtermin und der aufgrund der Standortbedingungen geringe Ertrag machen die Nutzung für die landwirtschaftlichen Betriebe vor Ort aber uninteressant.

Regionalvermarktung als Lösung

Was tun? Diese Frage stellte sich der Landschaftspflegeverband (LPV) Birkenfeld e.V. zusammen mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Birkenfeld und der zuständigen Biotopbetreuerin. Allen Beteiligten war klar: Nur durch die Schaffung von neuen Nutzungs- und Vermarktungsmöglichkeiten können die Bergwiesen langfristig erhalten werden. Der einfach klingende Ansatz, die Wiesen durch den Verkauf des Heus langfristig zu sichern, musste nun mit Leben gefüllt werden. Dabei kam dem LPV zugute, dass er mit der Streuobstvermarktung bereits erste Erfahrungen in der Regionalvermarktung gesammelt hatte: Durch die erfolgreiche Kreation der Marke „Birkenfelder Originale“ konnte die Nutzung und damit auch die Erhaltung der für den Naturschutz wertvollen Streuobstwiesenbestände in der Region gewährleistet werden. Dieser Erfolg hat den Landschaftspflegeverband ermuntert, auch beim Erhalt der Bergwiesen im Hunsrück neue Wege zu gehen.

Nutzung ohne Konkurrenz

Einig waren sich alle Beteiligten darüber, dass keine Konkurrenz zu Landwirten aufgebaut werden sollte. Eine kleine Marktbefragung ergab, dass es bei Pferdehaltern

und Kleintierzüchtern einen hohen Bedarf an hochwertigem kräuterreichem Heu gibt. Als Vorteil erwies sich dabei, dass diese aus praktischen Gründen kleine Ballen von etwa zehn Kilogramm Gewicht bevorzugen. Diese werden von den meisten Landwirten nicht mehr angeboten.

Arnika als Sympathieträgerin

Schließlich ging das Projekt „Hunsrücker Bergwiesenheu von Arnikawiesen“ im Sommer 2002 an den Start. Gerade die Arnika als typische Art der Bergwiesen ist vielen Leuten noch als althergebrachte Heilpflanze ein Begriff und dient somit als positive Imagerträgerin für das Projekt. Bei der Positionierung am Markt wird dieses Image zusammen mit dem hohen Heilkräuteranteil und der Herkunft der Flächen als Alleinstellungsmerkmal genutzt. Durch die intensive Öffentlichkeitsarbeit berichtete auch die regionale Presse umfassend über das Projekt, die ökologische Bedeutung der Arnikawiesen und die Gründe für ihre Gefährdung. Großen Stellenwert hat im Projekt die Umweltbildung. Ein besonderes Augenmerk richtet der LPV Birkenfeld hierbei auf Kinder und Jugendliche. So wird den Kindern bei der Heuernte auf den Arnikawiesen anschaulich gezeigt, was den Lebensraum Wiese ausmacht und wie sich die Heuernte von früher bis heute entwickelt hat.

Nachfrage übersteigt Angebot

Die Resonanz war von Anfang an überaus groß – innerhalb weniger Tage war die erste Heuernte restlos verkauft. Der positive Start hat den Landschaftspflegeverband ermutigt, das Projekt weiter auszubauen. Allerdings erwies sich die Suche nach geeigneten Partnern in der Landwirtschaft als schwierig. Alle in Frage kommenden



Bild: Andreas Schäfer

Die Produktion von kleineren, handhabbaren Strohballen für Pferde- und Kleintierhalter erwies sich als Marktlücke.

Landwirte waren mit ihren Betrieben völlig ausgelastet. Daher entschloss sich der Landschaftspflegeverband, selbst als Nebenerwerbslandwirt tätig zu werden. Er pachtet jetzt langfristig wertvolle Bergwiesen an, um damit am Vertragsnaturschutzprogramm des Landes Rheinland-Pfalz teilzunehmen. So hat sich die bewirtschaftete Fläche im Laufe der Zeit deutlich erhöht.

Lösung für allergiegeplagte Pferde

Das Heu erfreut sich inzwischen vor allem bei Pferdehaltern mit gesundheitlich sensiblen Tieren großer Beliebtheit. Häufig leiden diese Tiere unter einer Heustauballergie, was für den Besitzer bedeutet, dass er das Heu vor dem Füttern mühsam wässern muss. Die Lösung dieses Problems wurde in Form einer Minirundballenpresse mit Folienwickler gefunden: Man lässt das Heu vor dem Pressen nur kurz antrocknen, um es dann durch das Einwickeln in Folie ansilieren (angären) zu lassen. So bleibt die hohe Qualität des Heus erhalten, und die Pferdehalter ersparen sich das mühsame Anfeuchten. Mit einem Gewicht von rund 35 Kilogramm sind die Minirundballen für die Pferdebesitzer immer noch sehr gut zu handhaben.

Mit bescheidenen Mitteln viel erreicht

Fördermittel sind im Projekt bisher nur im bescheidenen Rahmen verwendet worden. Die wichtigste Förderung war die Anschaffung der Minirundballenpresse im Rahmen des Life-Projektes „Borstgrasrasen“ der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz. Verbunden mit der Förderung ist die Verpflichtung, Flächen aus dem Projekt dauerhaft zu bewirtschaften. Finanzielle Basis für das Projekt sind neben den Erlösen aus der Heuvermarktung die Förderung im Rahmen des Vertragsnaturschutzes, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und – sofern beim LPV vorhanden – die Ansprüche für Flächenprämie.

Die in diesem Jahr anstehende Weiterentwicklung des Projekts im Bereich Vermarktung, touristische Inwertsetzung und Kooperation mit anderen Initiativen soll mit Hilfe von LEADER-Mitteln umgesetzt werden.

Erfolg für regionale Wirtschaft und Natur

Die meisten Käufer des Heus sind inzwischen treue Stammkunden geworden. Alle Flächen – derzeit rund 30 Hektar – liegen in Naturschutzgebieten oder werden nach naturschutzfachlichen Vorgaben bewirtschaftet. Laut der amtlichen Biotopkartierung Rheinland-Pfalz wachsen auf diesen Wiesen über 30 verschiedene Blütenpflanzen, darunter zahlreiche Heilpflanzen wie Heil-Ziest und Johanniskraut.

Mit mehr Fläche und neuen Ideen in die Professionalität

Das Projekt steht derzeit vor einem großen Entwicklungsschritt. Aufgrund der stark gestiegenen Bewirtschaftungsfläche und der noch zu erwartenden Flächenzugänge aus dem Life-Projekt reicht die bisher sehr erfolgreiche Mundpropaganda zur Vermarktung des Heus nicht mehr aus. Ziel muss es deshalb nun sein, eine Marke mit einem professionellen Marktauftritt analog zur Streuobstmarke „Birkenfelder Originale“ zu entwickeln. Mit Hilfe eines Internetauftritts und dem Besuch von Fachmessen sollen auch potenzielle Kunden in der weiteren Umgebung angesprochen werden. Gleichzeitig sollen in enger Kooperation mit dem Landkreis Birkenfeld die Synergien im Tourismus ausgebaut werden. Die Neueröffnung eines Familien- und Wellness-Hotels im Projektgebiet in diesem Frühjahr ergibt eine weitere, sehr interessante Vermarktungsmöglichkeit des Arnikaheus. Erste Gespräche über die Verwendung des Heus im Rahmen von Wellness-Anwendungen wie Heubäder oder Heubetten sind sehr vielversprechend verlaufen. Die Chancen, dass das Motto „Blühende Wiesen – Heilendes Heu“ um eine neue Facette bereichert wird, stehen also nicht schlecht!



Bild: Andreas Schäfer

Für einen Erfahrungsaustausch suchen wir Initiativen mit ähnlichen Ansätzen in anderen Mittelgebirgsregionen Deutschlands. Wir würden uns sehr freuen, wenn sich hieraus im Rahmen von LEADER ein transnationales Kooperationsprojekt entwickeln würde.

Mehr Informationen:

Andreas Schäfer
Landschaftspflegeverband Birkenfeld e.V.
Telefon: 0 67 81 / 36 6 65
E-Mail: schaefer-veitsrodt@t-online.de

Was macht Betriebsleiter



Von Nadine Ackermann
und Christine Rudmann

©BLE, Bonn/Foto:Thomas Stephan

Der eine verarbeitet seine Gurken auf dem Hof zu Gewürzgurken und verkauft sie erfolgreich im ganzen Land, der andere betreibt ein Heuhotel: Unternehmertum in der Landwirtschaft hat viele Gesichter. Doch was macht unternehmerisches Denken aus und woher kommt diese Fähigkeit? Haben die Landwirte sie in die Wiege gelegt bekommen, in der Schule gelernt oder beim Nachbarn abgeschaut?

Ein internationales Projektteam rund um das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) hat 2005 bis 2008 untersucht, was unternehmerisches Denken in der Landwirtschaft ausmacht. Dabei kristallisierten sich drei Fähigkeiten als besonders wichtig heraus: Landwirte müssen heutzutage ihren Betrieb strategisch führen, das heißt, sie brauchen ein Ziel, nach dem sie ihre Arbeit ausrichten. Außerdem ist es wichtig, ein vielfältiges Beziehungsnetzwerk aufzubauen und auch zu pflegen. Als drittes brauchen Landwirte die Fähigkeit, Chancen zu erkennen und umzusetzen.

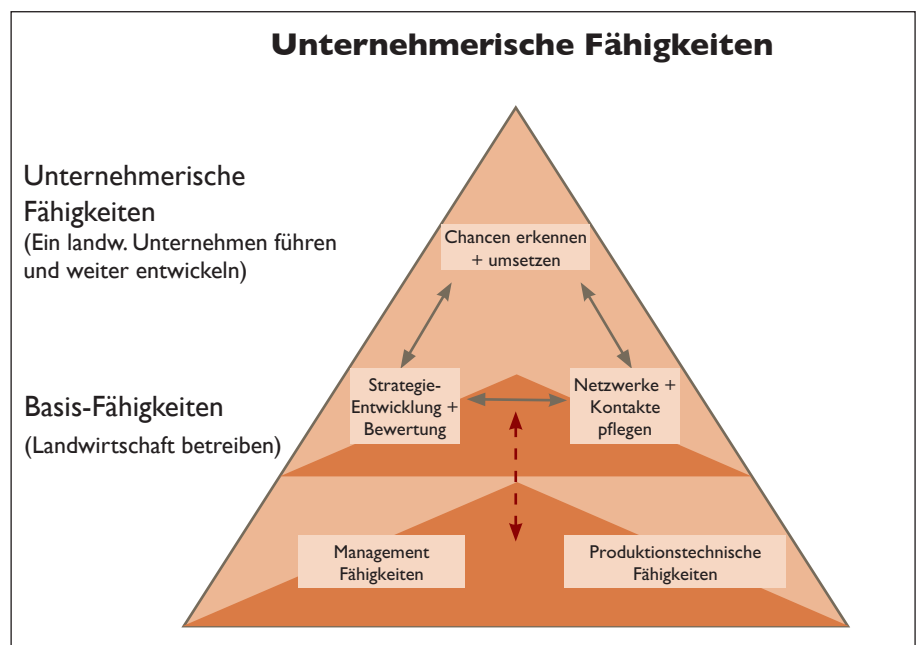
Wie schätzen Landwirte ihre Fähigkeiten ein?

Neben einer ausführlichen Literaturstudie zu unternehmerischen Fähigkeiten in der Landwirtschaft wurden in einer empirischen Untersuchung Landwirte zu dieser Thematik befragt. Je 25 Landwirtinnen und Landwirte aus der Schweiz, den Niederlanden, Finnland, England, Italien und Polen nahmen an dem Forschungsprojekt teil. Sie wurden um eine Einschätzung ihrer eigenen Fähigkeiten gebeten und gefragt, wie sie selber sich diese Kenntnisse angeeignet haben. Bei der Betriebsauswahl wurde eine möglichst große Bandbreite an Betriebsgrößen und Betriebstypen berücksichtigt.

Betriebstyp bestimmt Unternehmertyp

Da anzunehmen ist, dass für unterschiedliche Betriebsausrichtungen auch unterschiedliche Fähigkeiten wichtig sind, wurden die Betriebe in drei Gruppen eingeteilt:

1. Eine Gruppe mit erhöhter Wertschöpfung (z. B. Biobetriebe, Betriebe mit Hofverarbeitung, Direktvermarktung, ...);
2. Non-food-diversifizierte Landwirte (z. B. Agrotourismus, Betriebe mit einer Biogasanlage, ...);
3. konventionelle Landwirte (alle anderen Betriebe).



Quelle: C. Rudmann: Entrepreneurial Skills and their Role in Enhancing the Relative Independence of Farmers. FiBL, Frick, 2008, übersetzt

Die konventionelle Gruppe und die Gruppe mit erhöhter Wertschöpfung unterschieden sich am deutlichsten voneinander, während die Gruppe der non-food-diversifizierten Landwirte kein eigenes Profil zeigte und manchmal mehr der einen oder der anderen Gruppe ähnelte.

Drei wichtige Kernkompetenzen

Strategische Betriebsführung

Die Mehrheit der befragten Landwirte befand, dass die drei Kernkompetenzen „Strategische Betriebsführung, „Aufbau von Netzwerken“ und „Erkennen von Marktchancen“ zu den wichtigsten Fähigkeiten gehören, die Landwirte heutzutage brauchen. Fast alle Befragten zeigten eine mehr oder weniger ausgeprägte Form aller drei Fähigkeiten. Die Entwicklung einer Strategie hielten die befragten Bäuerinnen und Bauern für den Betrieb am wichtigsten. Die Strategien zu bewerten, wurde allerdings als „schwierig“ eingeschätzt. Häufig konnten die Landwirte nicht erklären, ob und wie sie ihre Strategie bewerten.

Aufbau vielfältiger Netzwerke

Kontakte und Netzwerke aufzubauen und zu nutzen, war ebenfalls für fast alle Befragten sehr wichtig. Dabei war die Art der Kontakte je nach Betriebsgruppe sehr unterschiedlich. So wurden in der konventionellen Gruppe hauptsächlich Kontakte zu anderen Landwirten, zur Beratung oder zu Lieferanten und Großabnehmern erwähnt. Die Gruppe mit erhöhter Wertschöpfung hatte jedoch deutlich mehr Kontakte zu nicht-landwirtschaftlichen Kunden und zur allgemeinen Bevölkerung. Diese Kontakte dienten nicht nur der Kundenpflege; einige der Landwirte beschrieben sie als wichtige Gelegenheit, die Anliegen der Landwirtschaft nach außen zu tragen und für die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung verständlich zu machen. Außerdem wurden viele Beispiele genannt, wie durch Kontakte neue Kunden gewonnen werden konnten.

Erkennen von Marktchancen

Die Fähigkeit, Marktchancen zu erkennen und zu verwirklichen, wurde von den drei vorgegebenen Fähigkeiten als am wenigsten wichtig eingestuft. Auch hier gab es markante Unterschiede zwischen den Gruppen. So wurde diese Fähigkeit von der Gruppe mit erhöhter Wertschöpfung am überzeugendsten dargestellt. Die konventionelle Gruppe empfand diese Fähigkeit für den eigenen Betrieb oft als weniger wichtig. Diese Betriebe hatten sich häufig schon vor Jahren auf eine bestimmte Strategie festgelegt und verfolgen diese nun konsequent weiter.

Veränderungen als Chance sehen

Die Befragung hat gezeigt, dass sich die Landwirte ihre Fähigkeiten vorwiegend durch Lernen angeeignet haben. Dabei war jedoch nicht das Lernen in der Schule und während der Ausbildung gemeint: Die Befragten erzählten, dass sie immer dann lernen, wenn sie mit etwas Neuem oder einer für sie fremden Situation konfrontiert werden. Durch neue Ideen, Gedanken oder Erfahrungen kann der Landwirt neue Einsichten über sich selbst und seinen Betrieb gewinnen und ihn weiterentwickeln. Eine schlechte Ernte oder Änderungen im wirtschaftlichen und politischen Umfeld zum Beispiel können dazu zwingen umzudenken, eine neue Meinung zu bilden und andere Wege zu finden, wie sich die Betriebsstrategie verfolgen lässt.

Den Austausch suchen und offen bleiben

Auch das persönliche Netzwerk spielt eine wichtige Rolle. Je größer es ist, desto größer ist die Chance, andere oder neue Sichtweisen kennenzulernen. Innerhalb des landwirtschaftlichen Netzwerkes gibt es dafür viele Möglichkeiten, beispielsweise über Besuche bei anderen Landwirten, Schüleraustausch, Lehrlinge auf dem ei-

genen Betrieb oder Erfahrungsaustausch mit ausländischen Kollegen und Experten. Speziell hilfreich erscheinen aber Kontakte über die Landwirtschaft hinaus. Gerade solche Beziehungen ermöglichen es oftmals, die Dinge aus einer anderen Perspektive zu betrachten und somit neue Ideen für den eigenen Betrieb zu generieren. Das bringt einen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch menschlich weiter.

Bei all diesen Dingen ist auch die Persönlichkeit des Landwirts entscheidend: Wie offen ist er für Neues? Ist er risikofreudig? Kann der Landwirt mit Kritik umgehen, ist er bereit, mit anderen zusammenzuarbeiten? Wie flexibel ist er, wie mutig? Das alles und noch viel mehr macht die Persönlichkeit aus und bestimmt, wie jemand lernt.

Über den Tellerrand blicken

Landwirte, die ihre unternehmerischen Fähigkeiten erweitern wollen, sollten sich daher zuerst darauf konzentrieren, ihre Netzwerke auszubauen, beziehungsweise bestehende Kontakte aktiv zu pflegen und zu nutzen. Die Teilnahme an Arbeitskreisen, an Flurbegehungen etc. gehört ebenso dazu wie die Weiterbildung in produktionstechnischen und ökonomischen Themen. Dabei empfiehlt es sich besonders, das Gespräch mit nicht-landwirtschaftlichen Kreisen zu suchen, da hier nochmals ganz andere Perspektiven kennengelernt werden können.

Auch in der Landwirtschaft ist es also wichtig, über den Tellerrand hinauszublicken und sich weiterzubilden. Oder, um es mit den Worten eines der befragten Landwirte zu sagen: „Ich habe meine unternehmerischen Fähigkeiten dadurch entwickelt, dass ich immer wieder rausgehe, auch aus dem Dorf, dass ich Leute treffe, mir andere Sachen anschau und kritisch gegenüber meinem eigenen Leben bin, dass ich mir immer wieder die Frage stelle: Ist das wichtig?“ Unternehmerische Fähigkeiten können also nur bis zu einem begrenzten Maß in der Schulstube erlernt werden.



©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Informationen zum Projekt in englischer Sprache finden Sie unter www.esofarmers.org. Hier können Sie auch verschiedene, im Rahmen des Projektes entstandene Publikationen herunterladen.

Mehr Informationen:

Dr. Christine Rudmann
Forschungsinstitut für Biologischen Landbau (FiBL)
Telefon: 00 41 / (0) 62 / 8 65 – 72 15
E-Mail: christine.rudmann@fibl.org
www.fibl.org

Agrar- und Waldumweltmaßnahmen im ELER: Bewährte Maßnahmen und neue Bewertungsanforderungen

Von Kerstin Bormann, Karin Reiter,
Wolfgang Roggendorf und Achim Sander

Biodiversitätskonvention, Kyoto-Protokoll, und Wasserrahmenrichtlinie – die internationale Staatengemeinschaft, die EU und Deutschland haben sich weitreichende Umweltziele gesetzt. Einen Beitrag zu deren Realisierung leisten die Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum (EPLR), die sich seit 2007 in einer neuen Förderphase befinden. Die Umweltwirkungen der EPLR sind anhand eines von der EU-Kommission vorgegebenen Indikatorensystems zu bewerten.

Umweltziele sind in allen vier Schwerpunkten der Entwicklungsprogramme der Länder verankert, allerdings sind diese nicht zwingend wie bei den Agrar- und Waldumweltmaßnahmen des Schwerpunktes 2 anhand des Maßnahmentitels abzuleiten. So können beispielsweise innerhalb der Flurbereinigung die Bereitstellung von Naturschutzflächen oder Gewässerrenaturierungen innerhalb der Förderung der Erhaltung des kulturellen und ländlichen Erbes gefördert werden.

Finanzielle Schwerpunktsetzung

Die politische Gewichtung der Umweltmaßnahmen spiegelt sich im Budgetansatz wider. Laut der indikativen Finanzpläne der EPLR binden zwischen 2007 und 2013 im Bundesdurchschnitt Agrarumweltmaßnahmen (AUM) 26 Prozent und Waldumweltmaßnahmen (WUM) 0,3 Prozent des rund 16 Mrd. EUR umfassenden Gesamtbudgets. Mit über 40 Prozent planen Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen die höchsten relativen Mittelansätze für AUM ein. Im Gegensatz dazu beträgt der höchste relative Mittelansatz, ebenfalls in Baden-Württemberg, für WUM 1,8 Prozent. Der Finanzansatz des Schwerpunktes 2

beläuft sich auf durchschnittlich 40 Prozent und liegt damit deutlich über dem in der VO vorgegebenen Mindestansatz von 25 Prozent.

Kaum Änderungen bei Agrarumweltmaßnahmen

Der Förderrahmen für Agrarumweltmaßnahmen änderte sich im Vergleich zur Vorperiode nur im Detail. So wurde der Kreis

der Beihilfeberechtigten von Landwirten auf andere Landbewirtschafter erweitert; Cross-Compliance-Standards als Baseline der AUM eingeführt; der EU-Kofinanzierungssatz auf maximal 55 Prozent festgelegt; Ausschreibungsverfahren zugelassen und die Aufnahme von Transaktionskosten in die Prämienkalkulation ermöglicht. Durch letzteres entfiel im Gegenzug die Möglichkeit, einen 20%igen Zuschlag als Anreiz in die Prämienhöhe mit einzubeziehen.

Die AUM gelten als etabliert. Insofern ist es auch nicht überraschend, dass keine wesentlichen Änderungen bei Ausgestaltung der AUM im Vergleich zur Vorperiode zu verzeichnen sind. Nahezu alle Bundesländer schreiben die Zweiteilung von i. d. R. flächendeckenden Extensivierungsprogrammen und spezifischeren Vertragsnaturschutzmaßnahmen fort. Da mittlerweile alle Länder bei der Finanzierung der Extensivierungsmaßnahmen auf die Nationale Rahmenregelung (GAK) zurückgreifen, ergibt sich bei den Extensivierungsmaßnahmen eine gewisse Uniformität, wenngleich der Umgang mit den GAK-Maßnahmen im Detail kreativer geworden ist. Eine Ausrichtung von Fördermaßnahmen auf Gebietskulissen, insbesondere für abiotische Ressourcenschutzziele, erfolgt nur in wenigen Ländern. Neuere Förderansätze, wie der Honorierungsansatz oder die Ausschreibungsverfahren werden kaum angewandt.

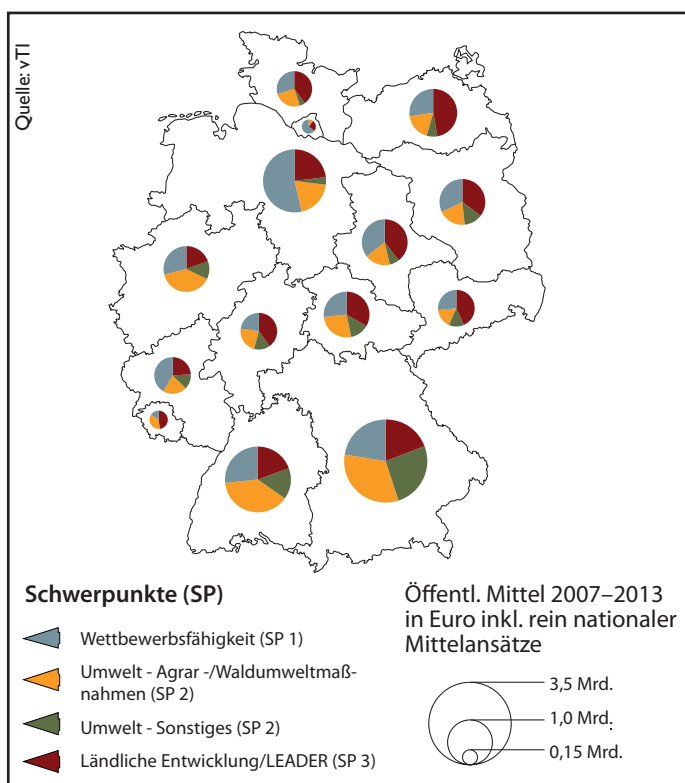


Abb. 1: Finanzielle Schwerpunktsetzung in den Entwicklungsprogrammen für den ländlichen Raum der Bundesländer.

Angebote Waldumweltmaßnahmen gleichen sich

Die Förderung von Waldumweltmaßnahmen wurde erstmals in der Förderperiode 2000 bis 2006 angeboten. Allerdings wurden sie nur in sehr geringem Umfang in Anspruch genommen und hatten eher Modellcharakter. Im Gegensatz zu AUM sind WUM kein Bestandteil der Nationalen Rahmenregelung. Trotzdem sind sie in fünf von sechs Bundesländern, welche diese Maßnahme anbieten, sehr ähnlich ausgestaltet. So sind die Förderaspekte Totholzerhaltung, Erhaltung von Altbeständen oder historischen Waldbewirtschaftungsformen in fast allen Programmen enthalten. Ähnliche Fördertatbestände werden mit vergleichbarer Zielrichtung in einigen Bundesländern auch unter dem Maßnahmentitel Nichtproduktive Investitionen angeboten. Die Förderung beider Maßnahmenbereiche dient vor allem der Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie im Wald auf freiwilliger Basis.

Neue Bewertungsherausforderungen ...

Die Evaluation der EPLR wird seit dieser Förderperiode als „laufende Bewertung“ aufgefasst und soll damit flexibler auf Bewertungserfordernisse eingehen (siehe auch LandInForm 3.2008, Beitrag S. 44-45). Somit kann die Bewertung idealerweise als „Frühwarnsystem“ zur vorausschauenden Programmsteuerung fungieren. Das Common Monitoring and Evaluation Framework (CMEF) stellt für diese Aufgaben ein hierarchisches und verpflichtendes Indikatorensystem zur Verfügung (siehe Abb. 2). Die unterschiedlichen Ziel- und Bewertungsebenen sehen laut CMEF Aggregationsregeln vor: Nur die unterste Indikatorebene ist maßnahmenspezifisch, bereits die Ebene der Ergebnisindikatoren ist quer zum Schwerpunkt 2 der ELER-VO angelegt und die Wirkungsindikatoren fokussieren auf das Gesamtprogramm. Wirkungsindikatoren sind hoch aggregiert (Indexwerte) und lassen in Teilen einen Bezug zu den einzelnen Maßnahmen vermissen. Eine logische Ableitung von einer Indikatorebene auf die nächst höhere wird damit methodisch anspruchsvoll. Das neue Indikatorensystem verlangt richtigerweise die Quantifizierung des Umweltbeitrags des Gesamtprogramms, wobei 1 plus 1 nicht immer 2 ist, da Synergien und

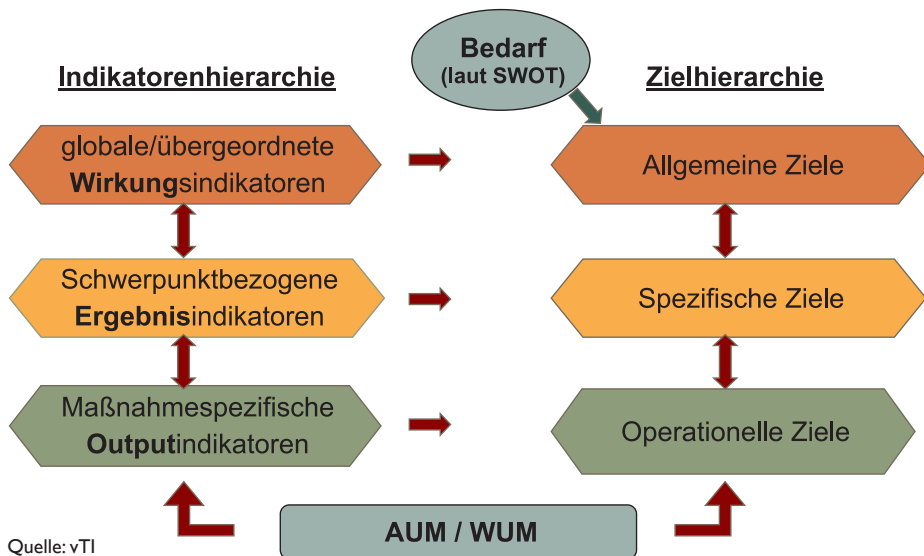


Abb. 2: Indikatorebenen zur Bewertung von Agrar- und Waldumweltmaßnahmen entsprechend des Common Monitoring and Evaluation Framework (CMEF)

Hemmnisse zu beachten sind. Für die Länder als Programmverantwortliche bleibt jedoch auch die Bewertung jedes einzelnen Fördertatbestands von hoher Bedeutung, da die Einzelmaßnahme letztlich die Schraube zur Steuerung des Programms ist. Die Evaluation sollte somit beiden Ansprüchen genügen.

... mit problematischen Wirkungsindikatoren

Die Agrar- und Waldumweltmaßnahmen bedienen programmbezogene Wirkungsindikatoren wie die Entwicklung der häufigen Feldvogelarten, Land- und forstwirtschaftliche Flächen von hohem Naturwert (HNV), den Stickstoffsaldo als Indikator für die Wasserqualität und den Produktionsumfang erneuerbarer Energien als Klimaindikator. Diese Wirkungsindikatoren weisen Lücken auf und berücksichtigen nicht alle intendierten Umweltwirkungen der ELER-Maßnahmen, die z. B. Bodenschutzziele oder Ziele zur Landschaftsbildaufwertung verfolgen. Während die Zeit für Geländeerfassungen drängt, besteht auf EU- als auch auf Bundesebene noch immer Bedarf zur abschließenden methodischen Festlegung für den HNV-Indikator. Ein weiteres Beispiel für Defizite im Bewertungsraster ist der Wasserindikator: Der N-Saldo bildet zwar recht gut die Verursachenseite ab, erlaubt jedoch nur bedingt Wirkungseinschätzungen für das Schutzgut. Als grundsätzlich ungeeignet

ist der Produktionsumfang erneuerbarer Energien als Indikator für potenzielle Klimawirkungen von AUM einzustufen.

Erweiterung des Indikatorensets

Die Bundesländer sind ihrer Pflicht zur Indikatorenfestlegung gefolgt, wengleich die Kommission zur Zeit Nachbesserungen bei einzelnen Ländern einfordert. Die Möglichkeit der aus Sicht der Evaluation wünschenswerten Ergänzung des Indikatorensets durch programmspezifische Wirkungsindikatoren sind die Länder i.d.R. nicht nachgekommen. Auch wenn zusätzliche Indikatoren einen erhöhten Aufwand für Erhebung und Datenerfassung mit sich bringen, lassen sich auf diesem Weg Wirkungen einzelner Maßnahmen deutlicher herausarbeiten. Beispiele sind Indikatoren zu spezifischen Artenschutzmaßnahmen im Vertragsnaturschutz, zur Kohlenstoffspeicherung oder zum Totholzanteil. Denn nur auf Grundlage eines umfassenden Wirkungsnachweises lassen sich die Mittelaufwendungen für Agrarumwelt- und Waldumweltmaßnahmen sinnvoll steuern und langfristig rechtfertigen. Die Evaluatoren werden daher das Bewertungsraster flexibel ergänzen, um wie in der letzten Förderperiode sowohl der Verwaltungsbehörde, wie auch der Öffentlichkeit gute Argumente zur Ausgestaltung der Förderprogramme an die Hand zu geben.



Bild: Dirk Schmidt / Pixelio

Mehr Informationen:

Johann Heinrich von Thünen Institut (vTI)
 Kristin Bormann, Karin Reiter,
 Wolfgang Roggendorf
 E-Mail: kristin.bormann@vti.bund.de,
 karin.reiter@vti.bund.de,
 wolfgang.roggendorf@vti.bund.de

Achim Sander
 entera, Umweltplanung & IT
 E-Mail: sander@entera.de

Energieholz fördert Artenvielfalt

Von Sarah Baum, Franz Kroiher und Andreas Bolte

Kurzumtriebsplantagen auf Agrarflächen leisten einen wichtigen Beitrag zur – politisch erwünschten – verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien. Zu den Umweltwirkungen dieser Plantagen war jedoch bislang wenig bekannt. Diese Lücke schließt nun das Forschungsprojekt NOVALIS.

Kurzumtriebsplantagen (KUP) sind Flächen, die mit schnell wachsenden Baumarten bepflanzt werden; in Deutschland sind dies überwiegend Pappeln und Weiden. Nach der Ernte, die meistens nach vier bis maximal zehn Jahren stattfindet, schlagen die Bäume wieder aus. Um die Auswirkungen der KUP auf die Artenvielfalt und andere ökologische Funktionen zu bewerten, werden in Norddeutschland seit 2006 acht Plantagen in dem von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderten Verbundprojekt NOVALIS untersucht (siehe Kasten).

Holz schlägt Mais

Die Ergebnisse des Projektes und eine im Auftrag des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) 2008 durchgeführte Literaturstudie zeigen, dass der Energieholzanbau auf KUP vorteilhafter für den Bodenhaushalt und die Biodiversität ist als der Anbau landwirtschaftlicher Energiepflanzen wie Raps oder Mais. Dies liegt unter anderem an der längeren Bodenruhe, dem geringeren Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie der geringeren Eingriffsintensität. Vor allem in ausgeräumten Landschaften tragen KUP außerdem zu einer Strukturierung der Landschaft bei und schaffen dadurch zusätzlichen Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten.

Je jünger, kleinteiliger und heterogener, desto artenreicher

Das Alter der Kurzumtriebsplantagen (KUP) beeinflusst entscheidend den Artenreichtum und die Artenzusammensetzung. So weisen einjährige Bestände mehr Gefäßpflanzenarten auf als mehrjährige. Verantwortlich hierfür ist das höhere Lichtangebot in jüngeren KUP. Ein Vergleich mit dem Artenreichtum der Umgebung auf drei norddeutschen Flächen anhand von Daten der bundesweiten Pflanzenkartierung des Bundesamtes für Naturschutz kam zum Ergebnis: KUP beherbergen etwa 10% des Arteninventars eines umgebenden 25 km² großen Landschaftsausschnitts. Eine heterogene Struktur der KUP – und ihrer Umgebung – wirkt sich weiterhin positiv auf die Artenzahl aus. Es hat sich gezeigt, dass auf unterschiedlich gestalteten, kleineren Plantagen relativ mehr Arten vorkommen als in größeren, einheitlichen Beständen. Die Samenbank im Boden und im Auflagehumus, aber auch die Wahl der Baumart bzw. des Klons, die Länge der Umtriebszeit, die Bestandesbehandlung sowie die Form der Bestände sind weitere wichtige Einflussfaktoren für die Artenvielfalt in KUP. Die Ergebnisse des Projektes zeigen also: Bei der Bewertung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe, der aus Naturschutzsicht häufig kritisiert wird, ist eine nach Anbausystemen differenzierte Betrachtung nötig.

NABU-Broschüre zum Download

Die vom NABU in Auftrag gegebene Studie „Energieholzproduktion in der Landwirtschaft – Chancen und Risiken aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes“ steht unter www.nabu.de/themen/landwirtschaft/biomasse/10268.html zum kostenlosen Download bereit.



Bild: Franz Kroiher (vTI)

Kurzumtriebsplantage (KUP) mit Pappel in Sachsen

Mehr Informationen:

Sarah Baum, Franz Kroiher,
Prof. Dr. Andreas Bolte
Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI)
Institut für Waldökologie und
Waldinventuren
Telefon: 0 33 34 / 65 -339, -309, -344
E-Mail: sarah.baum@vti.bund.de,
franz.kroiher@vti.bund.de,
andreas.bolte@vti.bund.de
www.vti.bund.de/de/institute/woi/

NOVALIS

Das Projekt NOVALIS wird vom Forschungszentrum Waldökosysteme der Universität Göttingen koordiniert; die Pflanzenartenvielfalt wird durch das vTI-Institut für Waldökologie und Waldinventuren in Eberswalde untersucht. Nähere Informationen zum Projekt finden Sie unter www.novalis.forst.uni-goettingen.de/. Die Untersuchungen werden seit Oktober 2008 durch das schwedisch-deutsche Forschungsprojekt RATING-SRC im Rahmen des ERA-Nets Bioenergy (www.eranetbioenergy.net) ergänzt, das bis 2011 die Wirkungen von KUP auf den Stoff- und Wasserhaushalt unterschiedlicher Standorte untersucht.

Konjunkturpaket II: Investitionsschub für die Kommunen

Von Jörg Lotz



Mit rund zehn Milliarden Euro beteiligt sich der Bund bis Ende 2011 an zusätzlichen Infrastrukturinvestitionen der Länder. Kommunen und Landkreise sollten schnell handeln, um Projekte wie Breitbandanschlüsse, Krankenhausbau oder die energetische Sanierung von Schulen auf den Weg zu bringen.

Mit dem von Bundestag und Bundesrat soeben beschlossenen Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland – Konjunkturpaket II – wird unter anderem das Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (ZulnvG) eingeführt. Nach dem ZulnvG beteiligt sich der Bund an Investitionen der Länder in den Bereichen „Bildungsinfrastruktur“ (6,5 Mrd. €) und „Infrastruktur“ (3,5 Mrd. €) (siehe Tabelle). Diese Mittel tragen bis zu 75 Prozent zu den förderungsfähigen Kosten bei. 25 Prozent müssen von den Ländern erbracht werden, so dass bis Ende 2011 insgesamt rund 13,3 Mrd. € konjunkturwirksam werden können.

Die Durchführung obliegt den Ländern, wobei die Kommunen einen Eigenanteil zu tragen haben. Die Landesregierungen sollen jedoch dafür sorgen, dass auch finanzschwache Kommunen Zugang zu den Finanzhilfen erhalten. Damit kein Investitionsstau entsteht, wird zukünftig auch das Vergaberecht für öffentliche Aufträge vereinfacht.

Saldierung mit Risiken

Das ZulnvG sieht auch eine Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung vor. Nach dem

Von den 10 Mrd. € erhalten:	Mio. € (gerundet)
Baden-Württemberg	1.237
Bayern	1.427
Berlin	474
Brandenburg	343
Bremen	88
Hamburg	230
Hessen	719
Mecklenburg-Vorpommern	237
Niedersachsen	921
Nordrhein-Westfalen	2.133
Rheinland-Pfalz	469
Saarland	129
Sachsen	597
Sachsen-Anhalt	356
Schleswig-Holstein	323
Thüringen	318

Nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz geförderte Bereiche

Bildungsinfrastruktur	Infrastruktur
Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur	Krankenhäuser
Schulinfrastruktur	Städtebau
Hochschulen	Ländliche Infrastruktur
Kommunale oder gemeinnützige Weiterbildungseinrichtungen	Lärmschutzmaßnahmen an kommunalen Straßen
Forschung	Informationstechnologie
	Sonstige Infrastrukturinvestitionen

bisherigen Entwurf wird nur die Summe der Investitionsausgaben gefördert, die sich als Saldo aus der Gesamtsumme der Investitionsausgaben der Jahre 2009–2011 und der entsprechenden Summe der Jahre 2006–2008 (Referenzwert) ergibt. Diese Saldierung ist erst 2012 möglich. Für die Länder kann sie aber mit dem Risiko von Rückforderungen seitens des Bundes verbunden sein, zumal sie auf die Investitionstätigkeit der Kommunen nur geringen Einfluss haben. Die Referenzwerte für jedes Land sollen zwar einvernehmlich festgelegt werden – wie, steht aber noch nicht fest. Offen ist auch, ob es Ausnahmen für Gemeinden mit überdurchschnittlich hohen Investitionsausgaben im Zeitraum 2006–2008 geben soll.

Doppelförderung ausgeschlossen

Nur Vorhaben werden gefördert, die nicht gleichzeitig nach anderen Gesetzen oder Verwaltungsvereinbarungen oder mit KfW-Programmen gefördert werden (Ausnahme: „Investitionsoffensive Infrastruktur“). Dazu gehören unter anderem die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRV) sowie die Städtebauförderung. Die Länder können die Infrastrukturförderung dieser Ins-

trumente parallel zum ZulnvG anbieten, müssen aber entscheiden, welches Vorhaben nach welchem Programm gefördert werden soll. Auch werden nur zusätzliche Infrastrukturinvestitionen gefördert, denn die Bundesmittel sollen nicht dazu verwendet werden, Landes- oder kommunale Mittel einzusparen. Vorhaben sind weiterhin nur förderungsfähig, wenn sie vor dem 1. Januar 2011 begonnen wurden.

Potenziale nutzen!

Für die Entwicklung ländlicher Räume können besonders wichtige Investitionen wie solche in Bildungsinfrastruktur oder Breitbandversorgung in den nächsten Monaten in einem Umfang auf den Weg gebracht werden, der die finanziellen Möglichkeiten der regulären Förderinstrumente deutlich überschreitet. Auch Investitionen zur Dorfentwicklung, für den Binnenhochwasserschutz oder den ländlichen Wegebau sind ländliche Infrastrukturmaßnahmen. Jetzt kommt es darauf an, das Feintuning der Verwaltungsvorschriften schnell abzuschließen. Vor allem sollten Landkreise und Kommunen die Chancen des Konjunkturpakets umgehend nutzen.

Mehr Informationen:

Jörg Lotz
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Referat 521
Telefon: 02 28 / 995 29 33 80
E-Mail: Joerg.Lotz@Bmelv.Bund.de

Breitband für alle!

Von Thomas Schaumberg und Stefan Kämper

Neu geprägte Schlagworte wie Webciety – Web und Society – verdeutlichen die zunehmende Verflechtung von Internet und Gesellschaft. Damit wird auch der Anschluss ans Breitbandnetz immer wichtiger. Diesen bis 2010 flächendeckend bereitzustellen, ist das Ziel der Bundesregierung

Für die Entwicklung ländlicher Gebiete wird der Impuls des schnellen Internets vielfach höher bewertet als der „klassischer“ Infrastrukturen. Standortnachteile können durch den Anschluss ans schnelle Internet gemildert oder gar aufgehoben werden, man denke an die verbesserte Kommunikation mit Kunden, die Chancen von E-Commerce oder die Möglichkeiten von Telearbeit oder E-Health. Allerdings sind für komplexe Anwendungen deutlich höhere Übertragungsgeschwindigkeiten notwendig als im normalen Telefonnetz (siehe Kasten). Schon jetzt haben 98 Prozent aller Haushalte in Deutschland Zugang zu Übertragungsraten von mindestens 384 Kilobit pro Sekunde; „weiße Flecken“ auf der Breitbandkarte konzentrieren sich jedoch in ländlichen Räumen. Etwa 600 Gemeinden sind noch nicht angeschlossen, da der

Anschluss der (wenigen) Endkunden technisch aufwändig ist und sich (bisher) wirtschaftlich nicht lohnt.

Ehrgeizige Ziele: Breitbandstrategie des Bundes

Telekommunikationsanbieter, Bund und Länder versuchen gemeinsam, mit einem Mix von technologischen Lösungen oder Förderung dort, wo über den Markt keine Anschlüsse bereitgestellt werden, die Lücken zu schließen (siehe Kasten). Ziel der Breitbandstrategie der Bundesregierung ist, bis Ende 2010 allen Haushalten in Deutschland Übertragungsraten von mindestens 1 Megabit pro Sekunde zu ermöglichen und drei Viertel aller Haushalte bis zum Jahr 2014 mindestens 50 Megabit/s. Die Frage ist jedoch, ob nicht die Entwicklung webbasierter Anwendun-

gen schneller ist als die infrastrukturelle Erschließung, ob also 1 Megabit für das vierte Viertel der Haushalte ausreicht.

Kombination verschiedener Lösungen gefragt

Mit leitungsgebundenen Breitbandanschlüssen können nicht alle Gebiete erschlossen werden. Maßgeschneiderte Kombinationen verschiedener Technologien sind nötig. Zurzeit erscheint die Versorgung über Richtfunkstrecken als die kostengünstigste Variante, oft kombiniert mit leitungsgebundenen Anteilen. Die Nutzung frei werdender Rundfunkfrequenzen („digitale Dividende“) ist eine weitere Alternative, die allerdings frühestens 2011 zur Verfügung steht.

Eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur ist besonders in ländlichen Gebieten Grundvoraussetzung für die ökonomische Nutzung des Internets. Die digitale Kluft zu schließen, ist aber nicht nur ein regionales und technisches Problem: Der Schlüssel hierzu ist die Medienkompetenz der Bevölkerung.

Mehr Informationen:

Thomas Schaumberg
Vogelsberg-Consult Gesellschaft für Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung mbH
Telefon: 0 66 31 / 96 16 - 0
E-Mail: schaumberg@vogelsberg-consult.de



Unser Land. Hier wächst Zukunft.



Goldgräber

Wir fördern schnelles Internet für ländliche Räume.

Schnelle Internetverbindungen sind für Bürger und Unternehmen so notwendig wie Straßennetz und Stromversorgung. Mit Breitbandanschlüssen verbessern wir die Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen. www.bmelv.de, www.landkreistag.de, www.dstgb.de

Plakatmotiv der Aktion „Unser Land. Hier wächst Zukunft“ des BMELV, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Breitband und Bandbreite

Breitband ist eine umgangssprachliche Umschreibung für „schnelle“ Internetanschlüsse mit hohen Datenübertragungsraten (Bandbreite). Eine einheitliche Definition von Breitband existiert nicht. Für die Überarbeitung des Breitbandatlasses der Bundesregierung soll eine Rate von 1 Megabit pro Sekunde als Untergrenze definiert werden. Für hochauflösende Fernsehbilder sind jedoch beispielsweise Übertragungsraten von mindestens 20 Megabit/s nötig.

Breitbandförderung in der GAK

Bund und Länder fördern Breitbandanschlüsse seit 2008 aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und stellen dafür bis 2010 jährlich mindestens 16,7 Millionen Euro zur Verfügung. Viele Fragen zum ungewohnten, beihilferechtlich aber vorgegebenen technologie- und anbieternutralen Auswahlverfahren sind jedoch noch zu klären.

Sachsen macht sich breit(bändig)

Von Henning Kuschnig und Thomas Kannegiesser

Eine ausreichende Breitbandversorgung ist mittlerweile auch im ländlichen Raum ein unverzichtbarer Standortfaktor: Zum Leben und Arbeiten auf dem Dorf gehört sie inzwischen ebenso dazu wie das Vorhandensein von guten Straßen und Kindergärten. Der unzureichenden Breitbandinfrastruktur im Freistaat Sachsen begegnet das Sächsische Landwirtschaftsministerium nun mit einer Förderinitiative.

Nicht oder unterversorgt mit Breitbandinfrastruktur sind in Sachsen in erster Linie Dörfer mit weniger als 2.000 Einwohnern. Hier liegt in vielen Fällen ein Marktversagen vor – eine Versorgung zu angemessenen Preisen ist mittel- und zum Teil auch langfristig nicht gegeben.

Leader- und ILE-Gebiete machen mobil

Im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung haben 20 der 34 LEADER- und ILE-Gebiete die Verbesserung der Breitbandversorgung bis 2013 als Entwicklungsziel in ihren Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepten (ILEK) verankert. In diesem Rahmen setzen sie zusammen mit den Akteuren vor Ort – den Bürgermeistern und Initiativen – die Prioritäten für den Breitbandeinsatz. Die Lokalen Aktionsgruppen (LAG) und Regionalmanagements stehen interessierten Akteuren in Fragen der Breitbandförderung zur Verfügung.

Wie hilft der Freistaat?

Zur Unterstützung hat das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) unter dem Motto „Sachsen macht sich breit(bändig)“ im Mai 2008 eine Initiative für die Verbesserung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum gestartet. Vorläufer war eine 2007 in Zusammenarbeit mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (SMWA) in Auftrag gegebene Studie, in der am Beispiel von 11 Dörfern und einer Kleinstadt Gebrauchsanweisungen und Standards für das spätere Förderverfahren entwickelt wurden.

Die Förderung wird durch die Landratsämter über die Richtlinie zur Integrierten Ländlichen Entwicklung (RL ILE/2007) abgewickelt. Im Jahr 2009 stehen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz (GAK) und des Freistaates

ca. 1,8 Mio. EUR sachsenweit zur Verfügung. Hinzu kommen noch Mittel aus dem Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum.

Zweistufiges Förderverfahren

Bedarfs- und Verfügbarkeitsanalyse

Das Verfahren ist zweistufig angelegt. Zunächst wird der konkrete Bedarf vor Ort im Rahmen einer Bedarfs- und Verfügbarkeitsanalyse untersucht. Auch werden die technischen Gegebenheiten in jedem einzelnen Ortsteil ermittelt. Schließlich teilen die potenziellen Anbieter anhand der Ergebnisse mit, ob sie einen Ausbau ohne Fördermittel innerhalb eines Jahres realisieren können. Die Kosten dieser Bedarfs- und Verfügbarkeitsanalyse werden derzeit mit 60 Prozent (einschließlich Mehrwertsteuer) gefördert. Die Bundesregierung hat in ihrer kürzlich veröffentlichten Breitbandstrategie angekündigt, den möglichen Fördersatz in der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz anzuheben, so dass hier mit Änderungen zu rechnen ist.

Umsetzung

Wenn aus den Analysen hervorgeht, dass ein Marktversagen vorliegt, weil innerhalb von zwölf Monaten aus wirtschaftlichen Gründen kein Anschluss zu erwarten ist, kann die Gemeinde in einem zweiten Schritt die Breitbandversorgung des Dorfes oder der Dörfer als Dienstleistung öffentlich ausschreiben. Auch für diesen Schritt kann sie eine Förderung entsprechend der genannten Fördersätze beantragen. Gefördert werden in dieser Phase die Begleitung durch ein Planungsbüro und die Kosten der Wirtschaftlichkeitslücke, die der Anbieter



Bild: blindelipse / Flia. lizenzfreie-bilder

mit dem günstigsten Preis-Leistungs-Verhältnis anmeldet.

Bis zum Jahreswechsel 2009 konnten 12 Bewilligungen für die 1. Stufe des Förderverfahrens erteilt werden.

Aktuelle Informationen zur Förderinitiative gibt es unter www.smul.sachsen.de/laendlicher_raum/index.html.

Informationen zur Breitbandförderung in anderen Bundesländern finden Sie unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/breitband

Mehr Informationen:

Henning Kuschnig
Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft
Referat 24 – Ländliche Entwicklung
Telefon: 03 51 / 564 67 72
E-Mail: Henning.Kuschnig@smul.sachsen.de

Was bringt die neue EU-Öko-Verordnung dem ländlichen Raum?

Von Gerald Wehde

Seit dem 1. Januar 2009 ist die neue EU-Öko-Verordnung in Kraft, die nach harten Auseinandersetzungen die bisherige Verordnung 2092/91 abgelöst hat. Welche Auswirkungen sie auf die Produzenten und damit die ländlichen Räume in Deutschland haben wird, ist schwer absehbar. Durch eine unterschiedliche Umsetzung und Auslegung der neuen Verordnung durch die EU-Mitgliedstaaten, aber auch auf Ebene der Bundesländer, drohen jedoch starke Wettbewerbsverzerrungen.

Die EU-Öko-Verordnung definiert einen gesetzlichen Mindeststandard für die Produktion, die Verarbeitung, den Handel und den Import von ökologischen Lebensmitteln. Sie beschränkt unter anderem den Einsatz von Düngemitteln, Pflanzenschutz- und Futtermitteln sowie von Verarbeitungszutaten, verbietet die Verwendung gentechnisch veränderter Organismen und regelt ausführlich Kontrolle und Kennzeichnung von Bio-Lebensmitteln. Wichtige Ziele der Verordnung sind ein umfassender Schutz von Verbrauchern vor Irreführung sowie ein konsequenter Schutz von Erzeugern, Verarbeitern und Händlern vor unlauterem Wettbewerb.

Einfacher, klarer, flexibler, dabei weniger Bürokratie und eine einheitliche Umset-

zung, das war das Ziel der Neufassung der EU-Öko-Verordnung. So hatte es die Europäische Kommission in ihrem Aktionsplan für die Ökologische Landwirtschaft im Sommer 2004 formuliert.

Was ist neu?

Neu ist, dass die bisherige EU-Öko-Verordnung in eine Öko-Basisverordnung (834/2007) und verschiedene Durchführungsverordnungen aufgeteilt wurde. Dabei gibt es sowohl eine Durchführungsverordnung für die Erzeugung, Verarbeitung, Kennzeichnung und Kontrolle ökologischer Produkte aus der EU (VO 889/2008) als auch eine für den Import von Bio-Produkten, die in Drittländern angebaut oder hergestellt werden (VO 1235/2008). Weitere

Durchführungsverordnungen zu Aquakultur und Meeresalgen sowie für die Weinbereitung sind in Vorbereitung und sollen im Laufe dieses Jahres beschlossen werden. Gemeinschaftliche Verpflegungseinrichtungen (Außer-Haus-Verpflegung) fallen nicht in den Geltungsbereich, nationale Regelungen sind jedoch möglich. In Deutschland etwa sind Einrichtungen der Außer-Haus-Verpflegung nach dem Ökolandbaugesetz kontrollpflichtig.

Neu ist auch die verpflichtende Verwendung eines einheitlichen EU-Bio-Siegels für alle in der EU gehandelten Biowaren. Dieses wird derzeit noch entwickelt und ist voraussichtlich erst ab 1. Juli 2010 bindend. Das deutsche Biosiegel, welches wie das zukünftige verpflichtende EU-Bio-Siegel lediglich den gesetzlichen EU-Mindeststandard kennzeichnet, wird damit an Bedeutung verlieren.

Europäisches „Einheitsbio“ abgewehrt

Die Politik der EU ist grundsätzlich auf eine EU-weite Vereinheitlichung und die Gewährleistung freier Marktzugänge (auch für Importe) ausgerichtet. Jegliche Ansätze zur Differenzierung über höhere Produktqualitäten beziehungsweise die Umsetzung regionaler Vermarktungskonzepte unterliegen einer kritischen Prüfung. Selbst die Qualitätszeichen der Bioanbauverbände standen als „Handelshemmnis“ zur Disposition. Damit wäre die Möglichkeit, auch in Zukunft mit strengeren privatrechtlich geregelten Standards und entsprechenden

In Deutschland sind Einrichtungen der Außer-Haus-Verpflegung nach dem Ökolandbaugesetz kontrollpflichtig.

©BLE, Bonn/Foto:Thomas Stephan



Im Zusammenhang mit der neuen EU-Öko-Verordnung wird es unter anderem für Aquakulturen und die Weinbereitung in Kürze Durchführungsverordnungen geben.

Qualitätszeichen am Markt aktiv zu sein, genommen. Hier konnte sich der Anbauverband Bioland mit zahlreichen europäischen Partnern gegen die EU-Kommission durchsetzen und ein europäisches „Einheitsbio“ verhindern. Unterstützt wurden sie dabei vom Bundeslandwirtschaftsministerium und weiteren EU-Mitgliedstaaten. Dieser Erfolg kann getrost als Sieg für die ländlichen Räume angesehen werden, denn höhere Produktqualitäten und regionale und transparente Herkünfte sind Ansätze, die dem regionalen Handwerk, mittelständischen Herstellungsbetrieben sowie dem selbstständigen Handel gute Wachstumschancen bieten. Gerade in ländlichen Räumen gehört die Bio-Branche zu den wenigen Wirtschaftszweigen, die dem Arbeitsmarkt positive Impulse geben kann.

Verordnung bringt Rechtsunsicherheit

Die neue Verordnung ist gegenüber dem bisherigen Regelwerk klarer und übersichtlicher gegliedert und der Text insgesamt gestrafft. Einen wesentlichen Beitrag zur Vereinfachung leistet die neue Verordnung jedoch nicht. Vielmehr werden bewährte Erfahrungen und juristische Praxis der seit 15 Jahren bestehenden bisherigen Verordnung 2092/91 jetzt in ein neues Regelwerk integriert – mit neuen Prinzipien, Kriterien und Durchführungsregeln sowie neuen Interpretationsspielräumen auf Ebene der Nationalstaaten und der Bundesländer. In der Übergangszeit herrscht daher für die rund 27.000 zertifizierten Bio-Unternehmen (Erzeuger, Hersteller und Verarbeiter) in Deutschland eine hohe Rechtsunsicherheit.

Wettbewerbsverzerrungen drohen

Zudem drohen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten und den einzelnen Regionen Deutschlands untereinander und damit Nachteile zu Lasten der deutschen Biobauern. Zum einen werden die 27 europäischen Staaten die neue EU-

Öko-Verordnung (wie bisher) unterschiedlich streng auslegen. Zum anderen wurde zusätzlich ein Artikel zur „Flexibilität“ neu in die Verordnung aufgenommen, um die Vielzahl bisheriger Ausnahmeregelungen in der Verordnung besser zu regeln. Damit kann Mitgliedstaaten künftig gestattet werden, in einzelnen Regelungsbereichen noch stärker von den Bestimmungen der Verordnung abzuweichen und weniger strenge Regelungen vorzusehen. Strengere einzelstaatliche Vorschriften im Sinne eines gemeinsamen europäischen Marktes sind jedoch ausgeschlossen.

Ausnahmeregelung mit Tücken

Ausnahmen können beispielsweise erlassen werden, wenn sie aufgrund klimabedingter, geografischer oder struktureller Beschränkungen erforderlich erscheinen oder wenn Produktionsmittel oder Zutaten benötigt werden, die nicht in ökologischer Qualität auf dem Markt erhältlich sind. Die Folge davon: Landwirte, die nach weniger strengen Richtlinien wirtschaften, haben in der Regel geringere Produktionskosten und somit einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ihren Kollegen. Ein Beispiel, wie unterschiedlich die Verordnung umgesetzt wurde und wird, sind die unterschiedlich strengen Vorgaben beim Einsatz biologisch erzeugten Saatguts. Während in Deutschland durch strikte Vorgaben bereits ein hoher Anteil an Bio-saatgut eingesetzt wird, verfügen bestimmte EU-Staaten nicht einmal über Listen bzw. Datenbanken, aus denen ersichtlich ist, welches Saatgut biologisch überhaupt verfügbar ist. Dies bedeutet, dass in diesen Ländern fast durchgängig konventionell erzeugtes Saatgut zum Einsatz kommt, zum Nachteil deutscher Biobauern.

Hoffnung auf verbindliche Regeln zerstoßen

Nach der neuen EU-Öko-Verordnung müssen die EU-Mitgliedstaaten deren detailgenaue Umsetzung neu definieren. Auf nationaler Ebene wird die Umsetzung der

Verordnung durch das Ökolandbaugesetz konkretisiert. Entscheidend ist aber der Vollzug auf Ebene der Bundesländer. Und diese sind weiterhin frei in ihrer Interpretation der Umsetzung. Diese Freiheit hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass beispielsweise einzelne Bundesländer bio-konforme Stallsysteme unterschiedlich anerkennen.

Die Hoffnungen der Bio-Branche, mit der Novellierung des Ökolandbaugesetzes verbindliche bundeseinheitliche Vollzugsregeln für die nach EU-Richtlinie wirtschaftenden Landwirte festzulegen, werden sich kaum erfüllen. Zudem kommt auf die Biobetriebe mehr Bürokratie zu, da einige Bundesländer die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen beim Zukauf konventioneller Tiere verstärkt selbst vollziehen werden – bislang oblag dies den anerkannten Kontrollstellen.



©BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

Mehr Informationen:

Gerald Wehde
Bioland e.V. – Leiter der Fachstelle
Agrarpolitik
Telefon: 0 61 31 / 2 39 79-20
E-Mail: gerald.wehde@bioland.de
www.bioland.de

Eine starke Stimme für Europas Regionen



Von Regine Kramer

Das heutige Europa bildet mit seiner ethnischen, kulturellen, sprachlichen und geografischen Vielfalt einen besonderen Kultur- und Lebensraum. Diesen Kontinent in seiner Vielfalt und mit seinen regionalen Identitäten zu bewahren und zu stärken, ist die Kernaufgabe der 1985 im belgischen Louvain-la-Neuve gegründeten Versammlung der Regionen Europas.

Die Vision der Versammlung der Regionen Europas (VRE): ein Europa, in dem Regionen als Grundpfeiler der Demokratie und als Schlüsselpartner bei der Gestaltung der europäischen Gesellschaft anerkannt werden und in dem der Grundsatz der Subsidiarität gilt. Die VRE glaubt an ein Europa, in dem der Austausch von Ideen, Know-how und Erfahrungen zwischen den Regionen zu einem besseren Verständnis untereinander beiträgt und die Menschen näher zusammenbringt.

Erfolgreich Brücken gebaut

Seit ihrer Gründung im Jahr 1985 hat sich die VRE als konstruktiver Brückenbauer eines europaweiten Netzwerkes der Regionen etabliert. Vereinte die VRE anfangs nur westeuropäische Regionen, konnte sie nach der politischen Wende von 1989 als eine der ersten europäischen Organisationen ihre Mitgliedschaft auch ost- und südosteuropäischen Partnern anbieten. Heute ist die VRE das größte unabhängige Netzwerk europäischer Regionen in ganz Europa; es vereint 270 Regionen aus 33 Ländern sowie 16 weitere interregionale Organisationen. Anrecht auf eine VRE-Mitgliedschaft

haben alle Regionen aus den 47 Ländern des Europarats, die über eine demokratisch gewählte Regionalvertretung verfügen.

Regionale Demokratie und Vernetzung stärken

Bereits Anfang der 1990er Jahre konnte die VRE die ersten Erfolge ihrer Arbeit nachweisen: Der 1994 vom Europarat gegründete Kongress der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften (KGRE) sowie der 1995 gegründete Ausschuss der Regionen sind die wichtigsten Errungenschaften des VRE-Engagements für regionale Demokratie. Durch Schulungen, Bürgerforen und vielfältige Jugendprogramme bemüht sich die VRE darum, europäische Regionen und deren Bürger stärker in den europäischen Einigungsprozess einzubinden.

Doch dies ist nur ein Aufgabengebiet. Daneben setzt sich die VRE mit allen Themen auseinander, die relevant für die Entwicklung einer effizienten regionalen Verwaltung, die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen und bürgernahe Dienstleistungen sind. Hierzu gibt es drei Fachkommissionen mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Regionalentwicklung, Soziales und Gesundheit

sowie Bildung, Kultur und Jugend. Verschiedene Arbeitsgruppen, Fachkonferenzen und Tagungen geben Regionalvertretern die Möglichkeit, gemeinsam politische Positionen zu besprechen und zu formulieren sowie Erfahrungen auszutauschen, interregionale Kooperationsprojekte anzustoßen und Projektpartner zu finden.

Herausforderungen für ländliche Räume meistern ...

Die Entwicklung des ländlichen Raumes bildet einen wichtigen Fokus in der Arbeit der VRE. Denn auch wenn der Grad der Urbanisierung zunimmt, machen landwirtschaftlich strukturierte Regionen immer noch einen Großteil der VRE-Mitgliedsregionen aus. Die Herausforderungen sind enorm: Klimawandel und Bodendegradation, Verlust der Artenvielfalt und begrenzte Rohstoffe, um nur einige zu nennen. Abwanderung von qualifizierten Fachkräften, eine beschränkte Infrastruktur und



teilweise unzureichende Dienstleistungsangebote sind weitere Probleme, denen sich der ländliche Raum stellen muss. Die VRE bietet ihren Mitgliedern mit Seminaren und Arbeitsgruppen eine Plattform an, auf der sie nach nachhaltigen Lösungen für anstehende Probleme suchen können. Gemeinsam geben VRE-Mitglieder ihren Regionalinteressen eine Stimme, die auch für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU entscheidend ist.

... und gemeinschaftliche Regionalpolitik mitgestalten

Dies gilt auch für andere Gemeinschaftspolitiken mit territorialen Auswirkungen, insbesondere die EU-Regionalpolitik. Von Anfang an war die VRE ein wichtiger Akteur bei der Ausgestaltung der gemeinschaftlichen Regionalpolitik. Im 3. Bericht der Europäischen Kommission 2004 zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa wird die VRE als Schlüsselpartnerin in diesem Feld genannt. Zudem wurde ihre Forderung, die interregionale und transnationale Zusammenarbeit als separates Leitziel der neuen Förderperiode 2007–2013 einzuführen, aufgenommen. Die VRE setzte sich auch immer wieder für Bürokratieabbau und Vereinfachung der administrativen Anforderungen in den Strukturfonds ein – mit dem Ziel, diese Forderungen prioritär in die Europäische Strukturfondspolitik aufzunehmen. Auch in der bereits begonnenen Diskussion um die Reform der Strukturfonds nach 2013 ist die VRE durch Stellungnahmen, bilaterale Gespräche mit der Europäischen Kommission, Informationsveranstaltungen und Empfehlungsschreiben aktiv involviert, um so regionalen Bedürfnissen auf europäischer Ebene Ausdruck zu verleihen.

Netzwerk für Praxisprojekte

Über die politische Ebene hinaus arbeitet die VRE im Rahmen verschiedener EU-Programme, insbesondere der Strukturfonds, projektbezogen mit zahlreichen Regionen Europas zusammen. So kooperiert sie gegenwärtig mit 20 weiteren Regionalpartnern im Projekt "Rur@ct – Europäische Regionen für landwirtschaftliche Innovation", welches von der französischen Region Limousin entwickelt wurde. Neben dem Erfassen von bewährten Praxisprojekten in einer Datenbank, die seit dem 31. Januar 2009 genutzt werden kann, will das Projekt die Attraktivität und das innovative Potenzial im ländlichen Raum fördern und neue wirtschaftliche Aktivitäten außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors erschließen. Das Netzwerk wurde im April 2008 offiziell eröffnet und ist für weitere Projektpartner offen. Die VRE ist Mitglied im Lenkungsausschuss des Projektes.



Krisen gemeinsam bewältigen

In den kommenden Jahren wird sich die VRE schwerpunktmäßig auf die Förderung von Innovation, Wachstum und Beschäftigung auf regionaler Ebene, auf die Bewältigung des demografischen Wandels, die Integration der Jugend und die Förderung der Modernisierung und Internationalisierung der regionalen Verwaltung konzentrieren. Ob Wirtschaftskrise, Energiesorgen, Klimawandel, zunehmende Alterung der Gesellschaft oder stärkere Belastung der öffentlichen Haushalte – die VRE wird weiterhin Fürsprecherin für regionale Lösungsansätze sein und so ihren Beitrag zur nachhaltigen, sozialen und friedlichen Entwicklung in ganz Europa leisten.

270 Regionen professionell organisiert

Die Zusammenarbeit der 270 Mitgliedsregionen beruht auf einer eigenständig erarbeiteten Satzung und Geschäftsordnung. Politische Entscheidungsgremien in der Versammlung sind das Präsidentenamt, das Präsidium, der Vorstand und die Vollversammlung, die sich aus den politischen Vertretern der Regionen zusammensetzt. Präsidentin des VRE ist Michèle Sabban, Vize-Präsidentin der französischen Region Ile-de-France. Koordiniert wird die Tätigkeit dieser Gremien durch ein Generalsekretariat mit Vertretungen in Straßburg und Brüssel. Als Nichtregierungsorganisation finanziert sich das VRE-Netzwerk über die Beiträge der Mitgliedsregionen sowie zu einem geringen Anteil über Fördermittel der Europäischen Union.

Mehr Informationen:

Richard Medic
Leiter der Presse- und Kommunikationsabteilung
Telefon: 00 33 / (0) 678 69 52 35 (mobil)
E-Mail: r.medic@aer.eu

Valentina Guerra
Presse- und Kommunikationsassistentin
Telefon: 00 33 / (0) 388 22 74 33
E-Mail: v.guerra@aer.eu
www.aer.eu

Evaluierung erleichtern, Experten vernetzen

Von Maylis Campbell

In der Vergangenheit war es oft schwer, von den Evaluierungsergebnissen der einzelnen EU-Staaten zu ländlichen Entwicklungsprogrammen abzuleiten, wie die gemeinsame Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums künftig effektiver gestaltet werden kann. Das Europäische Evaluierungsnetzwerk EENRD soll Abhilfe schaffen.

Die mangelhafte Einhaltung der Evaluierungsrichtlinien und die Verwendung unterschiedlicher Indikatoren hat oft dazu geführt, dass sich die Ergebnisse der von den einzelnen Ländern bereitgestellten Evaluierungen zu ländlichen Entwicklungsprogrammen nicht auf EU-Ebene zusammenführen ließen. Aus diesem Grund wurde nicht nur der gemeinsame Begleitungs- und Bewertungsrahmen (CMEF) entwickelt (siehe Beitrag S. 34-35), sondern auch das Europäische Evaluierungsnetzwerk EENRD – European Evaluation Network for Rural Development – gegründet.

Das Netz im Netz

Das EENRD arbeitet seit Anfang 2008 unter dem Verantwortungsbereich der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der EU-Kommission. Seine Aktivitäten werden in jährlichen Arbeitsprogrammen, die mit der Kommission abgestimmt werden, festgelegt und von einem Experten-Ausschuss für Bewertung begleitet. Hauptziel des EENRD ist es, bei der Entwicklung von Evaluierungspraktiken und beim Aufbau von Kapazitäten zur Bewertung von Entwicklungsprogrammen für den ländlichen Raum zu helfen. Das EENRD ist Teil des Europäischen Netzwerkes für Ländliche Entwicklung (ENRD). Zwar arbeiten beide Netzwerke unabhängig voneinander, doch werden ihre Aktivitäten so koordiniert, dass ein Austausch von Informationen ermöglicht wird und Synergien entstehen.

Beratungsstelle als Unterstützung

Um die vielfältigen Aufgaben des Evaluierungsnetzwerks zu bewältigen, hat die EU-Kommission eine Beratungsstelle ("helpdesk") eingerichtet. Sie hat ihre Arbeit im April 2008 aufgenommen und wird durch einen externen Auftragnehmer betrieben. Ihre Aufgabe ist es, das EENRD mit Expertise zur Programmbewertung zu unterstützen und die transnationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu erleichtern. Die Beratungsstelle besteht aus einem kleinständigen Team in Brüssel, einem Team nicht ständiger Mitarbeiter mit beratender Funktion und genau festgelegten Aufgaben sowie weiteren assoziierten Experten.

Schon einiges erreicht ...

Ein Ergebnis der bisherigen Arbeit sind die Leitlinien für die Anwendung der Indikatoren zum High Nature Value Farming (HNV) (siehe Beitrag S. 34-35). Diese Leitlinien sollen bei der Einschätzung helfen, wie viel Landwirtschafts- und Forstfläche in einem Mitgliedstaat oder einer Region unter die HNV-Kategorie fällt und ob die ländlichen Entwicklungsprogramme zum Erhalt dieser Flächen beitragen. Ebenfalls im Jahr 2008 hat die Beratungsstelle eine Stärken-Schwächen-Analyse (SWOT-Analyse) für die verschiedenen Elemente des Evaluierungsansatzes 2007–2013 durchgeführt, einschließlich des gemeinsamen Bewertungsrahmens CMEF. Ergänzt wurde

diese Arbeit durch eine Bedarfsanalyse zum Evaluierungsansatz und -prozess, die die Beratungsstelle im Herbst 2008 durch die Organisation von Fokusgruppen in den Mitgliedstaaten, unter anderem auch in Deutschland, angestoßen hat.

... und noch viel geplant!

Die Umsetzung des Arbeitsprogramms für 2009 hat nun begonnen. Geplant ist, die methodische und inhaltliche Arbeit weiterzuführen, rechtzeitig Unterstützung für die Zwischenbewertung der ländlichen Entwicklungsprogramme bereitzustellen und die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und anderen Netzwerken zu vertiefen.

Die Jahresprogramme, Publikationen und der Newsletter des EENRD können unter www.ec.europa.eu/agriculture/rurdev/eval/network heruntergeladen werden.

Mehr Informationen:

Evaluation Helpdesk of
The European Evaluation Network for
Rural Development
Telefon : 00 32 / (0)2 736 18 90
E-Mail : info@ruralevaluation.eu
www.ec.europa.eu/agriculture/rurdev/eval/network



Europäisches Evaluierungsnetzwerk
für ländliche Entwicklung

Ein starker Verbund für die Artenvielfalt

Von Erwin Beck

Seit der 9. Konferenz der 192 Vertragsstaaten der Rio-Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt (CBD) 2008 hat die Biodiversität politisch und gesellschaftlich erheblich an Bedeutung gewonnen. Um die Forschung hierzu besser zu vernetzen, hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft Ende 2008 eine neue Kommission eingerichtet.

Mittlerweile gilt es als sicher, dass wir im heutigen Zeitalter des „Global Change“ das größte Artensterben seit Menschengedenken erleben. Dabei ist die Biodiversität der wichtigste Faktor für das Funktionieren der Ökosysteme und ihrer „Dienstleistungen“ (siehe LandInForm 3/2008).

Status quo: Kaum Vernetzung ...

Die Wissenschaft hat sich schon immer mit der Artenvielfalt beschäftigt. Doch erst seit der Ratifizierung der Biodiversitäts-Konvention (CBD) fließen auch in unserem Land ansehnlichere Beträge in die Biodiversitätsforschung, die sich – überwiegend von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert – zu großen Forschungsverbänden formierte. Ökosys-

... und viele offene Fragen

Und sie hat noch weitere Probleme: Die bisherige Förderpraxis berücksichtigt kaum die Langfristigkeit, die notwendig ist, um die Einflüsse verschiedener Faktoren auf das Funktionieren der Ökosysteme zu untersuchen. Weiterhin sind die für unser Leben und unsere Wohlfahrt wichtigen Organismen und deren Produkte aus der Natur zu Recht Eigentum der Staaten, in denen sie vorkommen. Dies stellt jedoch auch die Forschungsförderer vor neue Fragen und Probleme (Stichwort Access and Benefit Sharing: ABS).

Neue Kommission soll Lücke füllen

Vor diesem Hintergrund hat der DFG-Senat eine Kommission für Fragen der Biodiversitätsforschung eingerichtet. Zunächst für sechs Jahre geplant, hat sie ihre Arbeit am 28. November 2008 aufgenommen. Die derzeit 16 Mitglieder kommen aus den Lebenswissenschaften (Botanik, Zoologie, Mikrobiologie, Genetik, Meeresforschung), der Ökosystemforschung und den Sozialwissenschaften.

Die Kommission soll ein Diskussionsforum zur effektiveren Selbstorganisation der Biodiversitätsforschung sein. Sie soll eine bessere Vernetzung existierender und geplanter Verbundprojekte ermöglichen, Maßnahmen zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur im Lande ausloten und die deutsche Biodiversitätsforschung international sichtbar machen. Auch soll sie die Diskussion um ein internationales Regime für ABS unterstützen und Politik und Forschungsförderer in Fragen der Artenvielfalt beraten.

Im Zentrum: Datenmanagement

Eine der vordringlichsten Aufgaben ist es jedoch, das Management biodiversitätsrelevanter Daten zu organisieren – indem beispielsweise sichergestellt wird, dass die



Bild: Angelika Wolter / Pixelio

in Forschungs- oder Sammlungsprojekten erhobenen Primärdaten langfristig gelagert und genutzt werden können. Diese Daten werden größtenteils – nach eigenen Systemen – bei den großen naturwissenschaftlichen Sammlungen und Museen gelagert und müssen national und international vernetzt werden. Aber auch weitere, in Datenbanken bisher nicht gespeicherte Daten und solche, die noch nicht in elektronischer Form vorliegen – zum Beispiel aus Diplom- und Doktorarbeiten sowie Behördenbeständen, aus der Biotopbewertung oder aus Umweltverträglichkeitsgutachten – müssen der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Dr. h.c. Erwin Beck
Universität Bayreuth
Lehrstuhl Pflanzenphysiologie
Telefon: 09 21 / 55 30 37
E-Mail: erwin.beck@uni-bayreuth.de



Bild: JuwelTop / Pixelio

tembezogene Biodiversitätsforschung ist ein stark interdisziplinäres Feld, in dem Natur- und Lebenswissenschaften mit den Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zusammenarbeiten müssen. Diese Zusammenarbeit kommt aber nur langsam voran; bisher hatte die Biodiversitätsforschung zudem in Deutschland kein Forum und wurde auch durch keine eigene wissenschaftliche Gesellschaft repräsentiert.

Von der Redaktion für Sie

... angelesen



Wege zur Finanzierung von Natura 2000 – ein Leitfaden

Von Ursula Stratmann

Spätestens mit der Entscheidung, zur Umsetzung des europäischen Netzwerks Natura 2000 kein eigenes Finanzierungsinstrument zu etablieren, sondern die bestehenden EU-Fördertöpfe hierfür heranzuziehen, stellt sich die Frage, wie die vorhandenen Fonds für Naturschutzzwecke sinnvoll genutzt werden können. Der im Dezember 2008 vom Deutschen Verband für Landschaftspflege vorgelegte Leitfaden greift diese Frage auf. Er stellt in anschaulicher Weise die Bandbreite an Möglichkeiten vor, die schon heute für eine Erschließung von EU-Geldern zur Finanzierung von Naturschutzaktivitäten bestehen. Das Kernstück der Broschüre bilden 27 nachahmenswerte Beispiele unterschiedlichster Naturschutzmaßnahmen und -projekte aus dem gesamten deutschsprachigen Raum, die mit EU-Mitteln realisiert werden konnten. Gerade mit Blick auf die anstehende Umsetzung des Health Checks der EU-Agrarpolitik bieten sie Akteuren aus dem Natur- und Umweltschutz, aber auch aus der Land- und Forstwirtschaft wertvolle Hinweise, um zeitnah Verbesserungen für den Naturschutz in den ländlichen Entwicklungsprogrammen zu erreichen. Darüber hinaus liefert der Leitfaden mit einer komprimierten Einführung zu den relevanten EU-Fonds, ihren Funktionsprinzipien sowie deren Einsatz in Deutschland wertvolles Grundlagenwissen und weist mit Empfehlungen zur Verbesserung der Fördermöglichkeiten auf weiteren Handlungsbedarf hin.

Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) e.V. (Hrsg.) (2008): Wege zur Finanzierung Natura 2000 – Gute Beispiele, wie Europa die biologische Vielfalt voranbringt. DVL-Schriftenreihe „Landschaft als Lebensraum“, Heft 15, 82 Seiten.



Das ostdeutsche Agrarkartell

Von Juliane Mante

Das Verfahren bei der Privatisierung der Land- und Forstwirtschaftsflächen der DDR nach der politischen Wende 1989 fand zwar Beachtung in Politik und landwirtschaftlichem Berufsstand der neuen Bundesländer, war aber kein Thema einer breiter angelegten gesellschaftlichen Diskussion. Das spannend – teilweise etwas polemisch – geschriebene Buch von Jörg Gerke bietet zahlreiche Hintergrundinformationen darüber, wie die Verteilung der ehemals volkseigenen Flächen vonstatten ging und durch welche Interessen und Netzwerke diese beeinflusst wurde. Es liefert Begründungen, warum vorwiegend LPG-Nachfolgeunternehmen bei der Verpachtung und Privatisierung der Flächen und der Fördermittelverteilung berücksichtigt wurden und beschreibt eine systematische Benachteiligung wieder- oder neuinrichtender Familienbetriebe. Wie den daraus entstehenden Problemen mit einer veränderten Agrarpolitik in Ostdeutschland begegnet werden kann, wird am Ende des Buches diskutiert. Eine Schwachstelle besteht darin, dass einige aufgeworfene Hauptthesen zwar mit Hintergrundfakten untermauert werden, andere in der Argumentation jedoch unkritisch verwendet oder unzureichend erklärt/belegt werden. Beispiele sind die Bewertung landwirtschaftlicher Großbetriebe als unökologisch und nicht tiergerecht und deren Wirkung als Verursacher für die Verödung ländlicher Regionen. Dadurch verliert das Buch ein wenig an Seriosität, bietet aber trotzdem eine Menge interessanter Informationen über die Hintergründe der Flächen- und Subventionsverteilung in Ostdeutschland und die Netzwerkstrukturen ostdeutscher Agrarlobbyisten.

Jörg Gerke (2008): Nehmt und Euch wird gegeben – Das ostdeutsche Agrarkartell, ABL Bauernblatt Verlag GmbH, Hamm, 336 Seiten.



Was macht ländliche Räume erfolgreich?

Von Isabell Friess

Während sich einige Regionen erfolgreich im Wettbewerb behaupten, verlieren andere ihre Anziehungskraft für die Einwohner: Sie entleeren sich, die Arbeitslosigkeit schnell nach oben und die Zukunft der Region wird in Frage gestellt. Das Erstaunliche ist, dass sich bei den meisten Regionen die rechtlichen Rahmenbedingungen ähneln, die abfallenden Regionen unter förderrechtlichen Aspekten sogar oft besser ausgestattet sind. Wieso gibt es also diesen Differenzierungsprozess zwischen erfolgreichen und desolaten Regionen in Europa? Dieser Frage geht auch die hier vorgestellte Publikation nach – mit dem Ziel, das Auseinanderlaufen der Prozesse zu beleuchten und so besser zu verstehen. Das Besondere an dieser Veröffentlichung ist die Vielfalt der hier zusammengetragenen Meinungen und Erfahrungen. Zu Beginn werden die Positionen der Parteien im Deutschen Bundestag einander gegenüber gestellt. Im Anschluss gehen 13 Beiträge aus Politik und Forschung auf die Politik für ländliche Räume, ihren Reformbedarf bzw. die noch versteckten Potenziale ein. Die europäischen Erfahrungen bestimmen den dritten Abschnitt: Beispiele aus Rumänien, Österreich und Polen und das Thema Vernetzung/Zusammenarbeit spielen hier eine Rolle. Im letzten Abschnitt werden dann konkret 17 erfolgreiche Praxisbeispiele von Landwirtschaftsbetrieben, Verbänden, Behörden oder Dienstleistern erläutert. Das Einzige, was diesen sehr umfassenden und gelungenen Sammelband noch vervollständigen könnte, wäre eine stärkere Gegenüberstellung der verschiedenen sektoralen Ansätze und Ziele.

Rainer Friedel, Edmund A. Spindler (Hrsg.), 2009: Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 487 Seiten.

... angebündelt



Stadt bauen. Stadt leben.

Die demographische Entwicklung, der Wandel von Wirtschaftsstrukturen und Klima stellen Gemeinden und Regionen vor neue Herausforderungen. Der **Wettbewerb des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** soll zeigen, welche guten Beiträge es zur nachhaltigen Entwicklung in Stadt und Region bereits gibt.

Städte und Gemeinden, Gebietskörperschaften, Wirtschaftsunternehmen, Vereine, zivilgesellschaftliche Initiativen und Verbände, aber auch Einzelpersonen können sich mit ihren realisierten Projekten in fünf Kategorien bewerben:

- Städte besser gestalten – Baukultur
- Integriert und regional handeln – Entwicklung von Stadt, Region und Landschaft

- Chancen schaffen und Zusammenhalt stärken - die soziale und gerechte Stadt
- Engagiert für die Stadt – Zivilgesellschaft und private Initiative
- Die Stadt von morgen bauen – Klimawandel, erneuerbare Energien und nachhaltige Umweltgestaltung

In jedem der Bereiche sollen mindestens fünf Preise vergeben werden. Die Wettbewerbsbeiträge werden in einer Dokumentation zusammengefasst und Teil einer Ausstellung zum Stand von Stadtentwicklung und Baukultur 2010 in Berlin sein.

Abgabe der Wettbewerbsbeiträge bis zum 23. April 2009

Die Ausschreibung, Anmeldeinformationen und alle weiteren Informationen unter www.stadtbauenstadtleben.de

Von A nach B, aber wie und wozu?

Und welche Zukunft hat unsere Mobilität? Diese Fragen stehen im Zentrum der diesjährigen **Regionaltagung** zur Nachhaltigen Entwicklung in den Hunsrückdörfern, die am **24. und 25. April 2009 im Hunsrückhaus am Erbeskopf** in Rheinland-Pfalz stattfindet.

Der Mensch betrat als homo migrans, als wandernder Mensch die Weltbühne und noch immer legt er wie früher im Durchschnitt drei Wege pro Tag zurück. Aber diese Wege sind erheblich länger geworden. Als schnelle, flexible Verkehrsmittel stehen ihm dabei heute Auto oder Motorrad zur Verfügung. In unserer modernen Gesellschaft,

mit ihrer hochgradigen Arbeitsteilung und der Trennung von Wohnen und Arbeiten, gehört Pendeln über weite Strecken und Einkaufen auf der grünen Wiese inzwischen „dazu“. Standorttreue war gestern, in den Hunsrückdörfern und anderswo.

Auf der Regionaltagung Zukunftsfähiger Hunsrück 2009 steht unsere derzeitige Mobilität mit ihren Auswirkungen auf Klima, Landschaft und menschliche Gesundheit zur Diskussion; wie kann sie in Zukunft nachhaltig und intelligent gestaltet werden. Auf dem Programm stehen sowohl Vorstellungen regionaler Projekte als auch grundsätzliche Überlegungen zur Mobilität

der Zukunft. Eine Exkursion rundet die Veranstaltung ab.

Weitere Informationen und Programm unter www.umdenken.de/hunsrueck



nah versorgen...

... ist eine Herausforderung, um die es auf der **Frühjahrstagung der Regionalbewegung am 29. April 2009 in Feuchtwangen (Franken)** gehen soll. Eine Voraussetzung, Regionen in einer globalisierten Welt zu stabilisieren sind regionale Vermarktungsstrukturen und gut informierte Menschen, denen die Vorteile regionaler Produkte für die Umwelt und die eigene Lebensqualität bewusst sind. Es braucht aber auch eine Verwaltung und Politik, die auf die Kraft der Menschen vor Ort setzt.

Auf der Tagung werden erfolgreiche Nahversorgerbeispiele aus der Wirtschaft mit ihren vielfältigen Auswirkungen und in

Hinblick auf ihre Umsetzbarkeit diskutiert. Referenten aus den Themenbereichen Landwirtschaft, Lebensmittelhandwerk, Lebensmitteleinzelhandel, Gastronomie, Bauhandwerk, erneuerbare Energien und regionale Finanzdienstleistungen erarbeiten mit Experten der Regionalentwicklung konkrete Handlungsempfehlungen.

Die Tagung findet in Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis Tag der Regionen, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, dem Deutschen Bauernverband, dem Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland und der Katholischen Landjugendbewegung statt.

Kontakt und weitere Informationen beim Bundesverband der Regionalbewegung: www.regionalbewegung.de



Termine

22. April	Schwarzwaldgipfel Tagung in Schluchsee (Hochschwarzwald)	Verschiedene Veranstalter www.schwarzwaldgipfel.info
24. und 25. April	Von A nach B, aber wie und wozu? Welche Zukunft hat unsere Mobilität? Tagung im Hunsrückhaus am Erbeskopf (Deuselbach, Rheinland-Pfalz)	Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz www.umdenken.de/hunsrueck
	Info auf Seite 47	
29. April	Frühjahrstagung der Regionalbewegung in Feuchtwangen	Bundesverband der Regionalbewegung www.regionalbewegung.de
	Info auf Seite 47	
6. und 7. Mai	Selbstevaluierung lokaler Aktionsgruppen Workshop in Eisenach	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  www.netzwerk-laendlicher-raum.de/evaluierung
	Info auf Seite 9	
13. Mai	InVeKoS-Fachtagung. Naturschutzfachliche Bewertung der EU-Agrarpolitik Tagung in Bonn	Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) und Naturschutzbund Deutschland (NABU), Bundesgeschäftsstelle www.landschaftspflegeverband.de
25. bis 29. Mai	Die Unternehmende Region – Das Beispiel Bregenzer Wald Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung im Kloster Bezau (Bregenzer Wald, Österreich)	Universität Kassel, Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung www.uni-kassel.de/fb6/
9. und 10. Juni	Naturschutzberatung für Landwirte Workshop in Göttingen	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beratung
	Info auf Seite 9	
21. bis 25. Juni	Landwirtschaft und ländlicher Raum auf dem Weg in die Zukunft Tagung in Marburg	I.A.L.B. - Internationale Akademie land- und hauswirtschaftlicher Beraterinnen und Berater www.ialb.org
24. bis 26. Juni	Landschaft der Zukunft – Nahrung, Energie, Natur Deutscher Landschaftspflegetag 2009 in Glücksburg (Schleswig-Holstein)	Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) www.landschaftspflegeverband.de
21. und 22. Juli	Produktion und Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen Tagung	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  www.netzwerk-laendlicher-raum.de/qualitaet
	Info auf Seite 9	

Cartoon zum Fokusthema

von mele

